

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 M., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13893. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 M. pro Tausend für die Gesamtaufgabe, bei Teilaufgabe 4 M. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

## Tageskalender.

Heute wurde der preussische Landtag mit der üblichen inhaltslosen sogenannten Thronrede eröffnet, die über den Inhalt der sogenannten Wahlreform kein einziges Wort enthält.

Im bayrischen Abgeordnetenhaus erklärte sich die Regierung für die Einführung von Schiffsabgaben.

Das englische Parlament wurde gestern offiziell aufgelöst.

In Spanien wurde das bereits beseitigte Vorrecht der Bestanden auf Verkauf vom Militärdienst wieder in Kraft gesetzt.

## Zwei Parlamente.

Leipzig, 11. Januar.

Deutscher Reichstag wie preussischer Landtag treten am heutigen Tage in Berlin zusammen, und besonders ist es diesmal der Landtag, der das allgemeine Interesse in Anspruch nimmt. Die Thronrede, mit der Wilhelm ihn eröffnen will, wird etwas über die preussische Wahlreform enthalten. Einige Blätter, wie die Tägliche Rundschau, wissen sogar schon was. Das genannte Blatt meldet heute mit wichtiger Miene:

Wie wir in unseren Blättern, wird die Thronrede zur Eröffnung des preussischen Landtags die von der Regierung angebotenen Verbesserungen des Wahlrechts darlegen. Diese Zugeständnisse sind mit der Einführung der direkten Wahl und einer bedingten Verbindung von Dreiklassen- und Pluralwahlrecht im wesentlichen erschöpft. Nach dem Wunsche des preussischen Ministerpräsidenten wird die Einbringung der Vorlage selbst bekanntlich so weit beschleunigt werden, daß sie noch in den ersten vier Wochen der neuen Session an den Landtag gelangt.

Das wäre nun allerdings eine Birne für den Durst und die trockenste Verhöhnung der preussischen Arbeiter. Denn nach diesen Meldungen muß man annehmen, daß der Zweck der Wahlreform nicht etwa darin besteht, einige der größten Ungerechtigkeiten des Wahlrechts zu beseitigen, sondern umgekehrt: zu den bestehenden noch eine neue hinzuzufügen. Eine Verbindung des Dreiklassenwahlrechts mit dem Pluralwahlrecht kann nur heißen, daß innerhalb der bestehenden drei Klassen das Pluralwahlrecht eingeführt werden soll. Dies würde in erster Linie oder nahezu ausschließlich die dritte Klasse treffen, wo man den Beamten und ähnlichen noch für zuverlässig geltenden Elementen ein erhöhtes Wahlrecht zuschlagen will. Um etwa unbotmäßigen Geistern innerhalb der preussischen Beamtenenschaft das Ausbrechen nach links, das Abgehen einer freisinnigen oder gar sozialdemokratischen Stimme unmöglich zu machen, hat man ihnen das Kandidatenrecht der öffentlichen Stimmabgabe angelegt. Mit

andern Worten: die angekündigte, durch ein Königswort verpfändete Wahlreform ließe darauf hinaus, selbst die wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten zum Landtag hinauszudrängen, die jetzt ihm angehören. Das ist das Ziel!

Trieben wir eine Politik des Satans, so könnten wir eine hohle Freude daran haben. Eine völlige Ausmerzung der Sozialdemokratie aus dem Landtag, heil das gäbe eine Stimmung! Die Kölnische Zeitung und die ihr verwandten Zeitungsgeschwister, die sich jetzt über den „trockenen“, „langweiligen“ Ton des preussischen Parteitags aufhalten, könnten dann etwas erleben, was wahrlich weder trocken noch langweilig wäre. Ehe wir jedoch diese Möglichkeiten weiter ausspinnen, wollen wir erst Thronrede wie Vorlage abwarten, getreu den Worten unseres erhabenen Reichstanzlers: wir werden sehen, wir werden hören und dann wird es sich ja zeigen.

Freilich mag sich Herr Bethmann nicht einbilden, der Entscheidung dadurch aus dem Wege zu gehen, daß er sie aufschiebt. Die Bataillone sind im Marsch und nichts wird sie aufhalten. Nebenwerts ist jedenfalls seine Position nicht. In seinem preussischen Schranz pocht vernehmlich das Gerölle der Wahlreform, auf seinem Herde jünger die heiße Glut des preussischen Defizits und im Reichstag liegt jetzt noch trüber Dunst über den Wassern. Die Reichsfinanzreform hat das Reichsschiff nicht flott gemacht, dafür die Verhältnisse der bürgerlichen Parteien hoffnungslos verschoben. Auf der Linken sammeln sich die kleinen Angsthaften der Freisinnigen zu einem großen Haufen Unglück, auf der Rechten stehen Junker und Pfaffen, die wahren Herren Deutschlands, in geschlossener Phalanx, und zwischen beiden rennt, ratlos und hastig, die nationalliberale Partei hin und her, noch unentschieden, ob sie sie mit dem Freisinn packieren oder, wie einst im Mai, den herrschenden Parteien als Hospitant beitreten soll. Nach den letzten Ausführungen der Nationalliberalen Korrespondenz, jenem bekannten partei-offiziellen Organ, ist nicht mehr daran zu zweifeln, worüber freilich schon früher kein Kundiger sich unklar war, daß sich die nationalliberale Partei wieder nach rechts anschließen und im alten Bunde mit Junker und Pfaffen das deutsche Volk ausplündern wird.

Um so gründlicher werden die Wähler sich von dieser Partei abwenden, zumal, wenn sie immer mehr erkennen müssen, daß der ganze Finanzjammer, die nie abklingenden neuen Steuern nur daher kommen, daß die wirklichen bestehenden Klassen schematisch die schamloseste Steuerhinterziehung betreiben. Wir haben an dieser Stelle mehr als einmal die Ausführungen des Professors Delbrück über dieses patriotische Gebaren unserer reichen Leute wiedergegeben, die dadurch nichts von ihrem Werte verlieren, daß die agrarischen Blätter wie die Furien darüber herfallen. In diesen Tagen hat Delbrück im Bund der Festbesoldeten Berlins über das gleiche Thema einen Vortrag gehalten, in dem er erneut ausführte, daß in

Preußen nur 91½ Milliarden Vermögen versteuert seien, 63 Milliarden weniger, als steuerpflichtig sind. Selbst wer diese Angabe als übertrieben bezeichnete, hätte zugeben müssen, daß diese Summe mindestens 50 Milliarden betrage. Das bedeute allein an Vermögenssteuer eine Einbuße von 25 Mill. M., dazu kämen noch die schwerer nachweisbaren, aber vielleicht noch krasserer Minderdeklarationen bei der Einkommensteuer, so daß in Preußen 120 Millionen, im Deutschen Reich über 200 Mill. Mark an Steuern zu wenig bezahlt werden. Selbstverständlich betragen die Agrarier den Staat nicht allein, die Industriellen leisten ihnen dabei wertvolle Hilfe. Von dem auf 80 Milliarden geschätzten mobilen Kapital wurden nur 38 versteuert. Die größere Hälfte also wurde unterschlagen.

Und das passiert in einem Staate, wo den bestlosten Massen, den Arbeitern und Festbesoldeten, jeder blutige Pfennig berechnet und versteuert wird. Durch die Anzeigepflicht der Unternehmer über die Löhne der bei ihnen Angestellten hat der preussische Fiskus eine Mehreinnahme von 15 Millionen gehabt.

Zahrelang schon geht diese systematische Staatsbetrügerei. Man muß es nur dem Bewußtsein der Massen einhämmern, daß die gesamte Reichsfinanzreform nie nötig gewesen wäre, wenn heute unter kapitalistischen Verhältnissen, wo die gesamte Steuergehegung an sich schon den herrschenden Klassen auf den Leib zugeschnitten ist, diese herrschenden Klassen auch nur die Steuern gezahlt hätten, zu denen sie verpflichtet sind und die doch nur mit ihrer Zustimmung seinerzeit Gesetz geworden waren. Nicht neue Steuern brauchten wir, umgekehrt, drückende bestehende Steuern könnten abgeschafft werden. So sehen die Dinge.

Bei den Debatten in beiden Parlamenten wird sich hoffentlich Gelegenheit geben, die Finger in diese schwärzende Wunde zu legen, und unseren Genossen im preussischen Landtag wird es bei den Debatten über die Wahlreform eine besondere Genugtuung bereiten, wenn sie nachweisen können, daß in Preußen nicht der die meisten politischen Rechte hat, wer die meisten Steuern zahlt, sondern wer die meisten Steuern — hinterzieht, womit denn freilich die „fällige Grundlage“ dieses gelobten Landes am trefflichsten charakterisiert ist.

## Konjunkturmchwung und Warenpreise.

Wir haben schon wiederholt in unsern wirtschaftlichen Wochenübersichten und an anderer Stelle der Zeitung, darauf aufmerksam gemacht, daß, so schwer auch gegenwärtig noch die Wirkungen der Krise auf die Arbeiterklasse lasten, doch verschiedene Faktoren für eine langsame Besserung der Wirtschaftslage sprechen. Der Tiefpunkt der Depression ist offenbar überschritten, und so wenig auch die lohnarbeitende Klasse Veranlassung hat, mit überspannten Erwartungen dem neuen Jahre entgegenzu-

## Seuilleton.

### Des Reiches Kommen.

Novelle von Timm Redger.

7) Nachdruck verboten. Fünftes Kapitel.

Peter Schmidt wollte kein Testament machen, Hinnerk Schmidt wollte es auch nicht, in der Sache einig, wichen sie in den Gründen voneinander ab. — Peter wollte es um das Reich Gottes nicht, für das er zu kämpfen glaubte, Hinnerk wegen der runden, gelben Dinger nicht, auf deren Schriftseite die Worte „Deutsches Reich“ stehen. Hinnerk lag es unangenehm, den kranken Bruder zu überzeugen, der kranke Mann im Lehnstuhl bebte vor Bange, Hinnerk Schmidt die Notwendigkeit zu zeigen. Er liebte seinen Bruder, hatte aber auch Angst vor ihm. Ein paarmal war Hinnerk heftig geworden und aufgebraust, das war ihm durch alle Glieder gefahren; daran, daß das wiederkomme, mochte er nicht denken.

Hinnerk Schmidt wünschte, daß die Unterredung ohne Zeugen stattfinden. — „Abel“, sagte er zur Haushälterin, als sie vor der Haustür angekommen waren, „ich und Peter haben ein paar Worte miteinander zu reden. Wenn du bist beim Melken mittun wolltest — —“

„Gern“, entgegnete die gutmütige Abel und schrakelte auf ihren alten Beinen durch den Garten nach dem Hof zurück.

Hinnerk öffnete die Haustür, die zur Wohnung seines Bruders führte, hielt aber die Schelle an (der Kranke konnte den Ton nicht vertragen) und ging leise in die Stube.

„Na, Broer, wo gait?“  
„Ni-good.“

„Regst dich wohl auf, weil der Justizrat kommen will. Und hast gar keinen Grund.“

Peter Schmidt ging auf diese Einleitung nicht ein, weil er sie nicht verstand.

„Broer“, sagte er, „ich lebe nicht mehr lang.“

„A, Peter, bilde dir nur nichts ein!“

„Na, Hinnerk, es dauert nicht mehr lang. Und der Propst hat gesagt, ich darf Hans nicht verkürzen.“

„De Propst? De Propst schnack wull wat. Wat gait den Propst uns Saken an?“

Peter schwieg.

„Wat gait em dat an?“ hatte Hinnerk gesagt, und erst allmählich wurde ihm klar, was es im Gefolge habe, wenn es nach dem Propsten gehe. Und als es ihm klar geworden war, fuhr er auf, Gewitter im Ton. — „Wats dat vern Schnack? Und du, und du?“

Er stand in hellem Zorn vor seines Bruders Stuhl und wußte nicht, wie es dem Kranken tat, und wollte es auch nicht.

Darin hatte der Justizrat recht, der Geizige geht wie ein verkleideter Donnergott durchs Leben, er will den Donnerkeil, will ihn aber nicht fliegen lassen. Hinnerk Schmidt war vielleicht kein Geizhals, aber der Gedanke, sich etwas von der Fülle der Macht, die im Gelde liegt, nehmen zu lassen, war ihm unerträglich. — Und der Lotteriegewinn war ja schon sein eigen. Sollte er sich diese klingende Macht von dem Propsten nehmen lassen? Gott hatte in seiner Güte den Lotterieschatz dem Brudert geschenkt, damit er zusammen mit ihm, mit Hinnerk Schmidt, seine Freude daran habe. So war seine Vorstellung, da mußte er wohl Schmerz, einen schier körperlichen Schmerz fühlen bei dem, was Peter sagte. Er mochte den Gedanken nicht ausdenken. Er war ja gutmütig, und auf eigentlichen Haß war seine Seele niemals gestimmt. Aber wenn er seinen Bruder Hans, der ihm das angetan hatte, nicht liebte, damit meinte er frei vor dem himmlischen Richter bestehen zu können.

Deshalb rief er: „Wat segst du? Wat is dat? Wat

is dat vern Schnack?“ — und rief es laut und drohend vor seinem kranken Bruder.

Über das dauerte nur kurze Zeit, ein Blick auf den kranken Mann, und das in den dunkelsten Winkel seiner Seele gestobene Mitleid brach wieder hervor.

Er setzte sich auf einen Stuhl, zwang sich zur Ruhe, versuchte zu lachen.

„Nimm mir nicht übel, Peter, du machst Spaß, ich hab es für Ernst gehalten. Nun seh ich, wie du es meinst. Und das ist recht, Spaß muß sein. So lange, wie der Mensch spakt, so lange lebt er. Lachen und Spaß ist die beste Medizin, sagt ein altes Sprichwort.“

Die Augen des Kranken sahen den Sprecher traurig an. Peter Schmidt fühlte, daß er den Frieden mit seinem Gewissen nur um den Preis des Anfriedens mit Hinnerk erlangen könne. Denn noch immer ging es die Tapetengirlande auf und ab, das alberne Gespräch: „Wat is dat ver een?“ „Dat is“... und so weiter.

Es mußte sein: die Sorge um die ewige Seligkeit war größer als der Schmerz um Hinnerks Liebe.

„Hinnerk“, antwortete er, „mach mirs nicht zu schwer. Bestell den Justizrat ab: Hans soll ebensoviel haben wie du. Ich will kein Testament machen.“

Hinnerk sah und hörte, verstand die Worte, sagte aber den Sinn nicht. Oder vielmehr: er sagte den Sinn wohl, aber er glaubte diesem Sinn nicht. Noch immer hielt er eine Wendung für möglich, die den ihm das Erbe wegnehmenden Nummenschanz wegsetze und alles wieder rechtbringe. Er dachte an den Geschichtenerzähler Adolf Steen. Wenn Adolf Steen seine Lügengeschichten vorbrachte, pflegte Hinnerk ruhig zuzuhören und am Schluß zu sagen: „Adolf, hol di man fast, oder: Dat mak anner Lüdwies. Ihm war auch jezt, als müsse er sagen: Peter, hol di man fast — dat mak anner Lüdwies!“

Er stand auf und schritt in der Stube auf und ab.

„Jung, Peter“, rief er. „Als Spaß bistchen viel, und im Ernst kannst dus nicht meinen.“

Er sah nicht nach seinem Bruder hin, hätte er es ge-



sehen, so kann sie doch hoffen, daß die fürchterliche Geißel der Arbeitslosigkeit und der Verdienstverminderung allmählich ihre schlimmsten Schrecken wieder einbüßen wird. Diesen Schluß legt unter anderem auch ein Blick auf die Preisgestaltung der wichtigsten Rohmaterialien der Industrie im vergangenen Jahre nahe. Während nämlich die landwirtschaftlichen Produkte, die als Lebensmittel in den Konsum eingehen, in ihrer Preisgestaltung von einer Reihe störender Faktoren, wie Ausfall der Ernte, Beschaffenheit der Bodenrente in den Getreideexportländern, Schutzpolitik, stark beeinflusst werden, spielen die industriellen Rohstoffe und Fabrikate das Auf und Ab der wirtschaftlichen Konjunktur ziemlich deutlich wieder. So zeigte sich denn auch nach dem letzten Konjunkturausschlag ein schnelles Hin- und Her der Preise von dem Mitte 1907 erreichten Höchststand, das im allmählich verlangsamten Tempo während des ganzen Jahres 1908 anhält. Erst im ersten Viertel 1909 war der größte Tiefstand erreicht und es konnte nun die Entwicklung langsam wieder die entgegengekehrte Richtung einschlagen. Natürlich zeigen nicht alle Waren Übereinstimmung in der Preisentwicklung — dazu sind die bei der Preisgestaltung mitwirkenden Faktoren zu verschieden — aber das Gesamtbild bietet doch den Eindruck des allmählichen Wiederaufstiegs.

Eine gute Veranschaulichung der Preisbewegung für eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate bietet die allmonatlich von der Vossischen Zeitung veröffentlichte Zusammenstellung der Großhandelspreise von 39 Waren, wobei die Preise nicht in Mark und Pfennigen, sondern in Indexziffern ausgedrückt werden. Als Grundlage dient der Verrechnung die Zahl 100, die aus dem Preisdurchschnitt des Jahres 1889-1890 gewonnen wird. Die Städtenamen zeigen den Ort an, wo die Preisnotierungen vorgenommen wurden. Es ergibt sich danach die folgende Preistabelle:

		Jahres- durchschnitt 1907	1908	Nov. 1908	Jan. 1909	Nov. 1909
Waggen	Berlin	130,0	128,0	110,0	113,2	112,9
Weizen	Berlin	110,2	122,1	110,0	121,9	125,9
Gafer	Berlin	124,7	112,5	113,4	114,7	108,5
Gerste	Breslau	105,9	108,8	106,1	108,8	102,4
Kartoffeln	Breslau	109,2	101,5	88,8	118,4	96,9
Hohlander	Magdeburg	61,3	75,0	71,2	71,9	86,6
Melasse	Magdeburg	144,4	203,7	201,0	227,5	202,7
Spiritus	Hamburg	118,9	142,9	137,1	132,2	99,0
Milch	Hamburg	137,0	132,5	120,5	120,5	104,1
Sojfen	Nürnberg	79,1	54,1	50,2	50,2	102,7
Mais	Hamburg	152,9	173,7	180,2	170,0	103,7
Mais	Bremen	119,8	114,9	114,3	110,0	100,2
Weizen	Hamburg	121,9	87,5	80,4	84,9	102,4
Zahat	Bremen	175,0	200,0	188,0	108,1	105,0
Kaffee	Hamburg	58,5	54,5	48,0	50,0	50,4
Tee	Hamburg	90,0	93,0	90,5	90,5	87,9
Linder	Berlin	128,0	121,4	122,0	115,8	122,0
Schweine	Berlin	105,0	111,0	120,7	120,8	135,3
Kalber	Berlin	140,1	143,0	154,1	148,5	150,2
Lamm	Berlin	144,0	135,8	132,0	121,4	145,1
Butter	Berlin	111,5	117,0	117,0	103,3	120,0
Perlinge, norweg.	Stettin	190,7	84,7	71,2	90,1	90,4
Schmalz	Bremen	134,7	133,1	140,2	140,8	107,7
Häute und Felle, bes. Ochsen-	Bremen	190,7	118,2	133,0	133,0	151,4
Wolle	Berlin	142,9	129,1	132,7	134,7	142,9
Baumwolle	Bremen	116,4	112,8	110,0	107,5	133,0
Baumwollgarn	Mülhausen i. E.	120,0	114,9	109,5	109,5	124,1
Kattun	Mülhausen i. E.	142,5	117,8	107,5	107,5	121,5
Leinwand	Landshut	180,7	133,2	102,9	99,5	112,4
Kohlfarbe	Krefeld	138,5	97,8	98,7	100,8	100,8
Haar	Lübeck	182,4	127,5	125,7	127,0	130,5
Jute	Hamburg	242,0	200,8	180,8	174,0	140,7
Eisen (Sicherer)	Düsseldorf	123,7	110,0	106,0	87,0	87,0
Wäse	Frankfurt a. M.	105,0	110,2	115,5	112,0	112,8
Kupfer	Frankfurt a. M.	183,8	121,0	120,2	121,4	120,4
Zinn	Breslau	190,7	108,8	108,7	114,2	129,2
Blinn	Frankfurt a. M.	217,5	105,8	173,3	103,4	180,1
Kohlen, westf.	Hamburg	110,8	108,1	108,1	108,1	100,8
Petroleum	Hamburg	118,0	120,4	132,3	132,3	100,5

Gegen den gleichen Monat des Vorjahres hatten demnach im November 1909 25 und gegenüber dem Januar dieses Jahres 22 Waren Preissteigerungen zu verzeichnen; im Preise herabgegangen waren 14 resp. 14 Waren. Würden wir die Indexziffern für sämtliche Monate des vergangenen Jahres mit Ausnahme des Dezember, für den die Zahlen noch nicht vorliegen, aufmarschieren lassen, dann würde sich zeigen, daß nicht weniger denn 18 Waren im November das Preismaximum des ganzen Jahres erreicht hatten. Die meisten Waren zeigten ein anhaltendes Steigen der Preise, das zum Teil sehr schnell vor sich ging.

Das meiste Interesse für die Arbeiterschaft hat naturgemäß die Preisbewegung des Getreides und Viehes. Da zeigt sich denn — eine Folge der guten Ernte — daß der Preisstand des wichtigsten Brotgetreides, des Roggens, im November 1909 etwas

niedriger war als Ende des vorhergehenden und Anfang des gleichen Jahres, während der Weizen bereits wieder höhere Preise erklommen hatte. Allerdings, gegenüber den Rekordziffern des Juni — für Roggen 135,1 und für Weizen 155,0 — war die Indexziffer auch für Weizen wesentlich niedriger. Das wird aber voranschaulicht nicht allzu lange dauern. Mit dem Fortschreiten der Jahreszeit gehen auch die Getreidepreise immer stärker in die Höhe. Unsere Agrarier haben ja in der schönen Erfindung der Einfuhrzölle ein unschätzbares Mittel in den Händen, um die Preise zu „regulieren“, und wenn in den letzten Monaten die Getreideausfuhr nicht so tolle Formen angenommen hat, wie im Vorjahr, so lag das gewiß nicht an dem guten Willen unserer Agrarier, sondern einzig an der teilweise geringeren Qualität des 1909 geernteten Getreides, das es im Auslande weniger leicht absetzbar macht. Es bedarf übrigens kaum einer besonderen Bemerkung, daß die Preisrückgänge des Großhandels im Kleinhandel überhaupt nicht zur Geltung gelangt sind.

Dasselbe gilt auch für die verschiedenen Fleischsorten, die im Laufe des Jahres 1909 teilweise etwas im Preise gesunken waren. Im November waren jedoch die Ziffern des Vorjahres und des Januar schon wieder weit überholt. Für Minder und Kalber bedeuten die Novemberziffern die höchsten des ganzen

Jahres. Noch viel stärker aber als beim Fleisch ist die Preissteigerung bei Butter, Schmalz und Speck, der in der Tabelle nicht mit aufgeführt ist. Nach Angaben des Berliner Statistischen Amtes ist von Januar bis November Speck um 6, Butter um 4 und Schmalz um 9 Pfennig pro Pfund gestiegen. Vielleicht ist es in dieser Situation der erzwungenen Fleischabnahme für die minderbemittelte Bevölkerung ein Trost, daß wenigstens für Herrn Richter v. Eschschütz und seine sächsischen Ministerkollegen eine Fleischnot trotzdem nicht existiert!

Besonders in die Augen springend sind in der Tabelle die starken, zum Teil sogar abnormen Preissteigerungen bei Zucker, Kaffee — eine Folge der Kaffeezollerhöhung — Melasse und Sojfen. Von industriellen Rohmaterialien wurden ferner am stärksten verteuert Baumwolle — um 45, nach andern Angaben sogar um 80 Prozent, eine Folge der schlechten Baumwollernte — Wolle und Leinwand. Diese ungünstige Preisgestaltung der wichtigsten Rohstoffe der Textilindustrie muß naturgemäß auf die Wiederbelebung des Geschäftsganges in diesem Industriezweig, der Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt, höchst nachteilig einwirken.

Am besten zeigt das langsame Ansteigen der Preise die folgende Tabelle, die die einzelnen Waren nach Gruppen zusammenfaßt:

	Jahres- durchschnitt 1907	1908	Novbr. 1908	Dezbr. 1908	Jan. 1909	Febr. 1909	März 1909	April 1909	Mai 1909	Juni 1909	Juli 1909	Aug. 1909	Sept. 1909	Oktr. 1909	Novbr. 1909
Getreide . . . . .	109,98	117,22	113,76	113,82	114,00	110,02	110,42	122,32	120,08	131,10	128,20	120,78	112,75	112,54	111,02
Sonstige inländ. land- wirtschaftl. Produkte	107,47	118,17	117,02	120,00	120,12	117,48	110,38	110,78	100,50	100,22	100,87	114,27	120,75	130,08	135,48
Ausländische land- wirtschaftl. Produkte	112,46	123,00	118,50	117,00	118,50	111,57	112,67	111,95	109,48	111,55	110,92	111,47	112,52	114,13	113,75
Tierische Produkte . .	180,82	120,71	125,12	122,28	120,40	119,55	110,75	121,45	123,50	124,00	124,00	134,08	135,40	137,00	141,98
Textilprodukte . . . .	152,82	120,02	120,02	120,12	120,21	118,77	118,12	120,40	122,54	123,00	125,20	125,05	127,00	128,22	129,36
Mineralien . . . . .	150,95	129,14	124,73	123,90	119,90	119,80	110,97	118,81	118,10	117,53	116,43	117,06	118,08	118,74	119,50

Die Textilprodukte haben demnach ihren Preis gegenüber dem niedrigsten Stand im März um 11 Punkte oder etwa 9 Proz. erhöht. Es ist dies aber, wie schon bemerkt, im wesentlichen auf die Steigerung der Rohstoffpreise zurückzuführen, da die Fertigsfabrikate bei der Infolge der Krise ohnehin stark verminderten Konsumfähigkeit der Bevölkerung nur in geringem Umfange erhöht werden konnten. Auch die Mineralien haben ihren Preisstand überwinden und die Preissteigerung würde noch stärker in die Erscheinung treten, wenn nicht das stark im Preise gesunkene Petroleum die Indexziffern erheblich herabdrückte. Jedemfalls ist die Zeit nicht mehr fern, wo der Weizen der Synthesherren von Kohle und Stahl wieder zu blühen beginnt. Sie werden gewiß nicht zögern, die lächerlich geringen Preis-

nachlässe, die sie dem Ansturm ihrer Köchener angelegentlich mühen, durch desto kräftigere Preisgründereien wieder doppelt und dreifach einzuholen.

Ziehen wir aus den angeführten Zahlen das Fazit, so ergibt sich, daß die Preise der Waren bereits wieder kräftig anzuziehen beginnen in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit und damit auch die Notlage der arbeitenden Bevölkerung noch außerordentlich groß ist. Der Geschäftsgang bessert sich nur äußerst langsam, die industriellen Produkte und noch mehr die landwirtschaftlichen gehen aber ziemlich schnell in die Höhe. So wird der Arbeiterschaft der Vorteil der sich bessenden Konjunktur schon wieder aus der Hand geschlagen, bevor sie ihn noch richtig greifen konnte.

### Achte Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 20. und 21. Dezember 1909 waren — schreibt das Korrespondenzblatt der Generalkommission — die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer zweitägigen Beratung in Berlin versammelt. Am ersten Tage führten die Bewegungen der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Grubenrevier und der Bauern in kommenden Frühjahr zu einer gemeinsamen Aussprache, wodurch diese Angelegenheiten ihre Erledigung fanden.

Schlüssig des Ende August 1910 in Kopenhagen stattfindenden Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses wurde beschlossen, prinzipiell auch für diesmal an der paritätischen Vertretung von Partei und Gewerkschaften festzuhalten. Jede der beiden Gruppen soll durch 100 Delegierte vertreten sein.

Bezüglich der internationalen Verbindungen wird über den Stand der Angelegenheit der deutschen Delegation nach England und über den durch den Besuch von Comper's in Europa eingeleiteten und vom amerikanischen Gewerkschaftskongress in Toronto beschlossenen Beitritt des nordamerikanischen Arbeiterbundes zum internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen berichtet. Wenn die Generalkommission zum Empfang Comper's in Berlin außerordentliche Veranstaltungen traf, so galt dies sowohl dem Delegaten des großen nordamerikanischen Arbeiterbundes als auch der Bedeutung, die der Anknüpfung des letzteren an die Gewerkschaften Europas habe. Der Erfolg habe gezeigt, daß dieses seit Jahren erstrebte Ziel erreicht wurde. Gegenüber den Hinweisen auf Comper's Stellung zur Sozialdemokratie und seiner Zugehörigkeit zur Einig-Föderation mißte betont werden, daß wir uns in Deutschland auch nicht von außen in unsere Politik und unsere inneren Einrichtungen hineinreden lassen. Das gleiche Recht müssen wir auch andern Ländern ausstehen. Jede andere Politik könne den internationalen Zusammenschluß nur vereiteln. Zweifellos werde aber die Entwicklung der Dinge in den Vereinigten Staaten drängen, daß auch die dortigen Gewerkschaften den von uns gewählten Weg ganz von selbst einschlagen. Ferner wird über die neuen Auseinandersetzungen mit der französischen Landeszentrale an-

lich der spanischen Unruhen berichtet. In der Debatte wird von keiner Seite das Verhalten der Generalkommission in der Comper-Angelegenheit kritisiert, dagegen sprechen mehrere Redner ihre Mißbilligung über die seitens einiger Parteiorgane erfolgten Angriffe auf Comper und die Generalkommission aus, die mit der bekannten Devise, daß Partei und Gewerkschaften „eins“ seien, recht wenig harmonierten. Es wird jedoch festgestellt, daß es sich bei diesen Angriffen keineswegs um offizielle Parteikundgebungen gehandelt habe.

Sodann wurde über die Gewerkschaftlichen Unterichtsfrage und über die einheitliche Regelung des Diäten- und Wählerbezugs eingehend beraten. Es wurde hierbei beschlossen, neben den Diäten ein angemessenes Wohnungsgeld zu zahlen, das auf 30 Mark pro Monat (45 Mark für den sechswohigen Kursus) festgesetzt wurde. An Diäten sollen den auswärtigen Kursteilnehmern 6 Mark, den in Berlin und Umgebung Wohnenden 3 Mark pro Tag gezahlt werden. Die Entschädigung des veräumten Arbeitsverdienstes bleibt der Festlegung jedes Verbandsvorstandes überlassen. Ferner wird den Teilnehmern ein Zuschuß zur Beschaffung von Wählern in Höhe von 40 Mark gewährt, die je zur Hälfte von dem Verbandsvorstand und der Generalkommission getragen wird. Die Auszahlung der Diäten und eventuell eines Reiseforschlusses soll auf Rechnung der in Betracht kommenden Verbände aus der Kasse der Generalkommission erfolgen. Diese Festsetzungen treten vom ersten Herbstkursus 1910 ab in Kraft. Es steht den Verbandsvorständen frei, schon vorher davon Gebrauch zu machen.

Einige vom Reichsstatistischen Amte gewünschte Änderungen in den Erhebungsformularen zur Tarifstatistik werden der statistischen Kommission zur Prüfung überwiesen. Zur Frage der Verzinsung von Darlehen, die zwischen Gewerkschaften aufgenommen werden, wird beschlossen, daß dieselben zu verzinsen sind. Das gilt auch für Darlehen, die seitens der Generalkommission gewährt werden. Die Höhe des Zinsfußes ist von Fall zu Fall zu vereinbaren. Sodann wird über den Stand der Vorarbeiten zur Errichtung einer sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission berichtet. Dieselbe soll spätestens am 1. April 1910 in Tätigkeit treten. Als Leiter derselben ist Genosse Robert Schmidt, seither Zentralarbeitersekretär, bestimmt. Eine zweite Kraft für die sozialpolitische Abteilung ist in Aussicht genommen. Weiterhin wird durch Uebernahme der Zentralkommission für Bauarbeiterzuschüsse Genosse Heintze-Hamburg in das Bureau eintreten. Dazu soll eine weibliche Bureauhilfskraft angestellt werden. Aufgabe der sozialpolitischen Abteilung soll sein, aus Gewerkschaftskreisen die notwendigen Materialien für die sozialpolitische Beschaffung zu beschaffen und besonders auch die Rechtsprechung eingehend zu verfolgen.

Ueber die gewerkschaftliche Abteilung des Pressebureaus kann berichtet werden, daß dieselbe sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens aufs Beste bewährt hat. Immerhin läßt die Berichterstattung einzelner Vorstände noch Wünsche erkennen; auch sollte Wert auf möglichst schnelle Mitteilungen gelegt werden. Die Frage, ob das Pressebureau auch die Berichterstattung über die Verbandsstage in die Hand nehmen könne, wird als noch nicht spruchreif erachtet. Den Vorständen sei zu empfehlen, diese Berichterstattung jeweils selbst zu organisieren, dann würden diese Berichte, wie jede andre Nachricht durch das Pressebureau verbreitet werden.

Die Anstellung eines Agitationsbeamten für Ostpreußen findet nicht die Zustimmung der Konferenz. Ein Antrag, betreffend Uebertrittsfragen, wird der nächsten Konferenz überwiesen, ebenso eine Interpellation betr. der Unterstützungsansprüche doppelt organisierter Mitglieder. Den Verbänden wird empfohlen, den aus Jugendorganisationen zu den Gewerkschaften übertretenden Mitgliedern das Eintrittsgeld zu erlassen und die gezahlten Beiträge anzurechnen.

Zum Schluß fand eine Besichtigung der in den Räumen der Generalkommission veranstalteten dauernden Ausstellung von Verbandsmaterialien statt, deren Besuch jedem sich legitimierenden Verwaltungsmittglied der angeschlossenen Gewerkschaften freisteht.

So weit das Korrespondenzblatt. In der Vorstandskonferenz haben also eifrig Redner einigen Parteiorganen ihre Mißbilligung ausgesprochen über die auf Comper's und die Generalkommission erfolgten „Angriffe“, die mit der bekannten Devise, daß Partei und Gewerkschaften „eins“ seien, angeht recht wenig harmonieren. Trübsalig konnte aber festgestellt werden, daß es sich bei diesen Angriffen keineswegs um offizielle Parteikundgebungen gehandelt habe. Danach scheint bei diesen Rednern die Auffassung zu herrschen, daß die Partei zu allem, was die Generalkommission tut, einfach: Ja und Amen zu sagen hat. Wir beharren, da etwas anderer Meinung zu sein und diese trotz unserer Sympathie für die angezogene Devise auch nicht ändern zu können. Possentlich schieden sich die Kritiker in das Unabänderliche.

tan, dann würde er die kummervolle Bitte in des andern Auge gesehen haben: es geht nicht anders, finde dich darin! Bleibt nicht genug für dich, wenn du mit Hans teilst? — Hinnerk, sei gut, um meinetwillen. Hör! ich kann keine Lust kriegen, ich sterbe, ich erkränke an deinem Zorn.

Hinnerk hörte wohl das Röcheln — die langen, pfeifenden Laute, aber es drang nicht hin nach der Stelle, wo es das Bewußtsein des Augenbids in die Fänge nimmt. Und weil er sich der Bedeutung der von ihm gehörten Geräusche nicht bewußt wurde, achtete er nicht darauf. Man war ja auch solche Anfälle bei Peter gewohnt. Hinnerk lief, die Augen auf die Bretterfügen des Fußbodens gerichtet, die Stube auf und ab. — Da brach Peter heraus: „De Propst het legt, min Seligkeit hängt dorvon af.“

Hinnerk hatte vor dem Propsten viel Respekt, hier war es aber die unglückliche Erwähnung des Seelforgers, die Hinnerk Schmidt alle Selbstbeherrschung nahm. Er stand wieder mit Zornesaugen vor Peter: „Nein, mein Jung — da wird nichts aus, das laß ich mir nicht gefallen.“

Peter konnte nur würgen und schluchzen: „Aber Hinnerk, lieber Hinnerk! —“ Er müsse doch selig werden, ob Hinnerk denn wolle, daß er ewig in der Hölle brenne.

Aber Hinnerk lief wieder durch die Stube und schalt laut und heftig, das sei son Priestergeschwätz. Und ob Peter denn glaube, selig zu werden, wenn er ihm das nehme, was ihm schon gehöre. Ja, ihm schon gehöre. Was da im Kasten sei, habe er ihm wohl zehnmal geschenkt, und er habe schon auf dem Schulweg gelernt: eemol gebn un denn weller nehmen, is ebenso god, as teimol stehn. — Und wieder stand er vor Peter:

„Sag, ifs wahr, hast mir das geschenkt?“

„Ja, das hab ich getan,“ würgte der Kranke.

„Süßt du woll!“ lachte Hinnerk und fing wieder an, auf und ab zu gehen. Und es verlief sich die Zornflut. — Worüber streiten wir uns denn eigentlich? dachte er. Peter will kein Testament machen; war er, Hinnerk, nicht herübergekommen, die Errichtung des Testaments zu ver-

hindern? Das, was im Kasten war, gehörte ihm, daran konnte selbst ein Testament seines Bruders nichts mehr ändern. — Ja, wenn er sich recht bedachte, so gehörte es gar nicht zum Nachlaß.

Tom Lehnstuhl kamen wieder die Witzlaute des Anfalls.

Der arme Bruder! — Hinnerk wollte ihm sagen, daß er bereit sei, den Notar abzubestellen, daß er damit einverstanden sei, daß das Testament nicht gemacht werde. Weiter brauchte darüber nicht gesprochen zu werden — dann war alles gut. Der arme, kranke Mann! Wie er röchelt und nach Luft ringt! Wenn mans nicht schon so oft gehört und mitgemacht hätte, dann könnte man glauben, es sei das letzte.

Hinnerk mit Fedderbüdel tat es herzlich leid, heftig geworden zu sein. Er nahm sich vor, es durch verdoppelte Liebe wieder gutzumachen. „Peter,“ sagte er, noch immer auf und ab gehend, „bist mein lieber Bruder. Es soll werden, wie du sagst, es soll kein Testament gemacht werden. Und dem Justizrat will ich Bescheid sagen.“

Hinnerk Schmidt hat später darüber nachgedacht, ob diese Worte noch von seinem Bruder Peter gehört worden seien, ob der versöhnt, wenigstens halb versöhnt mit ihm aus dem Leben geschieden sei. Er glaubte etwas wie Dank aus seinen letzten Seufzern vernommen zu haben. Aber es sind doch Stunden gekommen, wo er es bezweifelte.

Hinnerk Schmidt setzte sich in den Lehnstuhl und sah zum Fenster hinaus, immer überlegend, wie er am besten, wenn das mal eintrete, was bald kommen müsse, seine Rechte wahrte. So sah er einige Zeit — dann war er mit dem Ueberlegen zu Ende. Und als er zu Ende war, sagte er laut: „Ja, min Broer, denn is ja allns god!.. Na, wo gait di dat?“

Und erst, als er gesagt hatte: „Na, wo gait di dat?“ — da sah er nach dem Sessel hin, in dem der Kranke lag. Und erschraf. — Peter war tot. Er rüttelte ihn, er rief ihn an, . . . Peter war aus dem Leben geschieden.

(Fortsetzung folgt.)



# Gewerkschaftsbewegung.

## Ein neuer Aufstieg der Gewerkschaften.

In einem Rückblick auf das Jahr 1909 überschriebenen Artikel stellt das Korrespondenzblatt der General-Kommission fest, daß für die Gewerkschaften erfreulicherweise die durch die Krise hervorgerufene Stagnation überwunden sei. In der gewerkschaftlichen Entwicklung spiegelt sich der Beginn einer neuen Wirtschaftskontinuität wieder. Im ersten Quartal 1909 habe sich bei den meisten Gewerkschaften noch ein Rückgang der Mitgliederzahlen gezeigt, der erst im zweiten, bei manchen Verbänden sogar erst im dritten Quartal ins Stocken gekommen wäre. Es heißt dann weiter:

Nach den vergleichenden Ziffern von 38 Gewerkschaften vom Schlusse des dritten Quartals 1909, die insgesamt 1418 283 Mitglieder zählten, ist der Rückgang auf gewerkschaftlichem Gebiete im wesentlichen als überwunden zu betrachten. Diese Gewerkschaften zählten Ende September 1908 1 409 051 Mitglieder. Der Vergleich dieser Zahlen ergibt eine Zunahme von 8092. Von drei weiteren Verbänden liegen noch vergleichbare Ziffern vom Ende des zweiten Quartals vor; hier wurden Ende Juni 1908 85 403, dagegen Ende Juni 1909 87 151 Mitglieder gezählt, was einer Zunahme von 1688 entspricht. Insgesamt 41 Verbände haben danach binnen Jahresfrist um 10 890 Mitglieder zugenommen. Da diese Verbände 1908 (drittes Quartal) 80,0 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder repräsentieren, so können wir für die gesamten Gewerkschaften für das Jahr 1909 mit einem Zuwachs von etwa 13 500 Mitgliedern rechnen. Es ist indes zu hoffen, daß die Gewerkschaften, deren Berechnungen ausbleiben, günstigere Ergebnisse mitteilen können, sowie ferner, daß die Zunahme vom Jahreschlusse 1908 bis zum Jahreschlusse 1909 die aufsteigende Entwicklung noch schärfer hervortreten lassen wird.

Ist dieser Zuwachs vorerst auch noch gering, so bildet er doch ein untrügliches Zeichen dafür, daß es wieder vorwärts geht. Dies geht auch aus der Tatsache hervor, daß es nicht bloß einzelne Gewerkschaften sind, die an dem Aufschwunge teilnehmen, sondern die Mehrzahl; von den 41 Verbänden, deren Angaben wir verwerten konnten, wies 25 eine Zunahme und nur 16 eine Abnahme an Mitgliedern auf. Wir sind also über den toten Punkt hinweggelangt und nun werden sich mit dem neuen Regen aller Kräfte auch unsere Reihen wie früher füllen und eine neue Periode gewerkschaftlicher Erfolge ihren Einzug halten.

Das sind hocherfreuliche Mitteilungen und sicher geeignet, die Arbeitsfreudigkeit in den Organisationen zu erhöhen. Wie dringend nötig die Stärkung der Organisationen ist, das sagt sehr treffend das Korrespondenzblatt, indem es schreibt:

Es ist auch hohe Zeit, daß die Gewerkschaften wieder Oberwasser bekommen, denn das Jahr 1909 hat ihnen reichlich Arbeit hinterlassen. Die Reichsfinanzreform hat die Arbeiterklasse mit einem Steuerregen übersüßt, der die zum Schutze der Lebenshaltung der Arbeiter errichteten gewerkschaftlichen Dämme an mehr als einer Stelle durchbrochen hat. Allgemein war die Wirkung empfindlicher Wertenerungen der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel, die die minderbemittelte Bevölkerung am empfindlichsten trifft. Darüber hinaus sind einzelne Berufe, soweit sie von der Tabakindustrie, von der Brauerei und Brennerlei, von der Holzindustrie sowie Glühbirnenfabrikation abhängig sind, durch Rahmlegung der Produktion auf Monate oder Jahre hinaus geschädigt worden.

Allen Gewerkschaften aber fällt die Aufgabe zu, von neuem den Kampf zu führen für die bedrohte Lebenshaltung der Arbeiter und die enorme Volksbelastung und Lebensmittelerhöhung durch Erbringung höherer Löhne auf die bürgerliche Gesellschaft abzuwälzen.

Die allerdings an mehr als einer Stelle durchbrochenen gewerkschaftlichen Dämme gibt es also wieder aufzubauen und zwar so, daß sie noch besser standhalten als bisher. Dazu bedarf es aber der Mitarbeit aller Verbandsmitglieder und vor allen Dingen deren Schulung im Geiste des Klassenkampfes. Die Zahl allein tut's nicht.

## Leipzig und Umgebung.

### Ein Nachwort zum Streik der Rührer bei Grünzels.

In der Abendzeitung vom 1. Januar 1910 leistet sich der Ortsverein der Rührer Leipzig-Deutzen des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins eine „Erwiderung“ auf unsere Darlegungen in der Leipziger Volkszeitung Nr. 294 über den in der Schweifabrik von W. Grünzels, Nikolaistraße, geführten Streik. Zu dem langen Geschreibsel stellen wir hiermit fest: 1. Das Mitglied Neustadt des Gewerkschaftsvereins ist bei Ausbruch der Differenzen festgehalten und hat Arbeitswillige angeleitet. 2. Die Differenzen sind nicht ausgebrochen, weil sich einige Arbeiterinnen und Arbeiter nicht unserm Verband anschließen wollten, sondern lediglich, weil der Werkführer des Herrn Grünzels verschiedene Arbeiter und Arbeiterinnen im Betriebe mit schamlosen und gemeinen Beschimpfungen belegt hat: Gassenmensche, Müllvieh usw. sind noch die zartesten davon. Der Werkführer hat immer eine von den dort beschäftigten Arbeiterinnen als Vertraute. Nicht nur, daß diese jeweils Erwählte sich mit dem Herrn Werkführer in den Restaurants amüsierte, auch in der Werkstätte machte man kein Hehl aus seiner Intimität. Eine solche Erwählte hatte mit ihrem Benehmen und ihren Schikanen speziell unsern Mitgliedern gegenüber Zank und Ratsch in den Betrieb getragen und den Unwillen der Beschäftigten hervorgerufen. Es war uns klar, daß die Genannte vom Werkführer in ihren Handlungen unterstützt wurde. Aus diesen Gründen verlangten die Arbeiter und Arbeiterinnen die Entfernung der Vertrauten und die Zurechthaltung des Werkführers über seine Handlungen und Ausdrücke. Diese Forderung ist erfüllt worden, weil sich unsere Angaben als wahr erwiesen haben. 3. Das Mitglied Neustadt des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins hat von Herrn W. Grünzels die volle Anerkennung in seinem Handeln gefunden. Herr Grünzels hat dies nicht nur ein, sondern mehrmals hervorgehoben. Darauf kann der Gewerkschaftsverein stolz sein. Wir finden es deswegen auch begreiflich, daß sich der Gewerkschaftsverein als Sprachrohr des Arbeitgeberverbandes hergibt.

Uns könnte diese Gründung zu wenig berühren, so lange sie etwa der Bekämpfung der Schmutzkonturrenz dient. Da uns aber bekannt ist, wer der Grünzler war und daß die Parole lautete: Gegen die organisierte Arbeiterschaft! — so haben die Arbeiter alle Ursache, auf dem Posten zu sein. Auf das übrige Geschreibsel einzugehen, lohnt sich wirklich nicht.

Die Verwaltung der Filiale Leipzig des Deutschen Rührerverbandes.

## Deutsches Reich.

### Konferenz der Vertrauensmänner des Bergarbeiterverbandes für das Ruhrgebiet.

In Bochum traten, wie wir der Bergarbeiterzeitung entnehmen, am 2. Januar die Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes zusammen, um sich über die gegenwärtige Situation auszusprechen und auch darüber, welche Maßnahmen die Verbandsmitglieder für die Zukunft in der Frage des Zwangsarbeitsnachweises treffen sollen. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Kamerad Sasse, gab in längerem Ausführungen ein Bild über die zurzeit herrschende Spannung zwi-

schen den Grubenbesitzern und Bergarbeitern. Er teilte mit, daß wegen der Krise, die der Arbeitsnachweis hervorgerufen habe, sich auch die Vorstände der übrigen deutschen freien Gewerkschaften zusammengesunden hätten. Diese Konferenz habe die bisherige Taktik der Bergarbeiterverbände gutgeheißen, aber die Bergarbeiter ermahnt, nunmehr alles daran zu setzen, ihre Organisationen finanziell kräftig auszubauen! Das werde die Sympathien der deutschen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die eventuell streikenden Bergleute erhöhen! Es sei notwendig, daß neben den regulären Beiträgen Extrabeiträge ausgeschrieben würden. Ferner sei es notwendig, dem Ueber-schichtenunwesen gehörig zu Leibe zu rücken! Es muß ausdauern, daß die Bergarbeiter ihr Unglück noch erhöhen helfen durch Ver-fahren von Ueber-schichten. Das sind traurige Kameraden, die auf der einen Seite vom Streik reden, auf der andern Seite sich die Hände selbst binden, um den Grubenbesitzern die Kohlen-lager füllen zu helfen, statt alles zu tun, um die Kohlenlager leer werden zu lassen. Sasse stellte noch fest, daß auch die Extrabeiträge bei den Vorständen der übrigen Bergarbeiter-verbände Sympathie finde, jedoch sei es Sache dieser Verbände, die Frage zu regeln wie sie wollen. Soffentlich komme man in der Frage der Extrabeiträge in den kommenden Vorstand-sitzungen der Verbände gleichfalls zu einheitlichen Beschlüssen.

Das Ergebnis der Konferenz war, daß u. a. einstimmig be-schlossen wurde, den Vorstand des Bergarbeiterverbandes zu er-mächtigen, einen Extrabeitrag in Höhe von monatlich 50 Pf. auszusprechen, um so die Kampffähigkeit des Bergarbeiterver-bandes gegen die Werkbesitzer zu erhöhen. Mit den übrigen Verbänden soll bezüglich der Extrabeiträge eine Verständigung herbeigeführt werden. Dem Vorstand wurde geraten, Berg-reviere, in denen die Armut zu groß ist, mit den Extrabeiträgen nicht so zu belasten wie das Ruhrgebiet und andre bessergeres-tete Reviere. Ferner wurde der Antrag angenommen, worin die Vertrauensmänner die Bergarbeiter ersuchen, die Ueber-schichten zu vermeiden.

Neben oben schon angeführten Gründen wird mit Recht im Antrag gesagt, daß das Ueber-schichtenunwesen ganz dazu angetan ist, einen normalen und wünschenswerten Aufstieg der Löhne in der kommenden aufsteigenden Konjunktur zu verhindern. Mit der kindischen Auffassung unter den Bergarbeitern, daß die Löhne gesteigert werden müssen durch Verfahren von Ueber-schichten, muß gebrochen werden. In dem angenommenen Antrage heißt es weiter, daß da, wo die Forderung einen Zwang wegen der Be-fahrung der Ueber-schichten auslöst, Besetzungsvorstellungen einzubringen sind, die sich mit der Frage des Ueber-schichten-unwesens zu beschäftigen haben.

Die Beschlüsse zeigen, wie tiefenst die Lage im Bergbau von den stehenden Elementen der Bergarbeiter aufgefaßt wird. Die Organisation erstarkt, die Werkbesitzer steigern ihre An-strengungen gegen die fordernde Bergarbeiterschaft. So muß es denn einmal zum Plagen kommen! Der Streik bleibt nicht aus. An den Bergarbeitern liegt es, daß dieser Kampf kein feines Geschlecht vorfindet. Das Herrenmenschen-tum wird an der geschlossenen Phalanx der Bergknappen über kurz oder lang endlich doch zusammenbrechen.

Kameraden, arbeitet daran unermüdet und holt den letzten unorganisierten Bergarbeiter in die Organisation! Es gilt die Ermächtigung unserer vorentsprechenden Kassenrechte. Es gilt den geistigen und wirtschaftlichen Aufstieg der Bergarbeiter zu be-schleunigen. Es gilt für die Knappen, für ihre Familien und Kinder eine hoffnungsvolle Zukunft zu erkämpfen. Wer möchte in diesem Kampfe feige und tatenlos zurückweichen?

## Gegen den Industriellen-Arbeitsnachweis.

Veranlaßt durch die Praktiken des Industriellen-Arbeitsnach-weises in Mannheim-Ludwigshafen wurde folgender, von der sozialdemokratischen Fraktion gestellter Antrag in der Sitzung des Stadtratstages am 7. d. M. verhandelt:

Die Stadtverwaltung von Ludwigshafen möge an die beiden Kammern des bayerischen Landtags eine Petition ein-reichen, in welcher auf die großen Schädigungen der Gemeinden durch den Arbeitsnachweis der Unternehmer, speziell des In-dustriellenverbandes, aufmerksam gemacht wird. In dieser Petition soll verlangt werden, daß die Staatsregierung landes-gesetzlich oder durch ihre Vertreter im Bundesrat dahin wirken möge, daß von Reichs wegen gesetzliche Bestimmungen erlassen werden, die nur noch Arbeitsnachweise auf paritätischer Grund-lage gestatten. Die Stadtverwaltung möge ferner beim plötzlichen Städtetage beantragen, daß auf dessen nächster Tagung die Frage des Ausbaues der städtischen Arbeitsnach-weise mit Bezug auf die industriellen Arbeitsnachweise auf die Tagung gesetzt wird.

Der Führer der Ludwigshafener Liberalen, ein Herr Dr. Vichten-berger, stellte dem sozialdemokratischen Antrag einen andern Antrag gegenüber, wonach sich der Stadtrat in dieser Frage nicht für kompetent erachtet und eine Erörterung des Antrages ablehnt.

Der Gegenantrag der Liberalen hatte nur den Zweck, eine Bepfändung der ständischen Scharfmacherpraktiken des In-dustriellen-Arbeitsnachweises im Stadtrate zu verhindern; den Scharfmachern liberaler und schwarzer Couleur ist eine öffent-liche Kritik des Ausbürgerungsmodus recht unangenehm, deshalb schickten sie ihre Mannen im Stadtrate mit diesem An-trage vor. Genosse Reichsstadtagabgeordneter Huber trat dem liberalen Vertuschungsantrag mit aller Entschiedenheit entgegen. Schließlich wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die für sofortige Beratung waren, ein Antrag angenommen, wonach eine Vorberatung in einer Kommission stattfinden soll.

Das Vertuschungssystem und die Liebedienerei der Liberalen vor den Scharfmachern ist um so charakteristischer, als bei den eben beendeten Gemeindevahlen gerade die soziale Arbeiter-sorge und die Fürsorge für einheimische, arbeitssuchende Arbeits-lose von den Liberalen besonders betont und bekräftigt wurde. Jetzt können die liberalen Arbeitervereiner sehen, wie es in der Praxis mit ihren Vertretern auf dem Stadthause aussieht.

## Tariffbewegung in der Buch- und Kartonagenindustrie in Plauen.

Start besuchte Versammlungen der Buchbinder und Kartonagenarbeiter in Plauen und in Falkenstein beschlossen, den Unternehmern am 11. d. M. einen Tarif einzureichen und um Antwort bis zum 21. d. M. zu bitten. Die Lohnverhältnisse sind in beiden Gewerben dieses Industriegebietes sehr traurig. Bei einer neunstündigen Arbeitszeit werden jetzt je nach Alters-klassen Wochenlöhne gefordert: für Buchbinder von 18.00 M. bis 24.00 M., für Kartonagenarbeiter von 17.80 M. bis 22.68 M. Die Organisation, der Buchbinderverband, hat im Laufe der Zeit tüchtige Fortschritte gemacht; etwa 1/3 der Arbeiterschaft ist organisiert.

Erfolgreicher Streik der Brauereiarbeiter. Der wegen Maß-regelung in der Brauerei Deinhardt in Biesfeld bei Erkfurt entstandene Streik ist nach einwöchiger Dauer zu-gunsten der Arbeiter beendet. Am 7. Januar nahmen alle Arbeiter die Arbeit wieder auf; gleichzeitig wurde das Wohnen im Betrieb aufgehoben und die Arbeiter erhalten pro Woche je 3 M. Wohnungsschädigung.

## Ausland.

### Drohender Elektrikerkonflikt in Paris.

Die Elektriker hielten gestern eine Versammlung ab, in der sie dem Generalsekretär ihres Syndikats, Pateaud, ihr Ver-trauen aussprachen und erklärten, das Gerücht von seiner drohen-den Verhaftung damit beantwortet zu wollen, daß sie die Wie-dereinführung Pateauds im Elektrizitätswerke verlangen. Pateaud wies darauf hin, daß vorgestern und gestern abend die elektrische Beleuchtung infolge von Kurzschlüssen in verschiedenen Straßen

vollständig versagt habe. Schon mit erfahrenen und geschickten Mechanikern sei es schwer, Unfälle zu vermeiden. Und da spreche man davon, die Elektriker im Streikfall durch Geniesoldaten zu ersetzen. Im übrigen habe er daraufhin einen Brief von 60 Geniesoldaten, unter ihnen mehrere Unteroffizierskandidaten, erhalten, in dem sie erklärten, daß sie in keinem Falle an Stelle der anständigen Elektriker arbeiten würden. Diese Meinungsäußerungen wurden von der Versammlung mit tosendem Beifall aufgenommen.

In der elektrischen Leitung der Straßenbeleuchtung sind auch gestern abend durch Kurzschlüsse verschiedene Strömungen verur-sacht worden. Ein Kurzschluß, der in dem großen Warenhaus Au Printemps stattfand, rief unter dem Publikum große Panik hervor. Alles drang nach den Ausgängen; in dem Gedränge wurden mehrere Personen verletzt. Die Ingenieure der Elektri-zitätswerke erklärten den Berichterstatter, daß sie die Kurz-schlüsse, wenn schon deren Häufigkeit auffällig sei, Unfällen zu-schreiben. Mehreren Blättern zufolge ist die Polizei (!) jedoch der Ansicht, daß es sich um Sabotage oder zum mindesten um absichtliche Nachlässigkeit der Elektriker handele

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Der Verband der Bureauangestellten legt vom 15. Januar ab seinem Ver-bandsorgan eine monatliche erscheinende Beilage: Aus der Rechtspraxis, bei.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 11. Januar. Der König verließ heute mittag bei der Eröffnung des Landtages folgende Thronrede: Erlaucht, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags! Die Staatsfinanzen, welche durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse in Mitleidenschaft gezogen waren, beginnen sich infolge der allmählichen Wiederbelebung von Handel und Ver-kehr langsam zu bessern, so daß sich voraussichtlich auch der für das laufende Etatsjahr veranschlagte Fehlbetrag nicht unerheb-lich ermäßigen wird. Immerhin kann von den staatlichen Ver-triebverwaltungen, insbesondere der Eisenbahnverwaltung, bei ihren stark gestiegenen Selbstkosten auch für 1910 kein so hoher Zuschuß zu den allgemeinen Staatsausgaben, wie in früheren Jahren erwartet werden. Dazu kommt, daß von den rund 200 Millionen Mark, durch welche die Besoldungsanhebungen der Staatsklasse dauernd belastet haben, nur der kleinere Teil in neuen Steuern Deckung gefunden hat. Trotz größter Beschrän-kung wird daher auch der Etatsentwurf für das kommende Jahr mit einem zwar gegen die Vorjahre verringerten, aber doch noch namhaften Fehlbetrag abschließen. Diese Sachlage macht auch weiterhin möglichste Zurückhaltung in allen staatlichen Aufwen-dungen zur Pflicht, um die Einnahmen und Ausgaben nach und nach wieder auszugleichen.

Dem vom Hause der Abgeordneten kundgegebenen Wünsche entsprechend ist in dem Entwurfe des Etats versucht worden, zur Verbesserung größerer Gleichmäßigkeit im gesamten Staats-haushalt, einer übermäßigen Inanspruchnahme der schwanken-den Eisenbahnerträge für andere staatliche Zwecke angemessene Schranken zu setzen. Zur Erweiterung und besseren Ausnutzung des Staatsbahnennetzes, sowie zur Unterstüßung von Klein-bahnen werden wiederum erhebliche Mittel gefordert werden.

Die Fürsorge für die schulentlassene Jugend erheischt eine weitere Ausbreitung und Entwicklung des Fortbildungsschul-wesens auch auf dem platten Lande. Gestützt auf die günstigen Wirkungen des im Jahre 1904 für die Provinz Hessen-Nassau erlassenen Gesetzes wird meine Regierung Gesetze vorschlagen, die auch in den Provinzen Pommern, Schlesien und Westfalen den Kommunalverbänden das Recht verleihen sollen, die Pflicht zum Besuche sämtlicher Fortbildungsschulen einzuführen.

Den Bestrebungen zur Förderung der inneren Kolonisation, namentlich auch zur Sesshaftmachung von Arbeitern, wird fort-gesetzt die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Ein Gesetzent-wurf, der die Mittel zur Gewährung von Zwischentredit bei Rentengutsgründungen erhöht, wird Ihnen demnächst zugehen. Das älteste der geltenden preussischen Gemeindeverfassungs-gesetze, die Gemeindeordnung für die Rheinprovinz, vom 23. Juli 1845, vermag nicht mehr allen Anforderungen gerecht zu werden, welche die bedeutsame Entwicklung dieser Provinz an die Ge-meindeorganisation stellt. Eine Novelle will dieses Gesetz den Aufgaben der Gegenwart anpassen.

Während die Reichsgesetzgebung eine doppelte-heranziehung zu den direkten Staatssteuern innerhalb des Reichs verhütet, steht es bisher für die direkte Kommunalbesteuerung an einem ähnlichen Schutze. Ein Gesetzentwurf soll die Möglichkeit schaffen, den kommunalen Doppelbesteuerungen innerhalb der einzel-nen Bundesstaaten im Verwaltungswege entgegenzutreten.

Um die als notwendig erkannte Reform der inneren Ver-waltung zu fördern, habe ich im Juni des vergangenen Jahres eine besondere Immediatkommission sachverständiger und er-fahrener Männer aus den verschiedensten Kreisen berufen, die unter dem Vorstehe des Ministers des Innern ihre Arbeiten als-bald begonnen hat. Ihre gutachtlichen Vorschläge werden die Grundlage für die weiteren Beschlüsse und für gesetzliche Vor-lagen meiner Regierung bilden. Ich vertraue darauf, daß auch Sie, meine Herren, alsdann bereit sein werden, das für die Fortentwicklung des Landes wichtige Werk nach Kräften zu unterstützen.

Endlich harret Ihrer noch eine ernste Aufgabe. Die Vor-arbeiten für eine Reform des Wahlrechts zum Hause der Abge-ordneten sind ihrem Abschlusse nahe. Eine Vorlage wird in einigen Wochen Ihrer Beratung unterbreitet werden. Strenge Sachlichkeit und pflichtbewusste Staatsgesinnung wird, dessen bin ich gewiß, wie bisher die Entscheidung der preussischen Lan-desvertretung leiten, und so erhoffe ich von der bevorstehenden Tagung segensreiche Ergebnisse für die Wohlfahrt des Vater-landes.

Berlin, 11. Januar. Heute begann der Prozeß gegen den Freisen Jänemann wegen Raubmordes an seiner Braut Ratowsky.

Petersburg, 11. Januar. Neue Unterdrückungsmaßregeln gegen die finnische Bevölkerung werden erwartet, weil die finni-schen Stempelabgaben verweigert wurden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig. Verantwortlich für den Anfertiger: Friedrich Piller in Borsdorf-Beipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittgensteins.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.



# Freie Turnerschaft Leipzig-West (E.V.)

Freitag, den 21. Januar 1910, abends 8 Uhr, in der Turnhalle

## General-Versammlung.

- Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
2. Anträge der Verwaltung und der Mitglieder.  
3. Neuwahl des Turnrats und der Revisoren.  
4. Bezirksturntag.  
5. Allgemeines.

Anträge sind 8 Tage vorher schriftlich beim Vorstand einzureichen.  
Wir ersuchen um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

438f

Der Turnrat.

### Deutscher Verein für Volkshygiene Ortsgruppe Leipzig.

#### Einladung zur öffentl. Versammlung

Dienstag, den 11. Januar 1910, abends 8 Uhr  
im Saale der alten Handelsbörse, auf dem Raschmarkt.  
Vortrag des Herrn Privatdozenten Dr. med. Seiffert: Ueber  
Milchversorgung mit besonderer Berücksichtigung der Säuglings-  
ernährung. — Eintritt und Garderobe ist frei. Der Vorstand.

### Achtung! Sänger der Ruedtschen Chöre!

Donnerstag, 13. Jan., abends Punkt 9 Uhr, Grüne Schänke, Anger  
**1. Probe.**  
Erscheinen aller ist Pflicht. [411] D. G.

### Maskenfest

#### im Krystall-Palast

Morgen Mittwoch, den 12. Januar 1910  
in sämtlichen unteren Räumen:  
**„Ein Karneval in Rom.“**

Feenhafte Beleuchtung! Prachtvolle Dekoration!  
**7 Musik-Kapellen!**  
Von 8-10 Uhr:  
Ansammlung der Masken!  
Promenaden-Konzert!

10 Uhr:  
**Grosser römischer Künstler-Festzug**  
zu Fuss, zu Wagen und zu Pferde  
ausgeführt von  
sämtlichen Künstlern des Krystall-Palast-Theaters.  
37 Damen, 17 Herren.

11 Uhr:  
Im grossen Festsaal:  
**Tanz-Divertissement**  
ausgeführt von 8 Damen.  
**Pas de deux**  
getanzt von Amanda und Martha Floaati.  
**Pariser Quadrille**  
getanzt von 10 Damen.

11 Uhr:  
Auf der Varietee-Bühne:  
**Petit Roberto**  
der phänomenale Xylophon-Virtuose.  
**8 Germania 8**  
in ihren militärischen Evolutionen.

12 Uhr:  
**Fest-Polonaise**  
unter Vorantritt sämtlicher Spezialitäten des Krystall-  
Palast-Theaters und der zur Prämierung bestimmten  
6 schönsten Damenmasken mit wertvollen Preisen.  
Präzise 12 Uhr:  
**Prämierung!**

Herrenkarten Mk. 5.— Damenkarten Mk. 4.—  
Im Vorverkauf: Herrenkarten Mk. 4.—, Damenkarten  
Mk. 3.— sind an der Tageskasse, bei A. Polich, Lauterbach &  
Kuhn, Peterstrasse, H. Pressler, Grimmische Str., Ecke Neu-  
markt und H. Dittlieb, Hallische Str., zu haben. — Reservierte  
Balkon- u. Parterre-Logen zu Mk. 12.—, Mk. 18.— u. Mk. 20.—  
sind nur an der Tageskasse zu haben.  
Der Zutritt ist nur in Masken-, möglichst italie-  
nischen Charakters, oder Ballanzug gestattet.

### Restaurant Kyffhäuser

Ratharinenstr. 20. Tel. 9883.  
**Täglich: Konzert**  
des Mandolinen-Ensemble  
„España“.  
Tag und Nacht geöffnet.  
Nähe bis früh 5 Uhr.  
M. Bracke.

### Medizinal-Weine

**Rotweine** [75401]  
Flasche von 60 Pfg. an  
**Weissweine**  
Flasche von 75 Pfg. an  
bei Gust. Hoffmann \*  
Ang., Zweinaundorfer Str. 8.

### Gr. Möbel-Verkauf

Günstigste Gelegenheit für  
Brautleute und Familien.  
Komplette Wohnungseinrichtung  
für nur 348 Mk.  
Schrant, nussb. furniert 55 A  
Vertiko, nussb. furniert 55 A  
Stegisch, furniert 18 A  
Pflischottom., alle Farben 55 A  
Trumeauspiegel m. Kons. 32 A  
4 Stühle, mod. Holzlehn 24 A  
2 h.-franz. Bettst. m. Matr. 64 A  
kompl. Kücheneinrichtung 45 A  
5294\*) Ca. 348 A  
nur Pfaffenwörder Str. 12.  
Eingang Humboldtstraße.  
A. verw. Facklam.

### Sie schädigen sich selbst

wenn Sie vor Einkauf v.  
Herren- und Knaben-  
kleidern nicht erst nach  
**Blauers**

### Monats-Garderobe

Reichstraße 41, nur  
1. Etage, im Hause  
„Seefern“, gehen, um  
sich die eleganten, guten  
und billigen Herbst- u.  
Winterpaletots, Jackett-  
u. Rockanzüge (auch für  
stark belebte), Joppen,  
Knabengarderob., Fracks  
und Gesellschaftsanzüge  
anzusehen. Alles auch  
teihweise. Winter von  
Freitag abend 4 Uhr  
bis Sonnabend abend  
5 Uhr geschlossen. [10

### Emaillieur.-Versteigerung.

Zerfischung [485]  
morgen vormittag 10 Uhr  
und nachmittag 3 Uhr  
Ranstädter Steinweg 13  
Georg Albrecht, Versteigerer  
Zentralstrasse 5.



### Neugebauer

akad. geb. (nicht approb.) Praktik.  
(fr. an Dr. W. Schwabes Polikl.), be-  
hand. n. homöopath. u. Lohtholzwort.  
**Geschlechts-, Haut-,**  
Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-,  
Drüsenleib., Infuenza, Rheumat.,  
Nschias, Gicht, Wasserbrüche.  
Neul Spezial-Lichtbehandl. von  
Frauenleiden, besond. Weisshut.  
Langjähr. Erfahrg., vorz. Erfolge.  
Klostergasse 2/4, Fahrstuhl im Hause.  
Sprechzeit: 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1.  
8-12, 2-9,  
Elektr. Lichtbäder, Sonnt. 9-1.  
Damen wochentags 10-12, 3-6.

### Gewerkschafts-Kartell Röttha

Auskunfts-Bureau.  
Geschäftszeit: Jeden Freitag von 8-10 Uhr abends. Un-  
entgeltliche Auskunft in allen Rechtsfragen an alle Arbeiter,  
auch an Richterorganisierte. Erledigung schriftlicher Arbeiten. [3047]

**Schützenhaus L.-S.** Zur Abhalt. v. Vereins-  
und Gewerkschaftsfesten  
— bestens geeignet. —  
Der große Festsaal ist einige Wochentage im Januar  
und Februar frei. — Telephon 1308. [28822\*]

### Hôtel Kratzsch, Zeitzer Str. 19.

Heute und folgende Tage [423]  
**Großer Bodbierrummel.**  
Hochf. Kulmbacher Reichelbod. ff. Bodwürstchen.  
Vochachtungsvoll H. Steingrüber.

**Elegante, solide Kleiderkartons.**  
Dauerhafter brauner Dermatoidbezug  
mit 8 Lederecken, 2 Schlössern, solid.  
Griff, innen Dreifutter u. 2 Gurten.  
Nr. 191E 60x40x15 cm. Mk. 8.50  
Nr. 192E 65x40x15 cm. Mk. 9.—  
Nr. 198E 70x40x15 cm. Mk. 9.50  
Nr. 194E 75x40x15 cm. Mk. 10.—  
Nr. 191-194 Desgl. einfache Ausföhr. Mk. 5.50 6.— 6.50 7.—  
Nr. 187-190 Desgl. Segeltuchbezug. Mk. 4.— 4.50 5.— 5.50  
empfehl. in grösster Auswahl

**Karl Blaich, Windmühlenstrasse 32**  
Tauchaer Strasse 16  
— Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul-, Reise-Artikel und div. ff. Lederwaren.

### Illustrierter Neue Welt-Kalender

für das Jahr  
**1910.**

Inhalts-Verzeichnis.

Titel	Seite	Seite
Kalenbarium	2-12	Erlebnis und Erlittenes. Ein Beitrag zur
Politik	14	Weltgeschichte des sozialistischen Weltge-
Wandervorteil	15	schens von Karl Juchacz (mit Portrait)
Städtisches	16	Proletarierkinder. Bilder aus der
Märkte	17	Agitation. Von C. S.
Waffen und Märkte	21	Die Arbeiterfrage. Erklärung von Clara
Im Kreislaut des Jahres	25	Webel (mit Illustrationen)
Der Kampf der nationalen Arbeit?	26	Vom Selbstrecht zur modernen Dienst-
Der Kampf der nationalen Arbeit?	27	leistungsbewegung. Von Jo. Gar
Der Kampf der nationalen Arbeit?	28	Widmung für Arbeiterheim. Ein Nach-
Der Kampf der nationalen Arbeit?	29	wort guter Mütter. Von Dr. Franz Dieber-
Der Kampf der nationalen Arbeit?	30	sch (mit Illustrationen)
Der Kampf der nationalen Arbeit?	31	Der Mite. Gedicht von Ludwig Reiffen
Der Kampf der nationalen Arbeit?	32	Zwei Anstalten (mit Illustrationen)
Der Kampf der nationalen Arbeit?	33	Die wirtschaftliche Krise u. ihre Wirkung.
Der Kampf der nationalen Arbeit?	34	Von Robert Schmitz
Der Kampf der nationalen Arbeit?	35	Der Kampf und die Sozialisten. Von
Der Kampf der nationalen Arbeit?	36	Georg Kusan (mit Illustrationen)
Der Kampf der nationalen Arbeit?	37	Unser Leben (mit Portrait)
Der Kampf der nationalen Arbeit?	38	Fliegende Blätter
Der Kampf der nationalen Arbeit?	39	Wunder Geier
Der Kampf der nationalen Arbeit?	40	Der unfer Kälteblitz
Der Kampf der nationalen Arbeit?	41	
Der Kampf der nationalen Arbeit?	42	
Der Kampf der nationalen Arbeit?	43	
Der Kampf der nationalen Arbeit?	44	

Hierzu vier Bilder:  
Winterabend. — Liebestote auf dem Sande. — Kartoffelerte. — Schmitter.  
Außerdem ein vierfarbiger Aufdruck auf Ausdruckspapier: Eingelassen.  
Ein Wandkalender.

Zu beziehen durch alle Austräger der Volkszeitung.  
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

**Karl Pinkau**  
Photographisches Atelier  
— Leipzig —  
Tauchaer Strasse 9  
— Telephon 981 —  
Nächste Bedienung. Missige Preise  
Geöffnet:  
Sonntags u. Wochentags.

**100 Pfennig**  
Kontingenzmarken  
Kaufstücken  
sowie alle Druck-  
arbeiten in Buch-  
u. Steindruck liefert  
sauber u. preiswert  
Konrad Müller  
Schneidg. Leipzig  
Illustrierte Preislisten gratis.

**Herren-Stoff-Reste**  
für Herren- und Knaben-Anzüge,  
einzelne Rosen und Westen, Man-  
schester- u. Samt-Reste, wollenen  
u. baumwollenen Flanell-Barhant.  
Reste für Blusen und Kleider.  
Hainstrasse 10, Hof links  
Restehandlung.  
Max Nüchtern, Gegründet 1878.

**Familienanzeigen.**  
Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unsrer kleinen  
**Lotte**  
sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern  
herzlichen Dank. Besonderen Dank den lieben Paten. [314]  
Röttha, am Begräbnistage. Paul Burger u. Frau nebst Sohn.

Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme  
beim Tode und Begräbnis meines unvergesslichen Mannes,  
unsers guten Vaters, Bruders und Schwagers  
**Friedrich Wilhelm Weiss**  
sprechen wir hierdurch allen Beteiligten den herzl. Dank aus.  
Kleinschöcher, den 10. Januar 1910.  
Die tieftrauernde Witwe Auguste Weiss  
nebst Angehörigen. [407]

Nach langem, schwerem Leiden verschied mein lieber Mann,  
unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel. [491]  
**Herr Alwin Sachs.**  
Dies zeigen tiefbetriibt an  
E. Reudnitz, Dresden Str. 72, II. Hulda Sachs u. Kinder.  
Beerdigung Donnerstag 1/4 Uhr vom Patholog. Institut  
aus nach dem Reudnitzer Friedhof.

Montag früh 1/2 Uhr verschied nach langem Leiden,  
jedoch schnell und unerwartet, mein lieber, unvergesslicher  
Mann, unser herzensguter, treusorgender Vater, Schwieger-  
vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Milchhändler  
**Herr Friedrich Gustav Emil Werner**  
im 47. Lebensjahre. [428]  
In tiefstem Schmerze zeigt dies hierdurch an  
v. Wohlitz, Eifenacher Straße 38  
**Lina Werner geb. Haaring**  
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.  
Beerdig. Donnerstag, nachm. 1/2 Uhr, a. d. Alt-Schönef. Friedh.

### Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Telephon 13693 — Tauchaer Strasse 19/21 — Telephon 18698

<b>Abteilung Buchdruckerei</b> empfiehlt sich zur Anfertigung von Druck- sachen aller Art bei sauberster Ausführung u. pünktlicher Lieferung	<b>Abteilung Buchhandlung</b> besorgt alle in- u. ausländischen Bücher u. hält stets auf Lager gewerkschaftliche u. sozialistische Literatur
---	---



Politische Uebersicht.

Die neue Aera.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben: Das neue Jahr hat mit einem glänzenden Erfolg für die dänische Sozialdemokratie begonnen.

Diese Nachwahl erweckte das Interesse des ganzen Landes, betrachtet man sie doch gewissermaßen als Probe, wie das Volk über den Umschwung in der inneren Politik Dänemarks urteilt.

Wie jetzt feststeht, wird der Ausfall an Einnahmen für das laufende Etatsjahr 1909/10 rund 12 Mill. Kronen betragen, das ist etwa ein Viertel des gesamten Etats.

Am Sonnabend ist das dänische Reichsgericht in Sachen gegen die beiden früheren liberalen Minister Christensen und Berg, die stillen Mithelher Albertis, zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten.

Die Voruntersuchung gegen Alberti ist jetzt so weit beendet, daß die Akten dem ordentlichen Richter übergeben werden können.

Nach dem Kampf.

Aus Schweden schreibt man uns: In Schweden herrscht große Arbeitslosigkeit. Die Fabriken sind nur wenig beschäftigt, denn die Aufträge gingen während des großen Kampfes ins Ausland.

Der Ingenieur Ekenberg, der während des großen vorjährigen Kampfes der Arbeiter an hervorragende schwedische Industrielle Bomben versandte und in den Begleitschreiben diese als von „dem geheimen sozialdemokratischen Gericht“ abgefaßt bezeichnete, verfolgte, augenscheinlich im Auftrag, den Zweck, Regierung und Polizei gegen die Arbeiterbewegung scharfzumachen.

Deutsches Reich.

Das Opfer liegt, die Raben steigen nieder.

Herr v. Schoen wankt seinem unseligen Ende entgegen und nach christlicher Sitte nahe die Pfaffen mit der Wegzehrung. Die Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung widmet der deutschen Auslandspolitik einige Betrachtungen, und man muß unter dem Eindruck der biblisch-salbungsvollen Pastorenreden zur Ueberzeugung kommen, daß man in evangelischen Himmelskreisen auf die Seite der Mannesmannpartei zu treten geneigt ist.

Durch die ganze nachbismarckische Zeit unserer Diplomatie geht ersichtlich ein etwas romantischer Zug; man denkt nicht mehr an das alte Wort vom nationalen Egoismus, sondern treibt eine Politik der Weltbeglückung nach dem Herzen der rührseligsten alten Kosmopoliten.

Wir begreifen vollkommen das frumbe Pastorenblatt, wenn es in christlicher Ergebenheit über die mangelhafte staatliche Protektion der kapitalistischen Kolonialgeschäfte in Marokko zeternt, ist doch das Interesse der Klerisei an der Kolonialpolitik nicht unbedeutend.

Sie kommen nicht auf ihre Rechnung.

Die freisinnige Presse bringt aus Anlaß der Verabschiedung des Vizeadmirals Breusing beredete Klagen über das Zurückdrängen bürgerlicher Elemente aus der Marine.

Zu diesen Vermutungen hat wohl die immerhin auffällige Erscheinung Veranlassung gegeben, daß aus der höchsten Rangklasse der Admirale die bürgerlichen Namen, seitdem Prinz Heinrich an der Spitze des Seeoffizierkorps steht, allmählich verschwunden sind.

Wir können es den braven Freisinnsläutern nachfühlen, denn sie schwelgten doch in den Hoffnungen, daß die Marine, die hauptsächlich im Interesse der kapitalistischen Kreise gebaut wurde und die technische Reinnisse bei den Offizieren voraussetzt, ihre Offizierskräfte hauptsächlich aus Bürgertreuen beziehen wird.

Für die Schiffsahrtsabgaben.

In der bayrischen Kammer der Abgeordneten wurde bei Gelegenheit der Etatsberatung die Frage der Schiffsahrtsabgaben zur Sprache gebracht. Verkehrsminister v. Frauendorfer betonte, daß die bayrische Regierung habe sich nicht der Notwendigkeit verschlossen, daß die Lage der Finanzen dazu zwingt, den weiteren Ausbau der Wasserstraßen von der Heranziehung der Interessenten abhängig zu machen.

Die württembergischen Nationalliberalen hielten Sonntag in Stuttgart ihren Landesparteitag ab. Nach langen Redereien über Blockpolitik und den notwendigen Rud nach links wurde eine Resolution zur Frage der Schiffsahrtsabgaben angenommen, in der es heißt:

In dem von Preußen dem Bundesrat unterbreiteten Vorschlag, wirtschaftliche Zweckverbände mit der Ermächtigung zur Erhebung möglicher Schiffsahrtsabgaben zu bilden, erblickt die Landesversammlung einen geeigneten Weg, um insbeson-

dere die Kanalisierung des Neckars ohne Belastung der württembergischen Finanzen durchzuführen.

Der Landesauschuss der Süddeutschen Volkspartei hat nach dem Vorgange auf dem nationalliberalen Parteitage in Stuttgart erklärt, daß die bisherige liberale Blockorganisation mit der nationalliberalen Partei nach den neuen gefassten Beschlüssen nicht anfrucht erhalten werden könne.

Es ist nun die Frage, welche Dauer dem freisinnigen Mannesmut beschieden sein wird.

Ein treuerziger Renommist.

Der aus dem Amte scheidende Regierungspräsident v. Geseher hielt in Münster bei der offiziellen Abschiedsfeier eine Rede, in der er das in zahlreichen Trinkproben ihm gespendete Lob juristisch und dann folgendes ausführte:

Ein Verdienst aber, meine Herren, schreibe ich mir allerdings zu, und das ist, daß ich die großen, idealen Güter, die einen Bestand der Bevölkerung unserer Regierungsbezirke bilden, soweit dies irgend in meinen Kräften stand und soweit mich meine amtlichen Funktionen dazu befähigten und ermächtigten, geschützt und gewahrt habe.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bisher nicht den Vorzug genossen, von der Existenz des Herrn v. Geseher besondere Renommis nehmen zu müssen. Augenscheinlich renommiert Herr v. Geseher im Augenblick des Scheidens, um den höchsten deutschen Kreisen noch irgendeine Auszeichnung abzuschnorren.

Berlin, 11. Januar. Dem Reichstag ist eine Denkschrift über die Entwicklung der Schutzgebiete in Afrika und in der Südsee zugegangen.

Bei der am 7. und 8. Januar abgehaltenen Postkonferenz wurde als nicht erwünscht bezeichnet, die Benutzung von Chiffrebriefen anzuschließen oder auf volljährige Personen zu beschränken.

Selbunkel. Herr v. Schoen ließ vor einigen Tagen laut und vernehmbar erklären, daß er entschlossen sei, die Angelegenheit Mannesmann in der Form eines eingehender Berichtes darzulegen, die Streitfrage sollte demnach öffentlich beleuchtet werden.

Der „Kulturkampf“ im Reichslande. Am Sonnabend fand in Straßburg eine Ministerratsitzung statt, in der eine neue Antwort der Regierung an die Bischöfe beraten wurde.

Bildungsabgaben. Vor längerer Zeit ging durch die Presse die Nachricht, daß für die Entleerung von Büchern aus der königlichen Bibliothek in Berlin eine Gebühr erhoben werden soll.

Die unpolitischen Kriegervereine. Als am 2. Januar beim Generalappell des Kriegervereins Schlawa der „Mittmeister“ von Michaelis einen Jahresrückblick gab, erklärte er: „Bedauerlich ist das Verhalten der Nationalliberalen, die bei den jüngsten Wahlen zu den Landtagen die Wahlen der Sozialdemokratie, einer Partei, die den Sturz des Königtums auf ihre Fahne geschrieben hat, unterstützt haben“.

Grubenherrnspiel. Das Leichenbegängnis eines verunglückten Proletariats in Schwientochlowitz gestaltete sich zu einer großen Demonstration. Die Direktion des Bergwerks, bei dem der Verunglückte beschäftigt war, stellte die Musik gratis und kommandierte ihre Arbeiter zur Teilnahme am Leichenzuge, machte jedoch zur Bedingung, daß keine roten Schleifen getragen werden.

Kleine politische Nachrichten. Wie der Russ meldet, soll die russische Regierung in der Angelegenheit der Beschlagnahme russischer Staatsgelder beschloffen haben, eine neue russische Note nach Berlin gelangen zu lassen, die auf die Eventualität einer Zurückziehung russischer Staatsgelder aus Deutschland hinweisen soll.

Großbritannien.

Die deutsch-englischen Beziehungen.

London, 10. Januar. Bei einer Rede in Edinburg kam der Staatssekretär Grey auch auf die Erklärung Balfours betreffend die Marine und die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu sprechen. Er erklärte, daß die Marine nicht unter das ihr zukommende Stärkemaß herabgegangen sei.



Zeit, alle zwischen uns austauschenden Fragen in feindlichem Sinne zu behandeln, als während des letzten Jahres. Zweifellos wird das Anwachsen der Marineausgaben, obwohl es keine Schwierigkeiten oder Entfremdung zwischen den beiden Regierungen hervorruft, die Wirkung haben, und zwar in jedem Jahre, wenn das Marinebudget vorgelegt wird, daß die Presse und die öffentliche Meinung beider Länder in gewisse Kunstgeraten, was weiter werden soll. Es ist möglich, daß mit der Zeit irgendeine Vereinbarung ganz freiwilliger Natur zustande kommt, aber sollten wir auch niemals zu einer solchen Verständigung gelangen, so können wir doch das deutsche Flottenprogramm und müssen unsere Marine in einer Stärke erhalten, daß sie jeder wahrscheinlichen Kombination, die gegen uns aufgestellt werden könnte, überlegen ist. Wenn das deutsche Flottenprogramm durchgeführt oder nahezu durchgeführt sein wird, wird ein Verhältnis zwischen beiden Marinen hergestellt sein, das vielleicht dem Wettstreit in den Ausgaben für Flottenzwecke ein Ziel setzen wird.

Die Rede Greys ist ein weiterer Beweis dafür, daß zwischen der deutschen und englischen Regierung Verhandlungen über das Flottenverhältnis und andere Fragen geführt werden.

## Spanien.

### Die Kosten und Folgen des Abenteuers.

Dem Kriegsministerium wurde ein außerordentlicher Kredit von 67.610.420 Pesetas (ungefähr 55 Millionen Mark) zur Begleichung der durch den Ausbruch in Marokko entstandenen Kosten bewilligt. Zum gleichen Zweck wurden dem Marineministerium 300.000 Pesetas überwiesen. Dies sind nicht die sämtlichen Kosten des Abenteuers, sondern nur die Nachtragskredite. Dabei kann das spanische Volk sich nicht einmal die Hoffnung machen, daß es in Zukunft Ruhe haben wird. Die spanische Regierung wird jetzt nicht mehr die Hand aus dem marokkanischen Spiele lassen, sie wird sich bemühen eine Kriegsentwässerung von der marokkanischen Regierung zu erpressen, was lange Wege haben wird. Dafür sollen jetzt die spanischen Arbeiter und Bauern weißbluten. Das einzige Jugendhindnis, das die spanische Regierung nach dem Ausbruch des Barcelonaer Aufstandes gemacht hatte, wurde jetzt wieder zurückgenommen.

Nämlich der im Juli 1909 durch königlichen Erlaß aufgehobene Loskauf von Wehrpflichtigen von der Wehrpflicht, aktiv zu dienen, der bisher gegen Erlegung von 1500 Pesetas gestattet war, ist neuerdings wieder eingeführt worden, um der Staatskasse diese ergiebige Geldquelle nicht zu verschließen. Obwohl der Kostaus vom Militärdienst in den Jahren 1901 bis 1907 = 8, 13, 14, 7, 15 bzw. 14 Millionen Pesetas einbrachte, handelt es sich bei dieser „Reform“ nicht soviel um die Einkünfte des Fiskus, sondern um den Unwillen der spanischen Feudalen und bürgerlichen Parasiten gegen den Militärdienst. Die Herrschaften finden es viel besser, wenn die spanischen Bauern und Arbeiter die Kosten der Kolonialabenteuer bezahlen und sie die Profite einheimen. Und die „liberale“ Regierung, deren Eintritt von liberalen und nichtliberalen Faselhänfen als eine neue Ära in der spanischen Geschichte begrüßt wurde, führt natürlich den Willen der herrschenden Bande so gut aus, wie es die konservative tat.

## Portugal.

### Ein Komplott gegen König Manuel.

Lissabon, 11. Januar. Die Geheimpolizei hat ein großes, raffiniert angelegtes Komplott gegen das Leben König Manuels seitens der Anarchisten entdeckt. Bei den vorgenommenen Untersuchungen und Hausdurchsuchungen wurden über 40 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich alte Anarchisten, die seinerzeit bereits an der Verschwörung gegen das Leben König Carlos teilgenommen haben. In der letzten Nacht haben die Polizeiwachen auf verdächtige Individuen geschossen. Die Wachen sind verdoppelt worden. In der portugiesischen Hauptstadt herrscht große Erregung.

Es ist eine Frage, inwieweit die „Entdeckung“ des Komplotts eine Polizeimache ist, aber es ist keine Frage mehr, daß das Komplott, dem Carlos zum Opfer fiel, von keinen Anarchisten, sondern gut bürgerlichen Abklatschen organisiert war und es ist eine ordinäre Mache deutscher Telegraphenagenturen, wenn sie mit solchen Nachrichten dem deutschen Spieser gruselig vor den Anarchisten machen.

## Sächliche Angelegenheiten.

### Der Landtag.

Heute findet die erste öffentliche Sitzung nach den Feiertagen statt. Auf der Tagesordnung steht eine Anzahl Berichte der Rechnungshauptkommission über den Rechnungsbuch der Finanzperiode 1906/07; Landtagskosten, allgemeine Regierungs- und Verwaltungsangelegenheiten, Gesamtministerium und Staatsrat, Kabinettskanzlei, Hauptstaatsarchiv und die Ordenskanzlei — das Kapitel der letzteren ist mit 2835.12 Mk. überschritten, trotzdem noch manches Knopfloch leer geblieben ist — ferner der Bericht über die Gendarmerieanstalten, der Polizeidirektion zu Dresden, das Kapitel der Sicherheitspolizei und noch eine ganze Reihe sonstiger Abrechnungen.

Von Bedeutung ist die allgemeine Vorberatung über den Bericht der Landesbrandversicherungsanstalt, den Entwurf eines Gesetzes über die Landesbrandversicherungsanstalt und den Entwurf eines Gesetzes über die Feuerversicherung bei privaten Feuerversicherungsunternehmen.

Hierzu liegt umfangreiches Material in den Gesetzentwürfen der Regierung wie auch in einer Anzahl Petitionen dazu vor. Veranlassung hierzu bietet das am 1. Januar bereits in Kraft getretene Reichsversicherungsgesetz. Neben der obligatorischen Gebäudeversicherung des Staats besteht noch eine freiwillige Abteilung für Versicherung von Maschinen, Apparaten usw., die sich einer nur recht mangelhaften Entwicklung erfreut. Trotzdem hat die Regierung nicht die Absicht, diesen Zweig weiter auszubauen, obgleich ein Bedürfnis dazu vorliegt und auch gegeben wird. Diese Abteilung hat, wie sie jetzt ist, einen schweren Stand, indem ihr die Privatgesellschaften diejenigen Objekte überlassen, die wegen zu schwerer Gefahr diesen nicht erwünscht sind.

Erkennt man das Prinzip an, daß Versicherungen zum Schutze der Versicherten, weniger zum Geldverdienen der zu Ringen vereinigten privaten Versicherungsgesellschaften dienen sollten, dann muß eben der Staat auf diesem Gebiete weiter gehen und entweder alle Maschinenversicherung zu seinem Monopol machen, oder noch richtiger die staatliche Versicherung auch auf Mobilien und Materialien ausdehnen. Gerade bei den Feuerversicherungen der wenigbemittelten Bevölkerung sind die Versicherungsprämien am höchsten durch vereinbarte Minimalsätze der Gesellschaften, so daß in der Regel die kleinste Wirtschaft 1 Mark pro Tausend und noch mehr zu zahlen hat, während bei größeren Objekten die Prämie prozentual sinkt. Dasselbe gilt von den Rebesten. Nach dem sächlichen Gesetz vom 28. August 1876 dürfen die Gesellschaften bei einer Versicherungssumme von

2000 Mark 1 Mark und bei 1 Million 12 Mark Kosten einzahlen.

Versicherungen sollen eine Wohlthat für die Versicherten sein, aber kein Ausbeutungsobjekt für Aktionäre.

### Altersrentenkasse für Handwerker.

Der 213 Innungen mit etwa 18.000 Mitgliedern umfassende Sächliche Innungsverband beschäftigt sich seit einiger Zeit mit den Vorarbeiten zur Bildung einer Altersrentenkasse für seine Mitglieder, um ihnen eine Gelegenheit zur Altersversicherung zu schaffen. Nun ist ein Statutenentwurf auf Gegenseitigkeit aufgestellt und sämtlichen Innungsverbandsmitgliedern zur Prüfung aufgestellt worden. Dem Entwurf ist zu entnehmen, daß die nur für die Mitglieder der dem Innungsverband angehörenden Innungen nach § 53 des Reichsgesetzes vom 12. Mai 1901, die privaten Versicherungsunternehmen betreffend, zu errichtende Kasse den Namen „Altersrentenkasse für sächliche Handwerker, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit“ führen und den Zweck haben soll, ihren Mitgliedern vom Ende des 65. Lebensjahres an eine Altersrente auf Lebenszeit zu gewähren. Bei der Kasse sollen vier Klassen gebildet werden mit einem Eintrittsalter von 2, 3, 4 oder 6 Mk. Der Beitrag eines Kassensmitglieds soll betragen bei einem Eintrittsalter bis mit 30 Jahren in den Klassen I 15, II 20, III 45 und IV 60 Pfg., bei einem Eintrittsalter über 30 und bis mit 40 Jahren in den Klassen I 20, II 40, III 60 und IV 80 Pfg. und bei einem Eintrittsalter von über 40 Jahren in den Klassen I 25, II 50, III 75 und IV 100 Pfennige die Woche. Die Wartezeit beträgt 25 Beitragsjahre. Um älteren Mitgliedern diese Wartezeit zu verkürzen, ist für diese eine Erhöhung der Beiträge vorgesehen. Für die Beiträge, die nach Bedarf erhöht oder vermindert werden sollen, leistet die Kasse nach erfülltem 65. Lebensjahre an das Mitglied in Klasse I 120 Mk., in Klasse II 240 Mk., in Klasse III 360 Mk. und in Klasse IV 480 Mk. Jahresrente bis zum Tode, und zwar in monatlich voranzahlbaren Raten. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds wird an dieses oder dessen Erben die Hälfte der geleisteten Beiträge ohne Zinsen zurückgezahlt. Der Innungsverband beabsichtigt, der Altersrentenkasse einen Gründungsbeitrag von 1000 Mk. und einen jährlichen vom Verbandstag festzusetzenden Beitrag zu den Verwaltungskosten zu gewähren. Durch die Einführung der Möglichkeit der Verkürzung der Wartezeit könnte der Vorteil der Einrichtung schon fünf Jahre nach deren Gründung fühlbar werden. Die entsprechende Beschlußfassung über die Angelegenheit wird voraussichtlich auf dem diesjährigen 23. Innungsverbandsstag erfolgen.

### Nachspiele zu den Landtagswahlen.

Bei dem letzten Landtagswahlkampf haben bekanntlich die bürgerlichen Parteien in der Dage des Gefechts die Worte, mit denen sie sich gegenseitig bedrohten, oft nicht mit der nötigen Sorgfalt gewählt. So hat der Landtagswahlkampf im 22. sächlichen Wahlkreis außer dem Prozeß gegen den Landtagsabgeordneten Claus wegen Beleidigung noch eine Reihe weiterer Prozesse im Gefolge. Der durchgefallene konservative Kandidat Fabritzschger Willisch-Plauen hat seinen Gegner Claus wegen des Zwischenfalls „Nige“ verklagt. Abg. Claus hat hierauf mit einer Widerklage, die ein konservatives Flugblatt zum Gegenstand hat, geantwortet. Ferner schwebt ein von konservativer Seite anhängig gemachter Prozeß wegen Beleidigung durch die Presse. Drei weitere Prozesse gegen Nationalliberale sollen in der Luft liegen. Der Fall, wegen dessen der Abg. Claus zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, wird im Reichstag und im Landtag zur Sprache gebracht werden.

er. Dresden. Die Stadtverordneten hielten am Montag ihre erste Sitzung ab, in der die Vorstandswahlen erfolgten. Es wurden Justizrat Dr. Stöckel zum Vorsteher, Dr. Vogel (nat.-lib.), der Präsident der Zweiten Kammer, zum ersten und Innungsmeister Unrath (kons.) zum zweiten Vizevorsteher wiedergewählt. Bei den folgenden Wahlen der vier Schriftführer und zu den vier sächlichen Ausschüssen gingen die Liberalen und Sozialdemokraten, die nach dem Ausfall der letzten Stadtverordnetenwahlen jetzt über die Mehrheit im Kollegium verfügen, zusammen. Die Liste der Rechten unterlag; zum Schriftführer wird u. a. auch der Stadtverordnete Kaufmann Braune (Soz.) gewählt. Damit ist zum erstenmal ein Sozialdemokrat in den Vorstand des Kollegiums gewählt. Da die Liste der Liberalen auch bei den Ausschuwahlen durchging, sind die Sozialdemokraten jetzt durch je zwei Mann in den Ausschüssen vertreten. — Die konservativ-antifeministische Mehrheit, die viele Jahre im Dresdner Stadtparlament dominierte, ist gebrochen.

Zittau. Wie der Oberbürgermeister in der ersten diesjährigen Stadtverordnetenversammlung mitteilte, hat die Regierung eine geplante Millionenanleihe der Stadt nur in Höhe von 500.000 Mk. genehmigt. Weitere Entschlüsse macht die Regierung von einer Deklaration der Vermögensverhältnisse der Stadt abhängig.

Zittau. Ein Gastwirt hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Vergehens gegen die Eisenbahnbetriebsordnung und wegen Beleidigung von Beamten zu verantworten. Er hatte die Kleinbahn Zittau-Döbnitz benannt und war von einem Schaffner rauh in einem Nichtraucherwaggon angegriffen worden. Als der Beamte ihn zum Verlassen des Wagens aufforderte, trat der Gastwirt auf die Plattform des Wagens und setzte auf dieser die Fahrt fort. Bei der nächsten Station verwies ihn der Schaffner auf den Plattform des Wagens, welchem Verlangen der Fahrgast erst nach Auseinandersetzungen mit dem Beamten folgte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 33 Mk. Geldstrafe und führte in der Begründung aus, daß auch auf der Plattform eines Nichtraucherwagens der Aufenthalt den Rauchern nicht gestattet sei.

Schneeberg. In Chemnitz ist eine Gesellschaft zur Erbauung einer elektrischen Rollbahn von Schneeberg-Neustadt nach Auerbach i. B. und einer Straßenbahn von Schneeberg nach Aue gegründet worden.

Neine Nachrichten aus dem Lande. In Chemnitz lief ein 21jähriger Schlosser abends in der 12. Stunde auf der Annaberger Straße im Lausfritze neben einem Straßenbahnwagen her, um auf den Vorderperson des Motorwagens aufzuspringen. Dabei rannte der junge Mann mit voller Wucht gegen einen Straßenbahnwagen, so daß er, aus drei Kopfwunden heftig blutend, zunächst bewußtlos liegen blieb. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte er sich in ärztliche Behandlung begeben. — Am Sonntagvormittag in der 9. Stunde wurde am Neumühlweg in Chemnitz die Leiche einer 53jährigen Wäscherin, die kurz zuvor von der Fabrikstraße aus in selbstmörderischer Absicht in den Chemnitzfluh gesprungen war, herausgehoben. Was die Bebauernswerte in den Tod getrieben, ist noch unbekannt. — Am Sonntag nachmittag wurde in Dresden vor dem Grundstück Großenhainer Straße 34 der drei Jahre alte Sohn eines dort wohnenden Schlossers von einem Straßenbahnwagen überfahren und sofort getötet. Das Kind war aus dem Vorgarten in einem unbeobachteten Augenblick direkt in den Straßenbahnwagen hineingelaufen. — Am Sonnabend abend machte der schwachmüthige, 38 Jahre alte Hutmachergehilfe Anton Rudolph in seiner in der Kleinen Kirchengasse in Dresden gelegenen Wohnung seinem Leben durch Erhängen ein Ende. — Zwei Personen in Dresden begingen kurz hintereinander Selbstmord in der Elbe. Seit Sonnabend abend wurde der 20jährige Seminarist Pünich, Sohn eines Brauereibeamten, vermißt. Im Laufe des Sonntags wurde der junge Mann auf der

Elbe aus der Elbe gezogen, und am Sonntag mittag sprang der unmittelbar neben Pünich wohnende, in den vierziger Jahren lebende Schneider Gustav Nixen in der Nähe der Stelle, wo fast zu gleicher Zeit sein Nachbar aus Leide herausgegangen wurde, in die Elbe. Nixen hatte sich vorher seiner Sachen am Ufer entledigt, schwamm auch noch einmal zurück, um dann ertrunken im Wasser zu gehen und den gewöhnlichen Tod zu finden. Der Leichnam konnte bisher noch nicht gefunden werden. — Als der Steinarbeiter Strehle aus Wittichen bei Baugen einen Stein an einer Mauer besetzte, fiel ihm von oben ein größerer Stein auf den Kopf, so daß er eine Gehirnerschütterung erlitt. Man brachte den Schwerverletzten lebend in seine Wohnung. Die Angelegenheit wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben, da man annimmt, daß die nötigen Schutzvorrichtungen nicht vorhanden waren. — Der 13jährige Bauernsohn Johann Sandner in Schöna u. B. hat den Wirtschaftsbesitzer Josef Schimmer erschossen. Er wollte sich an einem Mann rächen, der ihm bei einem Streite eine Ohrfeige versetzt hatte, geriet aber in der Dunkelheit an einen Unbeteiligten. Der Mörder wurde verhaftet. — In Altschöna u. B. wurde der 68 Jahre alte, dem Trunke ergebene Gelegenheitsarbeiter Johann Schick aus Callenberg in dem auf der Bahnhofswiese befindlichen Wassergraben tot aufgefunden. Er ist nach ärztlichem Anspruchs erstikt. — In Niederauerbach der etwa 30 Jahre alte Arbeiter Richard Grille die 50 Jahre alte Semmelausträgerin Fortner. Er brachte ihr durch Schläge, wahrscheinlich mit einem stumpfen Gegenstand, mittelschwere und leichte Verletzungen an Kopf und Händen, meist Miß- und Quetschungen, bei, da die Ueberfallene die Hände schützend vor den Kopf hielt. Der Täter entfloh. Der Zustand der Verletzten ist unbedenklich. Grille hat die Tat aus Rache angefaßt. Kurze Zeit nach dem Ueberfall fand man ihn in einem Garten erhängt auf. — Eine Ehefrau in Aue sollte eine dreimonatige Gefängnisstrafe antreten. Das hatte die Frau so in Aufregung versetzt, daß sie einen Blutsturz bekam, der ihren Tod herbeiführte. — Auf der abfalligen Straße von Grobhartmannsdorf nach Grobhartmannsdorf ist der Gutbesitzer Ernst Kuerbach aus Grobhartmannsdorf von seinem Gefährt gefallen. Er wurde eine große Strecke weit geschleift und mehrmals vom Wagen überfahren. Der Kopf wurde förmlich zermalmt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

## Aus den Nachbargebieten.

### Verlegung der Bahn wegen Erdbeben.

Dem Anhaltischen Staatsanzeiger wird aus Frose gemeldet:

In letzter Zeit haben sich hier wieder Erdbeben gezeigt, die sich am deutlichsten im Westen unreses Ortes zeigen, wo sich eine Erdvertiefung von etwa 80 Meter Länge und 25 Meter Breite befindet. Der neben dem Tagebau der Anhaltischen Kohlenwerke stehende Gasthof Glück auf zeigt in seinen Mauern verhältnismäßig Ritze, ebenso die ihm gegenüberliegende Bahnhofsstraße 63. Die Bahnverwaltung hat an dieser Stelle Messungen vornehmen lassen, um festzustellen, ob auch die Strecke der Bahn Acherleben—Halberstadt in Mitleidenschaft gezogen wird. Da auch die Grube Kontordia in Nachterstedt unmittelbar an der Bahnstrecke liegt und sich unter dieser und dem Bahnhofs Nachterstedt Kohlenlager befinden, deren Wert auf annähernd 30 Millionen Mark geschätzt wird, hat man schon an eine Verlegung der Bahnstrecke gedacht. Es wäre dazu nicht allein die Verlegung des Bahnhofs Nachterstedt notwendig, sondern auch die des Bahnhofs Frose um etwa 1 Kilometer nach Osten. Die Kosten dieses Projekts würden sich auf etwa 10 Millionen Mark belaufen, welche die Grube Kontordia in Nachterstedt allein zu tragen hätte. Diese hat sich aber noch nicht bereit erklärt, diese Summe zu übernehmen. Auf die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit kann man gespannt sein.

## Landeskonzferenz der organisierten Bergarbeiter Sachsens.

Fugau, 9. Januar 1910.

Im Gasthof zur Sonne tagte hier die Landeskonzferenz der sächsischen Bergarbeiter, die zusammengetreten war, um Stellung zu nehmen einmal zu den gewalttätigen Maßnahmen der Rassenvertreter und Arbeiterauschussmitglieder durch die Verwaltungen in den sächsischen Bergrevieren, und ferner zu der Regierungsverordnung, betreffend die Einführung des Sicherheitsmännersystems. Die Konferenz war von 42 Delegierten aus allen Revieren Sachsens besetzt.

Reichstagsabgeordneter und Verbandsvorsitzender Genosse Hermann Sachse wies auf den Zweck der Konferenz hin, die Verurteilung sei, vor allem gegen die gewalttätige Unterdrückungsmethode der Werkverwaltungen gegen die gesetzlichen Vertreter der Arbeiter in den Rasseninstitutionen und den Verbandsausschüssen schärfsten Protest zu erheben. Wenn man glaube, die Bergarbeiter durch die brutale Gewalt einschüchtern zu können, täusche man sich. Lange habe man diesem Treiben geduldig zugehört, aber die Geduld sei nun erschöpft. Man möge sich hüten, einen Sturm heraufzubeschwören, der die Mäher dieser sivilen Gewaltpolitik hinwegfegen werde. Vorherhand würden alle gesetzlichen Mittel angewendet werden, um dem Terrorismus gewisser Werk-Verwaltungen ein Ende zu bereiten. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf referierte Bezirksleiter, Abgeordneter M. Krause zum 1. Punkt der Tagesordnung: Die Rechtslosigkeit der Arbeitervertreter und deren Wahlen im sächsischen Bergbau! Der Referent wies auf die Vorgänge hin, die sich in der letzten Zeit besonders im Delbitz-Fugauer und Zwickauer Revier abgespielt haben. Die Werkverwaltungen arbeiteten mit den verwerflichsten Mitteln, die Organisation der Bergarbeiter zu zerschlagen zu machen. Man schäme sich nicht, zu einer Taktik zu greifen, die skandalös genannt werden müsse und ihren Ausdruck finde in den Massenmaßnahmen der Arbeitervertreter in den Rassenverwaltungen und den Arbeiterauschüssen. Nicht weniger als zwei Duzend Vertreter sind in jüngster Zeit ohne irgendwelches Vergehen aus dem Pflaster geworfen worden und der Direktor der Grube Kontordia habe damit, als er zu einem der gemahrgestellten Vertreter sagte: „Hätten Sie sich nicht wählen lassen, wären Sie heute noch in Arbeit!“ unumwunden erklärt, weshalb man die Leute entlasse. Auf der Grube Kaffergrube habe man kürzlich einen Arbeiter entlassen, der an dem Begräbnis eines verunglückten Kameraden teilgenommen habe. Daraus könne man ersehen, wohin die Reise gehe. Die Werkverwaltungen suchen mit Gewalt das Zustandekommen der gesetzlichen Arbeiterauschüsse zu verhindern und der Arbeiterschaft unmöglich zu machen, ihre Wünsche und Beschwerden in geordneter Weise vorzubringen. Die schmutzigsten Mittel würden angewandt, Vertreterwahlen im Sinne der Werkverwaltungen zustande zu bringen. Der Terrorismus und die Spitzel bei den Wahlen sei ungeheuer. Direkte Beeinflussungen, Drohungen und der unerhörteste Zwang des Werkbeamtenums seien an der Tagesordnung. Die Leitung dieser arbeitserfindlichen Maßnahmen habe die Verwaltung der Segen-Gottes-Werke (?) übernommen, die mit Maßnahmen der Arbeitervertreter vorangegangen sei. Alle Versuche der Organisation, die Regierung zum Einschreiten gegen den Terrorismus des Unternehmertums zu veranlassen, seien erfolglos geblieben.

Daraus geht deutlich hervor, daß die Regierung mit dem bergprivatkapitalistischen Unternehmertum Hand in Hand gehe. Dagegen hütete man die Gelben im Bergbau: die „Königstreuen“ Knappen, die man bei jeder Gelegenheit in provokatorischer Weise gegen die organisierten Bergarbeiter ausplügte.

In welcher schmachvoller Weise man die Arbeitervertreter in der Wahrung ihrer gesetzlichen Rechte behandelte, hätten die Direk-



Wen Kneffel und Pfeißiker von den Werken Kaisergrube in Geroldsdorf und Vereinigt Feld in Dohndorf bewiesen. Kneffel hat im vergangenen Jahre 17 Arbeitervertreter und Pfeißiker jetzt vor dem „Feste der christlichen Liebe“ vier Arbeitervertreter grundlos entlassen, der letztere mit dem Bemerkten: „Die Entlassenen könnten sich photographieren lassen und mit dem Verkauf von Ansichtspostkarten beschäftigen.“

Gegen diese Gewaltpolitik der Grubenverwaltungen vorzugehen, müsse das erste Bestreben der Bergarbeiter wie der Regierung sein. Mit einer Reform der Berggesetzgebung müssten die Rechte der Arbeitervertreter und ihre Existenz gesichert und dem skandalösen Treiben der Grubenverwaltungen ein Riegel vorgeschoben werden.

Von der Regierung sei nach ihrer jetzigen Vorlage, das Sicherheitsmännersystem betreffend, nicht viel zu erwarten. Die Bergarbeiter seien auf sich selbst angewiesen. Und deshalb sei die Frage berechtigt: Wollt ihr Bergarbeiter die Ausdehnungs- und Unterjochungspolitik der Werke auch länger gefassen lassen? (Zu ausendstimmiges Nein der Versammelten.) Also rüft euch! Müht euch für einen Kampf, der alle bisherigen Kämpfe in den Schatten stellt. Er wird euch ausgleichend. Ihr müht ihn führen, woht oder übel. Zweifellos wird der Kampfkampf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben erschüttern, weite Kreise der Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen. Aber es handele sich um die Menschwerdung der deutschen Bergarbeiter wie der Arbeiterschaft überhaupt. Dazu gehöre zunächst eine unermüdliche Kampftätigkeit für die Organisation, Kampfbereitschaft auf der ganzen Linie. Möge jeder Kamerad ein Initiator, ein Organisator sein und seinen Mann stellen, wenn es gilt. Und dann werden wir siegen! (Stürmischer Beifall.)

Darauf ergriff der Reichstagsabgeordnete Verbandsvorsitzender Sachse das Wort zum zweiten Tagesordnungspunkt: Die Sicherheitsmänner im sächsischen Berggesetz und was fordern die Bergarbeiter von denselben?

Einleitend wies er darauf hin, daß das Bergunternehmertum es gewenig sei, welches Willows „holzes Wort“: „Deutschland in der Praxis umzusetzen.“ Und dabei sei die Zahl der sozialpolitischen Fortschritt zu verhindern gewußt habe.

Man proklamiere den Schutz der Schwachen, vergesse aber, ihn in die Praxis umzusetzen. Und dabei sei die Zahl der Unfälle in erschröckender Weise. Sie habe sich seit 1887 nahezu verdoppelt, wie die Statistik nachweise. Dagegen sei die Rentenziffer im Verhältnis gesunken und Witwen und Waisen littend unter dem Not.

Das Grubenunternehmertum und seine Presse habe sich nicht scheut, zu behaupten, daß Montags — infolge des unmäßigen Lebenswandels der Arbeiter am Sonntag! — die meisten Unfälle vorkämen. Die Statistik der Knappschäftsberufsgenossenschaften habe das Gegenteil ergeben. Die Vollrenten würden immer geringer, die kleinen Renten immer mehr. Lediglich: weil man die schweren Unfälle immer niedriger bewerte.

Sachse rief hinsichtlich der Zahl der tödlichen Unfälle an dritter Stelle von allen bergbaurelevanten Staaten. Und dabei verfolge Sachse über die günstigsten Gebirgs- und Haldenverhältnisse. Auch die Gesamtzahl der Unfälle habe sich vermehrt. Schuld an alledem sei die mangelhafte Grubenkontrolle, die Antreiberei und das verwerfliche Gebirgs- und Haldenverhältnisse. Auch die Gesamtzahl der Unfälle habe sich vermehrt. Schuld an alledem sei die mangelhafte Grubenkontrolle, die Antreiberei und das verwerfliche Gebirgs- und Haldenverhältnisse. Auch die Gesamtzahl der Unfälle habe sich vermehrt. Schuld an alledem sei die mangelhafte Grubenkontrolle, die Antreiberei und das verwerfliche Gebirgs- und Haldenverhältnisse.

Die Bergarbeiter verlangten die unabhängigen Grubenkontrollen nicht nur, um diese Mängel zu beseitigen, sondern auch aus hygienischen Gründen, in Rücksicht auf den Gesundheitszustand der Belegschaften. Die Krankenziffer sei horrend. Besonders die Gruben Deutschland und Vereinigt-Feld im Oelsnitz-Lugauer Revier ständen in dieser Hinsicht wie betriebs terroristischer Bekämpfung der organisierten Bergarbeiter an der Spitze. Fürwahr, ein trauriger Ruhm!

Die Aenderung des Knappschäfts-gesetzes mache sich gleichfalls notwendig. Es gelte, den Inwaliden und freiwilligen Mitgliedern die erteilten Rechte — als Vertreter in den sozialen Institutionen, also als Klassenvertreter und Sicherheitsmänner, zu fungieren! — zu erlangen und diese Forderungen werde man auch bei Beratung der neuen Vorlage der sächsischen Regierung erheben. Die sächsische Regierung habe die Forderungen abgelehnt, weil der sächsische Bergbau dann angeblich „nicht mehr konkurrenzfähig bleibe“.

Heute bekämpfe die Regierung die Forderung der Arbeitergrubenkontrollen mit dem Motiv: „das System werde zu politisch-agitatoren Zweck ausgenutzt“.

Mit solchen hohen Redensarten könne die sächsische Regierung allerdings niemanden mehr überzeugen, denn die Prüfung der Verhältnisse in England zum Beispiel, wo das System schon seit 1872 eingeführt sei, habe das Gegenteil bewiesen.

Erst die jüngsten Grubenkatastrophen im In- und Auslande hätten die preussische und die sächsische Regierung zu einer Aenderung ihrer Auffassung gezwungen. In Preußen sei die Einrichtung der Sicherheitsmänner „weiße Salbe“ geblieben, wie der Geheimrat Hilger seinerzeit festgestellt habe. Und „weiße Salbe“ solle auch das geplante sächsische System werden.

Weiter charakterisierte der Redner die famose Begründung und die Grundzüge, die die sächsische Regierung ihrer sämtlichen Vorlage zugrunde gelegt habe, und weist nach, daß die Sicherheit der Existenz der Sicherheitsmänner, wie sie von der Regierung zugesichert werde, nach den bisherigen Erfahrungen höchst fragwürdig sei. Bemerkenswert sei, daß die sächsische Vorlage noch nicht einmal so weit gehe wie die preussische und eine Reihe Einschränkungen hinsichtlich der Wählbarkeit der Grubenkontrollen vorsehe, die geradezu lächerlich wirkten und die „Hellsichtigkeit“ der sächsischen Regierung drastisch bezeugten. Und dabei gehe diese jämmerliche Vorlage dem sächsischen Bergunternehmertum noch viel zu weit.

Dem gegenüber stehen die Bergarbeiter nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nur unabhängige Arbeitergrubenkontrollen ihren Zweck erfüllen können. Mit dem Scheinmandat der Vorlage, daß im Bergbau der Arbeiter den obersten Beamten kontrollieren solle, wolle man nur die Einrichtung wirkungslos und die Sicherheitsmänner zu willenlosen Automaten machen. Im andern Falle würde man sie einfach zum Teufel jagen. Der Redner begründete sodann die Forderungen, die die Bergarbeiter an die sächsische Gesetzgebenden Körperschaften in der Frage des Sicherheitsmännersystems richteten und die in der weiter unten folgenden Resolution niedergelegt sind.

Redner bestritt sodann auch die Resolution zum ersten Referat. Man möge noch einmal den Versuch machen, durch Vermittelung der Regierung die vorhandenen Mängel und den Terrorismus des Unternehmertums zu beseitigen. Gelingen dies nicht, trotz aller Mühe, dann möge kommen, was da kommen mag. Wenn der Stein im Rollen, sei der Kampf unvermeidbar. Dazu mögen sich die Kameraden rüsten und durch Extrabeiträge die Organisation stärken, die berufen sei, ihnen menschenwürdigeren Verhältnisse zu schaffen. „Durch Kampf zum Sieg!“ möge dann ihre Lösung sein! (Ranganhaltender, stürmischer Beifall.)

Der Konferenz liegen folgende Resolutionen zur Beschlussfassung vor:

#### Resolution I:

„Die augenblicklich schwer drohende Gefahr eines allgemeinen Kampfes im deutschen Bergbau, der besonders durch die Einführung des Arbeitsschutzes unvermeidlich zu werden scheint, sowie die fortgesetzten Maßnahmen von um die Erhaltung und Erbringung ihrer gesetzlichen Rechte schwer kämpfenden Arbeitervertretern fordern die Konferenz alle Bergarbeiter Sachse auf, einen festeren Zusammenschluß durch Masseneintritt in die Organisation herbeizuführen.“

Die Konferenz ist einmütig der Überzeugung, daß die Bergarbeiter Sachse derartige ehrverletzende und die Arbeiter schwer beleidigende und provozierende Maßnahmen nicht länger ruhig hinnehmen dürfen, und erwartet, daß alle Bergarbeiter dazu beitragen, einen Kampffonds zu gründen, mit dessen Hilfe es möglich ist, den zur Naturnotwendigkeit gewordenen Kampf mit den Werkbesitzern aufzunehmen.

Der weiteren befehligt die Konferenz, den Bezirksleiter, Abgeordneten M. Krause, zu beauftragen, beim Ministerium des Innern anzufragen, ob es bereit sei, eine Deputation zu empfangen, welche der Regierung noch einmal unterbreiten soll, wie die Rechte der Arbeitervertreter im sächsischen Bergbau von seiten einzelner Werkbesitzer illusorisch gemacht werden. Die Konferenz steht auf dem Standpunkt, daß invalide und freiwillige Mitglieder als Vertreter zu den in Frage kommenden Institutionen gewählt werden können. Die zu wählende Deputation wird beauftragt, die Regierung zu ersuchen, einbündel Schritte zu unternehmen, damit es den Arbeitervertretern im sächsischen Bergbau möglich ist, die ihnen obliegenden Pflichten zu erfüllen.“

#### Resolution II:

Die Konferenz hält an dem Standpunkt fest, daß der Bergarbeiter-Schutz und die Berggesetzgebung durch Reichsgesetz zu regeln sind. Die fast überall noch ansteigenden Unfall- und Krankenzahlen beim Bergbau machen einen besseren, einheitlichen, also reichsgesetzlichen Bergarbeiter-Schutz zur Naturnotwendigkeit.

In erster Linie gehört dazu auch eine durchgreifende Reform der Grubenkontrolle, welche von praktisch geschulten Bergarbeitern ausgeführt werden soll. Derselben dürfen, um die Schutzvorschriften gut überwachen und zur Geltung bringen zu können, weder von den Werkbesitzern noch deren Beamten abhängig sein.

Da der Gesetzesentwurf betr. Einführung von Sicherheitsmännern, welchen die sächsische Regierung dem Landtage vorlegt, diesen Grundforderungen, die unbedingt an eine wirksamere Grubenkontrolle gestellt werden müssen, nicht entspricht, sondern versichert, daß aus der Belegschaft gewählte Arbeiter die Beamten und Grubenbesitzer kontrollieren sollen, bei denen sie in Arbeit stehen, von denen sie also abhängig sind, so protestiert die Versammlung ganz energisch gegen solche verkehrte Maßnahmen.

Um die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und eine wirksame ständige Aufsicht zu ermöglichen, ist es nötig, daß die Arbeiterkontrollen nicht im Arbeitsverhältnis bleiben und daß sie von den Arbeitern in direkter, geheimer Wahl — mittels Invertwahl gewählt werden und daß sie jederzeit eine Befragung der Grube vornehmen können.

Die vielfachen Mängelregelungen gesetzlich vorgeschriebener Arbeitervertreter in den Knappschäftsberufen seitens vieler Werkverwaltungen zwingen zu der Maßnahme, die Sicherheitsmänner unter allen Umständen von den Werken unabhängig zu machen.

Auf je 2000 Mann Belegschaft muß ein Arbeiterkontrollenrat entfallen, der vom Staate besoldet wird. Wahlberechtigt soll jeder großjährige Arbeiter, wählbar jeder sein, der fünf Jahre unter Tage und davon mindestens drei Jahre als Häuer oder Zimmerling in dem betreffenden Kontrollbezirk tätig war. Die Wahl soll auf zwei Jahre stattfinden, Wiederwahl ist zulässig.

Beschwerden und Mitteilungen der Arbeiterkontrollenrat, soweit es sich um Mängel unter und über Tage handelt, müssen von der Bergbehörde jederzeit beachtet werden.

Die Konferenz ersucht die hohen Ständekammern und das hohe Ministerium, den benannten Gesetzesentwurf nach obigen Forderungen umzuarbeiten. Denn die jetzige Vorlage des Landtages ist, wenn sie Gesetz wird, völlig unwirksam und darum unbrauchbar.“

In der Diskussion schilderte ein Vertreter aus dem Plauenischen Revier ebenfalls die Grubenarbeitsverhältnisse. Wie die „Sicherheitsmänner“, die auf den staatlischen wie den Bürger Werken eingesetzt seien, ihre Tätigkeit ausüben können, geht daraus hervor, daß sie entweder vom jeweiligen Direktor oder dessen Stellvertreter bei dem Kontrollgang begleitet würden. Ins Fahrbuch werde dann eingetragen: „Nichts gefunden!“ — Welche traurigen Ideen der Direktor Müller auf dem Lugauer Gegen-Gottes-Schacht in sich birgt, bewies ein anderer Redner. Direktor Müller, der um Erlaubnis zur Verteilung von Stimmzetteln ersucht wurde, hat dies innerhalb des Wertes verweigert, den „Königstreuen“ dagegen gestattet. Sozialdemokraten würden im Reichstage nicht gebildet, im Landtage nicht gebildet und er dulde auch keine Sozialdemokraten auf dem Werke. (11 Der arme Mann! D. V.)

Verstärkte Klagen kamen auch aus dem Zwickauer Revier, namentlich vom Erzgebirgischen Steinkohlenbauverein. Klagen über die lange Schichtdauer vor heißen Dertern sind nicht neu. Als Anfang Dezember vorigen Jahres die Berginspektion den Tiefbau besuchte, sei auf ihre Frage, wie lange vor heißen Dertern bei 28 Grad Celsius gearbeitet werde, die sechsstündige Schichtdauer angegeben worden. Tags darauf sei vor diesen Dertern wieder 4 bis 5 Stunden gearbeitet worden.

Von allen Rednern, die teils ganz ungläubliche Mängel aus Tageslicht förderten, wurde die Notwendigkeit besseren Bergarbeiter-Schutzes in sicherheitlicher wie in rechtlicher Beziehung gefordert und darauf hingewiesen, daß die Schaffung eines Reichsberggesetzes eine unbedingte Notwendigkeit und die Vorlage der sächsischen Regierung bezüglich des Sicherheitsmännersystems höchst mangelhaft und unzulänglich sei. Die Bergarbeiter könnten nur von vollkommen unabhängigen Arbeitergrubenkontrollen einen wirksamen Schutz ihrer Existenz erwarten.

Die Resolutionen wurden hierauf einstimmig angenommen. In die beim Ministerium Beschwerde führende Deputation wurden gewählt die Kameraden W a p p e r (Zwickau), K i h n r i c h und P h i l i p p (Lugau) und der Bezirksleiter Abgeordneter K r a u s e.

Nach einem kurzen Schlusswort fand die imposante Konferenz ihren Abschluß.

## Die Arbeiterjugend und ihre Zukunft.

Die Veranstaltungen für die gesamte Leipziger Arbeiterjugend wurden am 9. Januar 1910 durch einen vorzüglichen Vortrag der Genossin-Schlesinger-Gelstein aus Witz über: Die Arbeiterjugend und ihre Zukunft, eingeleitet. Gegen 1000 Jugendliche waren erschienen. Um 1/2 Uhr eröffnete Genossin Bodenstein im Auftrag des Bildungsausschusses die Versammlung und begrüßte die Erschienenen sowie die Referentin.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Arbeitermarzialliste gelesen, deren vortreffliche Wirkung in der geräumigen Arbeiterturnhalle Zeugnis gab von der Begeisterung unserer jungen Garde. Die Genossin Schlesinger-Gelstein führte ungefähr folgendes aus:

Sie haben gesungen: Den Feind, die wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen. Und dieser Unverstand der Massen, das ist der Grund, auf dem die Ausbeutung ruht, und er kann nur bekämpft werden durch Organisation und Bildung. Zu diesem Zwecke sind auch die Jugendorganisationen geschaffen. Eure Kindheit ist keineswegs rosa gewesen, denn eine sorgenlose, goldene Kindheit, das ist ein Wahn. Nicht einmal die Kinder reicher Eltern erleben eine solche Kindheit, wieviel weniger Proletarierkinder. In welcher großer Abhängigkeit muß ein Kind leben, wie schwer treffen Krankheit oder andre unglückliche Ereignisse ein Kind, wie unendlich muß ein Kind unter der Voreingenommenheit der Eltern, daß es nur ein Kind sei, leiden? Wie schädlich ist der blinde Autoritätsglaube? Wie das Bürger-

tum die Arbeiterschaft bedrückt, so war auch bisher der Glaube vorherrschend, daß die Jugend auch noch unterdrückt werden muß. Aber nicht aus Gnade haben Kinder ein Recht auf Schutz, Obdach und Unterhaltung, sondern das Interesse der Gesellschaft gebietet die Versorgung. Seit die Arbeiter nun durch ihre Hände Arbeit für den Kapitalisten Profit herauswirtschaften müssen, seit dieser Zeit ist die Kapitalistenklasse verpflichtet, für die Kinder ihrer Lohnarbeiter zu sorgen. Sie tut das nicht, sondern wälzt diese Verpflichtung auf ihre Ausbeutungsobjekte noch ab. So fällt denn den Arbeitern die Erhaltung und Erziehung ihrer Nachkommen ob.

Die Arbeiterschaft hat darum ein Interesse daran, daß ihre Kinder in ihrem Sinne erzogen werden. Für die Arbeiterjugend erwächst nun die Notwendigkeit, zu lernen und stark zu werden, damit sie einst die Waffen führen kann. Wir verlangen von Euch zu der Arbeit, die Ihr tagtäglich im Kampfe um eure Existenz leisten müßt, auch noch Arbeit. Wir müssen verlangen, daß Ihr lernt und Euch organisiert. Wohl protestieren wir gegen die Arbeit, die man Euch oktroyiert, nicht darum, weil wir meinen, Ihr sollt und müßt nicht arbeiten. Nein, die Arbeit ist etwas Hohes und Schönes. Sie ist unser Abelsbrot und uns das Beste im Leben, aber wir protestieren dagegen, weil die Arbeit für Euch fruchtlos ist. Wohl ist eure Arbeit nicht nutzlos für die Gesellschaft, aber für Euch wirkt sie benachteiligend und eure Gesundheit untergräbt sie früh.

Der Arbeiter beginnt seine Laufbahn mit nichts und beendet sie mit nichts. Obwohl man uns erzählt hat, durch Sparsamkeit kommt man zu Wohlstand, und der Arbeiter fast stets sparsam ist, kommt er bei aller schweren Arbeit nie zu etwas.

Ein großer Arbeiterführer sagte in früheren Jahren, die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Heute stimmt das nicht mehr, denn wir haben unsere Organisationen. Das Erbe eines Reichen wird nicht weniger, selbst wenn der Inhaber nicht arbeitet, aber das Erbe der Arbeiter braucht zu seiner Erhaltung fortwährende Tätigkeit. Denn die Arbeiterorganisationen, die mit dem größten Opfermut unserer Vorfahren errichtet worden sind, dürfen und können wir nicht verlieren; sie müssen fortwährend ausgebaut und ausgedehnt werden; und dadurch unterwirft sich unser Erbe von dem der Kapitalisten. Es genügt nicht die Arbeit, wie sie bisher getan worden ist, denn neue schwierigere Aufgaben erwachsen uns. Wie der Adel gegen das Bürgertum stand, so war auch früher bei uns die Stellung der Männer zu den Frauen. Je ausgebeuteter einer nun ist, um so mehr verachtet wird er. So war es auch bisher mit der Frau des Proletariats. Zu der bedrückten Stellung in unserem Wirtschaftsleben kam auch noch der Druck der Männer. Das wurde noch begünstigt dadurch, daß dem Arbeiter keine Zeit für die gegenseitige Erziehung und das Familienleben übrig blieb. Mit dem Emporkommen der Organisationen entstand auch die Möglichkeit für ein Emporkommen der Frauen. Man muß das den Frauen um so mehr anrechnen, als sie gegen eine doppelte, ja dreifache Unterdrückung ankämpfen mußten. So ist dem Gedanken der Organisierung der Männer der der Frauen gefolgt, und schon vor 30 Jahren ist Bebel mit seinem Werke: Die Frau und der Sozialismus hervorgetreten und hat die Stellung der Sozialdemokratie, die heute noch in dieser Frage giltig ist, festgelegt.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß es oft schwer ist, die Arbeiter im vorgeschrittenen Alter für unsere Ideen zu gewinnen. Aus diesem Grunde sind die Jugendorganisationen zur Propagandierung unserer Ideen notwendig. Nicht, daß wir die Jugendlichen mit Politik beschäftigen wollen, dazu ist ein gereifteres Alter notwendig. Und die Sozialdemokratie ist nicht nur eine politische Partei, sondern der Sozialismus ist eine neue Weltanschauung, und in dieser wollen wir die Jugendlichen erziehen. Unsere Weltanschauung ist eine andre als die des Bürgerturns. Das Bürgerturn aber will diese Tatsache vertuschen. Es macht uns den Vorwurf, wir wollten die Unordnung und nennt uns Beber. Das Gegenteil ist unser Bestreben. Wir wollen Ordnung schaffen. Ist das vielleicht Ordnung, wenn die große Masse Elter und Schätze schafft und dafür kaum das nackte Leben hat, und eine kleine Anzahl reicher Leute verprakt all die Werte? Das ist blinde Anarchie. Ja, Ordnung ist notwendig, die müssen wir aber erst schaffen. Wir müssen die Produktion regeln, und um die Arbeit erträglich zu machen, Schutzgesetze fordern. Auch müssen wir dafür sorgen, daß jeder Arbeiter seinen wirtlichen Anteil an der Arbeit erhält und ihm sein Auskommen gesichert ist. Es soll kein Zustand geschaffen werden, wo, wie die Anarchisten wollen, der einzelne entscheidet; denn das ist unmöglich. Der einzelne kann nicht für sich allein arbeiten, sondern die Gesamtheit arbeitet heute in großen Fabriksbetrieben und produziert für die Gesamtheit. Darum entscheidet der Wille der Gesamtheit und der einzelne hat sich zu fügen. Nicht ein Himmelreich rosenrot wird die kommende Gesellschaftsordnung sein, sondern eine bessere Ordnung, der wohl noch bessere folgen werden und müssen. Nicht die Flügellostigkeit wollen wir richten, sondern das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen soll verbessert und gezogen werden. Und in dem Maße, wie die Zahl der Organisierten und die Bildung wächst, wächst auch das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen und der Klasse.

Unter der kapitalistischen Ordnung herrschen Laster unter den Bedrückten wie unter den Bedrückten. Dem unterdrückten Arbeiter haben die Kapitalisten sehr wenig Vergünstigungen übrig gelassen, die oft sehr zweifelhafter Natur sind. Und ein solches ist wohl der „Sorgenreicher Alkohol“. Die Plage der Unterdrückung aber kann nicht durch Betäubung gehoben werden, sie muß durch Arbeit gebrochen werden. Auch das Geschlechtsleben soll bei uns veredelt werden. Die Erziehung, eine der von unseren Vätern überkommenen Tugenden, muß beseitigt werden. Man hat gesagt, die gemeinsame Organisierung der Jugendlichen in unseren Organisationen sei gefährdet, das ist jedoch nichts weiter als Verneinung der Verhältnisse. Die jungen Burchen und Mädchen sollen bei uns lernen, daß jeder des einzelnen Lebensgenosse ist, und dadurch dazu beitragen, das Selbstbewußtsein zu wecken und das Verantwortlichkeitsgefühl zu stärken. Es heißt auch, die Jugend soll ausbleiben, und der junge Bürgerstolz muß austoben. Damit meint man das Geschlechtsleben austoben, aber ja nicht in ihren Kreisen; da ist das eine Schande. Wenn er sich aber an einer Arbeiterin verdingt, so tut das der Ehre dieser Herren keinen Abbruch. Arbeiterkinder können nicht austoben, sie brauchen auch keine überflüssige Kraft zu verwenden. Für Proletarier bedeutet auch die Liebe keinen Zeitvertreib, sondern sie ist ihm eine sehr ernste Sache. Bei uns soll die Jugend keine schrankenlose Zucht genießen, wir wollen sie bilden und schulen zu der höchsten Aufgabe, die es in der Welt gibt. Und wir laden auf Sie das Erbe des Proletariats, dessen Sie sich würdig erweisen müssen:

Was du ererbt von deinen Vätern hast, Erwirb es, um es zu besitzen!

Nicht endemollender Beifall beehrte die Referentin für ihre Ausführungen. Mit dem Gesang des Sozialistenmarsches erreichte die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

## Hus der Umgebung.

Vaundorf. Die Ständekammern, Feuerlösch-, Beamtenpensions-, Wasserwerks-, Gemeinde- und Armenkassenrechnung vom Jahre 1908 liegen vom 11. Januar bis 7. Februar 1910 im Gemeindegemeindeamt während der Geschäftsstunden zur Einsichtnahme der Gemeindeglieder aus.

Vorsdorf. Die Anmeldung der Ostern 1910 schulpflichtig werden Kinder erfolgt für die Anaben Montag, den 17. Januar, nachmittags von 2 bis um 4 Uhr, für die Mädchen Dienstag, den 18. Januar, nachmittags während derselben Zeit im Amtszimmer des Schulrektors



Schneider. Mitzubringen ist für alle Kinder der Impfschein, für answärts geborene überdies das Geburts- und Taufzeugnis (Familienstammbuch). Anmeldung durch Kinder ist nicht statthaft.

**Brandis.** In der letzten Stadtgemeinderats-sitzung wurden die neugewählten Stadtverordneten vom Bürgermeister verpflichtet. Dabei ging der Bürgermeister, Dr. jur. Lohse, auch auf den Wahlkampf ein und bemerkte, dieser sei sehr scharf geführt worden. Er finde dies auch ganz verständlich, denn jede Partei habe das sehr berechtigende Bestreben, mit an der Leitung tätig zu sein. Auch er würde es begrüßen, wenn Vertreter jeder Partei im Stadtgemeinderat vertreten sein würden. Der neugewählte Deaneer Fische gab dann sein Rezept bekannt, nach dem er arbeiten wolle. Herr Fische scheint sich der Disziplin des Herrn Dr. Lohse nicht unbedingt fügen zu wollen — daß nur Herr Fische sein Rezept nicht vergißt! Die Wahl der Ausschüsse vollzog sich glatt nach einem heiteren Intermezzo. Herr Lorenz, der wahrscheinlich beauftragt war, die vorher gemachte Liste vorzutragen, hatte dies außer acht gelassen. Herr S. Vogtländer machte ihn erst darauf aufmerksam, daß er den Zettel mit den Vorschlägen habe; nun ging es. Es haperte nur noch an einer Kleinigkeit. Bei den vorigen Ausschuhwahlen hatten die Deaneer dem früheren Bürgermeister den Vorschlag in den Ausschüssen entgegen, um ihn zu entlasten, wie Herr Dr. Lohse damals liebenswürdig sagte, Herr Danke hatte nun den Vorschlag gemacht, alles beim alten zu lassen. Herr Dr. Lohse machte aber da nicht mit. Als Bürgermeister verlangte er den Vorschlag in sämtlichen Ausschüssen, und man gab dies zu. Man kann den Deaneern nicht mehr böse sein, sie haben der Stadt einen ganz netten neuen Bürgermeister gegeben. Herr Dr. Lohse ist sehr freimütig und tritt als Idealtypus an seine Aufgabe heran. In der vorigen Sitzung erklärte er, daß er sich wegen der Beschwerte, die der sozialdemokratische Ortsverein gegen den Stadtgemeinderat an die Amtshauptmannschaft gerichtet hatte, an den Vorsitzenden des Vereins, Genossen Rehm, gewandt hätte, und er hätte da auch sehr vernünftige Ansichten gehört. In der vorigen Sitzung bemerkte er wieder, daß er wegen der Schaffung eines Ausgleichs mit der Nachbargemeinde Kämmerlei und der Wasserleitung den Standpunkt für richtig halte, den Genosse Rehm vertreten hatte. Auch hielt er den Konsumvereinen eine fulminante Lobrede, worin er vor allem die Vorsätze und Erregungenschaften des Plagwitzer Konsumvereins hervorhob. Herr Dr. Lohse mit seinen Betreuen hörte mit sehr gemischten Gefühlen zu. Was sie so grimmig hassen, müssen sie loben hören. Ja, hätten wir das gewünscht! — Die bisher gelübte Methode, die Ausschüsse unter sich zu lassen, müssen sie gleichfalls aufgeben. Herr Dr. Lohse ist ganz sprachlos geworden, und er wird wohl um seine Herrschaft wieder seinen „Krieg mit dem Bürgermeister“ beginnen müssen. Es wurden gewählt: In den Sparkassen-Ausschuss: Dr. Lohse, Dittich, Pürcher, S. Vogtländer; in den Abschlags-Ausschuss: Dittich, Danke, Lorenz; in den Armen-Ausschuss: Dr. Lohse, Pürcher, S. Vogtländer; in den Bau-Ausschuss: Burthardt, Binan, Fische; in den Feuerlösch-Ausschuss: Schmidt, Danke, Fische; in den Einquartierungs-Ausschuss: Vogtländer, Danke, Dittich; in den Marktausschuss: S. Vogtländer, Binan, Pürcher; in den Licht-Ausschuss: Dr. Lohse, Dittich, Binan, Vogtländer; in den Wasserwerks-Ausschuss: Burthardt, Fische, Dittich, Binan. Vorsitzender ist in allen Ausschüssen der Bürgermeister. Vom Gemeinnützigen Verein war gegen die Stadtverordnetenwahl Protest eingelegt worden, weil die Neurekrutierungen der Deaneer sehr häufig vorgenommen worden sind, und Leute in der Liste standen und gewählt haben, die nicht hingehörten. Der Protest ist aber zurückgewiesen worden. — Zwei Petitionen des Bürgermeisters an den Landtag wegen einer besseren Zugverbindung und um Wiedererrichtung eines Amtsgerichts wurden genehmigt. Die zweite Petition soll sämtlichen in Betracht kommenden Vereinen zur Mitunterschrift vorgelegt werden. Die Amtshauptmannschaft erklärte, daß die Verfügung über die Brunnenabdeckung zurückgenommen sei. Herr Erler aus Leipzig hat der Stadt wieder, wie alljährlich, 500 Mk. geschenkt. Zu dem Betrag mit der städtischen Baugesellschaft hat der Bürgermeister eine weitere Zusage erhalten. Die Firma will bei dem Bau des elektrischen Straßennetzes soweit als möglich hiesige Einwohner beschäftigen. Der Gemeinderat von Kämmerlei fragte an, wie die Bedingungen lauten, unter denen Kämmerlei Anschluss an das Wasserwerk erhalten soll. Hierbei wies der Bürgermeister nach, daß Brandis durch die vergrößerte Wasserabnahme den Vorteil habe, billigere Preise, und zwar um circa 5 Pfg. für den Kubikmeter, zu erhalten. Die Wasseruntersuchung des zweiten Bohrloches hat daselbe Resultat ergeben wie beim ersten. Notwendig macht sich eine Entseifungsanlage und die Verwendung von Zinnmantelrohren. Der Bürgermeister erreichte, daß sein in der vorigen Sitzung abgelehnter Antrag, den Rückzug gegen die Verfüzung der Amtshauptmannschaft zurückzunehmen, angenommen wurde. Die Aufstellung einer zweiten Pumpe und die Einholung von Offerten wurden genehmigt. Gleichfalls die Ausföhrung der Brunnenwand in Eisenbeton. — Die Armenbrat-lieferung wurde dem Bäckermeister Schmidt übertragen. Es folgte eine geheime Sitzung.

**Notau.** Fällige Abgaben. Der am 31. Dezember v. J. fällig gewesene vierte Termin Wasserzins sowie das vierte Quartal Schulgeld sind spätestens bis zum 21. Januar d. J. bei Vermeidung des Wahrs- beziehentlich Verreibungsverfahrens an die Ortssteuerannahme abzuführen.

**Thella.** Eine wohlorganisierte Diebesbande scheint seit einiger Zeit mit Erfolg in unserem Orte zu operieren. Jetzt ist wieder in einer Wohnung in der Hauptstraße eingebrochen worden. Die Diebe stahlen aus einer Kommode ein

Sparkassenbuch auf 700 Mk. lautend und 12 Mk. in bar. Ferner versuchten zwei Personen, in das an der Hauptstraße gelegene Lindner'sche Restaurant einzudringen. Das eingebrochene Fenster hatten sie erst mit Sägmierseife bestrichen. Durch einen blitz-kommenden Väterlehrer gestört, flohen sie und ließen ein Paket Sägmierseife zurück.

**Selbstmord.** Ein Schuhmachergeselle, der hier in der Plöner Straße gearbeitet hat, hat sich, angeblich aus Liebestummer, im Gradow'schen Wäldchen erhängt.

**Dejsh.** Anmeldungen zur mittleren Volksschule. Ostern 1910 werden die Kinder schulpflichtig, die bis zum 31. März sechs Jahre alt geworden sind. Auf Wunsch der Eltern dürfen auch solche Kinder aufgenommen werden, die bis zum 30. Juni 1910 das 6. Lebensjahr vollenden und körperlich und geistig gut entwickelt sind. Die Anmeldung dieser Kinder hat Donnerstag und Freitag, den 13. und 14. Januar, nachmittags von 2 bis um 6 Uhr im neuen Schulgebäude durch die Eltern oder Erzieher zu erfolgen. Die Kinder sind, soweit dies möglich ist, dem Schuldirektor Richter persönlich vorzustellen. Vorzulegen ist für jedes Kind der Impfschein, für answärts geborene Kinder auch die Geburtsurkunde und die Taufbescheinigung.

**Großbözig.** Stellvertreter des Gemeindevorstandes. Auf Anordnung des Kreisauptmanns wird die erledigte Gemeindevorstandsstelle in Großbözig bis auf weiteres durch den Gemeindevorstand Albert Ronniger in Großbözig verwaltet.

**Vögen.** Eine merkwürdige Geschichte. Vor einigen Tagen berichteten wir nach dem hiesigen Lokalblättchen über einen Gaunerstreich, dem der Handelsmann Rudolf Veder von hier zum Opfer gefallen sei. Danach sollte Veder von dem Fleischer Wegner und dessen Bruder aus Böhmen um ein Paar Pferde geprellt worden sein. Jetzt teilt der Beschuldigte, Wegner, mit, daß die Geschichte unwarhaft sei. Veder sei nicht zufällig nach Großbözig gefahren, sondern habe ihn, Wegner, dorthin bestellt, um mit ihm über den Verkauf der Pferde zu unterhandeln. Der Kauf sei auch zustande gekommen. Von dem Kaufpreis von 525 Mk. seien 10 Mk. Kaufgeld und 100 Mk. Abschlag gezahlt worden. Den Rest habe Veder am Sonntag darauf abholen sollen, er sei aber aus „bestimmten Gründen“ bis heute noch nicht gekommen, obwohl er noch einmal brieflich dazu aufgefordert worden sei. Uebrigens habe er, Wegner, die Pferde dem Veder wieder zur Verfügung gestellt, weil sich herausgestellt habe, daß er betrogen worden sei. — Danach scheint es fast, als sei die ganze Diebstahlgeschichte von Veder erfunden worden.

## Gerichtssaal.

### Reichsgericht.

In der Hitze des Wahlkampfes hielt am 21. Januar 1907 in Polajewo der Wahlkandidat Graf Matthias Mielzynski in einer Wahlerversammlung, zu der deutsche und polnische Wähler eingeladen waren, eine längere polnische und eine kürzere deutsche Rede. In der polnischen Rede sprach er davon, daß die Polen von den Deutschen schlecht behandelt und entrechtet würden. Die Polen würden schlimmer als Bestien und als Wilde behandelt. Es sei notwendig, auf die Gesetzgebung Einfluß zu gewinnen. Das Landgericht Posen hat ihn deswegen am 24. September nach § 130 des Strafgesetzbuchs (Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander) verurteilt. Eine bloße Entgleisung, wie sie der Angeklagte behauptet, glaube das Gericht nicht annehmen zu können. — Die Revision des Angeklagten, der das Vorliegen des gesetzlichen Tatbestandes bestritt, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

**Wegen Beleidigung durch die Presse** ist am 18. September v. J. vom Landgericht Breslau der Redakteur der Volkswacht, Genosse Rich. Schiller, zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Dem Gendarmerle-wachtmeister M. in P. ist die Befugnis zugesprochen worden, den Urteilstenor im Breslauer Generalanzeiger und in der Volkswacht zu veröffentlichen. Es handelte sich um einen Artikel: Wie man unserer Jugend Liebe zum Militarismus einimpft. Darin wurde behauptet, M. habe beim Ersatzgeschäft erst Unordnung hervorgerufen und einen Wehrlosen, der gar keinen Widerstand geleistet hatte, mit dem Säbel niedergeschlagen, so daß er blutend ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Wahrheitsbeweis war nach Ansicht des Gerichts mißglückt. Der betreffende junge Mann, Köfler mit Namen, war wegen Angebühr hinausgeführt worden, auf dem glatten Boden zu Falle gekommen und hatte, als er wieder aufgestanden war, den Gendarmen heftig angegriffen. (1) Dieser zog sein Seitengewehr und verteidigte sich damit. (1) Auf den am Boden Liegenden hat er angeblich nicht eingeschlagen. Köfler und einige andere junge Leute waren gleich nach dem Vorfall in die Redaktion der Volkswacht gegangen und hatten dem Redakteur in der Erregung den Vorfall erzählt. — Die Re-

vision des Angeklagten, der Verurteilung des § 193 rügte, wurde vom Reichsgericht verworfen. Jedoch wurde die dem Gendarmeriewachtmeister zugesprochene Befugnis zur Veröffentlichung des Urteilstenors in Wegfall gebracht, da der Strafantrag nicht von diesem Beamten selbst, sondern von seiner vorgesetzten Behörde gestellt worden ist.

**Prozeß Friedberg-Bohn** vor dem Reichsgericht. Der Revisionsprozeß gegen die Bankiers Friedberg und Bohn, die am 1. Mai v. J. vor dem Landgericht I in Berlin zum Abschluß kam, beschäftigte mehrere Stunden lang den 2. Strafsenat des Reichsgerichts. Friedberg wurde damals wegen einfachen Bankrotts (unordentliche Buchführung, übermäßiger Aufwand) zu zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt, von der Anklage aus § 10 des Depotgesetzes und aus § 313, 3 des Handelsgesetzbuchs (unwahre Angaben über die Einzahlung des Aktienkapitals dem Gericht gegenüber) aber freigesprochen. Bohn erhielt wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. In verschiedenen Punkten sind beide Angeklagten freigesprochen worden. Bohn hat gegen seine Verurteilung Revision nicht eingelegt. Friedberg hat dagegen in vollem Umfang seine Verurteilung angefochten. Außerdem hat der Staatsanwalt Revision eingelegt und das Urteil, soweit es auf Freisprechung beider Angeklagten lautet, teilweise angefochten. Für die Angeklagten waren die Verteidiger Justizrat Bernstein, Dr. Berthauer und Dr. Alsbach erschienen. Die einzelnen Revisionsbeschwerden wurden von den Verteidigern und dem Staatsanwalt eingehend erörtert. Das Urteil des Reichsgerichts ging dahin: Die Revision des Angeklagten Friedberg wird als unbegründet verworfen. Auf die Revision des Staatsanwalts wird das Urteil gegen Friedberg aufgehoben, soweit er von der Anklage des Vergehens gegen § 313, 3 des Handelsgesetzbuchs freigesprochen worden ist. Im übrigen wird die Revision des Staatsanwalts, soweit sie sich weiter gegen die Freisprechung der Angeklagten Friedberg und Bohn richtet, verworfen.

### Landgericht.

**Eine saubere Zunft.** Vier Praktikante saßen auf der Anklagebank der zweiten Strafkammer. Sie hatten sich wegen Betrugs, Urkundenfälschung, Diebstahls, Hehlerei und Mähdchenhandels zu verantworten. Alle vier sind bereits schwer vorbestraft. Der 26 Jahre alte Kellner Max Bruno Damm aus Illersdorf lag der „Sittlich“ der Frau Hedinger in Gohlis vor, daß Frau S. ihm noch 5.20 Mk. für Klavierstunden und Straßenbahnfahrgehalt schulde. Das Mädchen ließ sich bewegen, die Summe in Abwesenheit von Frau S. auszuliefern. Ferner stieg Damm in Gemeinschaft mit dem 27 Jahre alten Kellner Anton Paul aus Desterreich bei einem Gastwirt ein, nachdem sie ein Fenster gertrümmert hatten, und stahlen aus einem Automaten 30 Mk. bares Geld. Am 3. August stahl Paul in der Gellertstraße ein Zweirad und der 28 Jahre alte Handlungsgehilfe Karl Albert Jurisch aus Leipzig bot drei Wochen später, um sich eine Provision zu verdienen, einem Restaurateur das Rad zum Kauf an. Jurisch der von einem Malermeister beauftragt war, ihm Kunden zu suchen, erzählte einem Schuhmachergesellen, er sei beauftragt, den Betrag von 8 Mk. von ihm einzuzufahren. Er lieferte das Geld jedoch nicht ab, sondern schrieb an den Malermeister eine Postkarte, unterzeichnete sie mit dem Namen des Schuhmachergesellen und bat, ihm den Betrag noch zu gestunden. Paul und der 32 Jahre alte Handlungsgehilfe Friedrich Siegmund August Stietzsch aus Breitenhagen haben außerdem noch in mehreren Fällen Mädchen für Vorbelle in Grimmitzschau und Dresden vermittelt und dafür Provisionen angenommen. Paul, der als Ausländer ausgewiesen, aber ohne Erlaubnis zurückgekehrt ist, hat sich auch noch wegen dieses Delikts zu verantworten. Die Angeklagten wurden mit folgenden Strafen belegt: Damm 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 3 Jahre Ehrenrechtsverlust, Paul 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 3 Wochen Haft, 5 Jahre Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Stietzsch 1 Jahr 8 Monate Gefängnis, 4 Jahre Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht und Jurisch 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust.

### Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

**Mittwoch:**  
Speiseanhalt I (Kochamt): Weiße Bohnen mit Schwarzwedel.  
Speiseanhalt II (Zwischengasse 1): Erdäpfel und Suppe mit Rindfleisch.  
Speiseanhalt III (Wingasse): Grüne Erbsen und Nudeln mit Rindfleisch.  
Speiseanhalt IV (Riegelstraße): Nudeln mit Rindfleisch.  
Speiseanhalt V (Wagner Str. 55): Saure Kartoffelsuppe mit Saukraut.  
Speiseanhalt VI (Knecht, Gohlische Str.): Nudeln mit Butter und Eim.

### Bauarbeiterschutz-Kommission

Telephon 1492, Bureau: Volkshaus, Leipzig, Zelter Straße 52  
Die wichtigen Angelegenheiten sowie alle größeren Unfälle sind sofort in unserem Bureau, bei Herrn Wilhelm Berthold, zu melden. Alle übrigen Meldungen sind an die Vertrauensleute der einzelnen Berufe zu richten.

Unser

# Inventur-Räumungsverkauf

hat begonnen!

**Nur einmal im Jahre! :: Nie wiederkehrend!**

**:: Billiger Verkauf ::**

**von zurückgesetzten Waren und grossen Gelegenheits-Posten!**

# Schusters Warenhaus

L.-Neustadt  
Eisenbahnstr. 39/43



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. Januar.

Geschichtskalender. 11. Januar 1811: Der Buchhändler und Schriftsteller Christoph Friedrich Nicolai, Freund Lessings und Moses Mendelssohns, in Berlin gestorben (\* 1733). 1882: Der Naturforscher Theodor Schwann, Begründer der Zellenlehre, in Köln gestorben (\* 1810).

Sonnenaufgang: 8,10, Sonnenuntergang: 4,6. Mondaufgang: 8,30 vorm., Monduntergang: 8,42 nachm.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 12. Januar: Westliche Winde, Zunahme der Bewölkung, kälter, zeitweise Niederschlag.

Die Frau als politische Kämpferin

Vor einer zahlreichen besuchten Frauenversammlung beklagte Genossin Therese Schlessinger aus Wien, daß die Arbeiterchaft Oesterreichs in acht Nationen gespalten sei, die sich nicht verstehen. Wohl sei Marx' Schlachttuf: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! auch an ihr Ohr gedrungen, aber nicht jeder habe ihn verstanden. Wohl sei uns in der Schule gelehrt worden, daß wer sparsam und fleißig ist, vorwärts komme. Und doch sehen wir, daß die Arbeiter, die alle nur zu fleißig sind, mit Nichts beginnen und daß sie nicht in der Lage sind, ihren Kindern etwas zu geben, so daß diese gleichfalls wieder mit Nichts anfangen müssen. Also muß man uns falsch unterrichtet haben. Auf der einen Seite Vergeudung der Güter, auf der andern strecken sich die Hände derer, die die Güter schaffen, vergeblich nach ihnen aus. Gegen diesen Zustand kämpfen wir durch unsere gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Die Bestehenden verteidigen ihre Vorzugstellung mit dem Argument, daß sie die Hauptsteuerzahler seien, aber die Proletarier mühten an indirekten Steuern viel mehr aufbringen. Die Arbeiter könnten diese Steuer nicht abwählen, wie es die Bestehenden tun. Darum sei auch das Proletarierleben so schwer. Der Einfluß der Arbeiter in den Parlamenten sei noch lange nicht stark genug.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen ging die Rednerin auf die Frauenfrage im speziellen ein. Die politischen Vorgänge berührten die Frau oft mehr als den Mann, denn auf der Frau ruhe ja die Last des Hauswesens, die Sorge für Mann und Kinder. Heute hat also die Frau, die ins Erwerbsleben hinausgetrieben wird, noch einen Grund mehr, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Die Arbeiterkinder müssen sich mit einem kurzen Schulbesuch begnügen; die Folge davon ist, daß alle verantwortungsvollen Posten von oft recht unbegabten Sprößlingen der Bestehenden ausgefüllt werden. Man hält die Arbeiter in Unwissenheit, um sie besser knechten zu können. Viele Männer schleichen heute noch die Frau vom öffentlichen Leben aus, weil sie angeblich für sie am besten sorgen können. Aber gerade dort, wo dies zutrifft, sagen die Männer dies nicht. Die organisierte Arbeiterschaft erkennt in der Frau die Gleichstrebende, die Kameradin im politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kampf. Es vergingen Jahrzehnte, ehe die Arbeiterschaft zu diesem Standpunkt kam, und abermals Jahrzehnte, bis die Frau für die Bewegung gewonnen ward.

Die Rednerin behandelte nunmehr die bürgerliche Frauenbewegung und zeigte, daß mit ihr nicht paktiert werden kann. Während die bürgerliche Bewegung für die Zulassung der Frau zum Erwerb kämpfen muß, haben die Arbeiter alle Ursache, gegen die allzuvielen Frauenarbeit aufzutreten; denn die Frauenarbeit sei im gewerkschaftlichen Kampf der Männer eine schwere Keite. Für die Frauenbewegung besteht nicht die lächerliche Frage, ob das Gehirn der Frau auch groß genug sei. Wir fordern die gleiche Entwicklungsmöglichkeit für Männer und Frauen. Für uns gilt die Forderung, die Verhältnisse so zu gestalten, daß die Frau als gleichberechtigte Bürgerin zugleich eine gute Hausfrau und Mutter sein kann. Die Frau kann nur durch den Sozialismus befreit werden.

Wenn Kirche und Staat von den Männern etwas erreichen wollen, dann wenden sie sich an die Frauen, die die Männer beeinflussen sollen. Wir erleben es oft, daß die Frauen uns vollständig begreifen; aber alte Gewohnheiten, Beichtstuhl und Kanzel machen alles wieder weh, so daß das Denken nur schwer gegen den Aberglauben aufkommen kann. Wir haben daher Grund, mit aller Kraft für die Auffklärung der Frau zu arbeiten, die die künftige Generation heranzieht. Man muß den Frauen zurufen: Lernet selbst, damit ihr eure Kinder lehren könnt! Aber ohne gutes Beispiel nützt alle Erziehung nichts. Nur das gute Beispiel schafft in der Arbeiterklasse so viele tüchtige Menschen. Die Tugenden zu Großmutterzeiten: Viel Arbeit, viel Bescheidenheit und Demut, sind heute Untugenden. Heute treten andre sittliche Forderungen an uns heran. Der einzelne nimmt heute mit übermäßiger Arbeit seinem Nebenmenschen das Brot vom Tisch; heute müssen wir stolz werden, die Arbeiterklasse ist die nützlichste Klasse. Sie muß kämpfen lernen und nicht nur leiden. Die heutige „Ordnung“ muß abgelöst werden von der wirklichen, der sozialistischen Ordnung, wo die Gesamtheit für die Gesamtheit arbeitet, wo keiner Not leidet, aber auch keiner Müßiggänger ist. Wer sich in diesem Kampf uns anschließt, ist willkommen. Jeder Tag ist verloren, an dem wir unsere Schlachtreihen nicht vergrößern. Dieser Kampf kann nicht eher zu Ende sein, als bis der Sieg uns und unsern Kindern wird.

Die Arbeitslosigkeit in Leipzig.

Vor dem neuen Rathaus kam es gestern zu spontanen Kundgebungen von Arbeitslosen. Wie alltäglich wurde der Arbeitsnachweis gestern von zahlreichen Arbeitslosen bestrimmt, da genügend offene Stellen jedoch nicht vorhanden waren, mußte der weitaus größte Teil abgewiesen werden. 150 Arbeitslose, unter denen sich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter übrigens nicht befanden, zogen daraufhin vor das Rathaus und sandten eine Abordnung an den Rat. Vom Bürgermeister Roth wurde die Deputation an den Stadtbaurat Peters verwiesen, der eine möglichste Förderung der Notstandsarbeiten in Aussicht stellte; im übrigen aber die Arbeitslosen an den paritätischen

Arbeitsnachweis verwies, der die städtischen Arbeiten vergeblich. Die Demonstranten gingen nach dieser ihnen übermittelten Erklärung auseinander.

Schon vor einigen Tagen wiesen wir nach, daß durch die Arbeitsnachweise nur etwa 40 Prozent aller Arbeitsuchenden auch Arbeit nachgewiesen erhalten. 7500 Arbeitslose meldeten sich im November auf den Nachweisen, 3000 Stellen konnten aber nur besetzt werden. Angesichts dieser Zahlen sollte der Rat etwas schneller zu Werke gehen, als es bisher geschehen ist. Mit Vertretungen, wie sie bisher immer gegeben wurden, ist den Arbeitslosen keineswegs gedient.

Erinnerungen an den Bierkrieg. Gestern wurde in einer Gastwirtsversammlung im Zwölft der Schlussbericht des Aktionskomitees gegeben und sodann die Auflösung des Komitees vorgenommen. Die Versammlung war von Mitglieder beider Organisationen gut besucht. Die letzte Versammlung der Gastwirte, in der die Beendigung des Bierkrieges beschlossen wurde, hatte das Weiterbestehen des Aktionsausschusses gewünscht, bis alle noch schwebenden Streitfragen geregelt seien. Als Streitfragen waren angesehen, die Lieferung von Bier an Private, der Flaschenbierverkauf der Brauereien u. a. Die von den Brauereien gegen Gastwirte anhängig gemachten Klagen sollten niedergelegt werden. Die Brauerei Lischka führte jedoch einen Prozeß gegen den Obmann des Aktionskomitees weiter, weil in einem von den Gastwirten verbreiteten Flugblatt angeblich Behauptungen aufgestellt waren, die den Tatsachen nicht entsprachen. Die Brauerei nahm an, daß dieser Prozeß von den Vereinbarungen nicht berührt werde. Nach mehrmaligem Verhandeln mit dem Komitee hat sich die Brauerei schließlich zur Annahme der Klage bewegen lassen, wenn die Hälfte der entstandenen Kosten von den Gastwirten getragen werden. Der Obmann des Aktionsausschusses ist zwar der Meinung, daß die Brauerei mit ihrer Klage abgewiesen würde, glaubt aber doch „um des lieben Friedens willen“, den Vergleich empfehlen zu können. Nach reichlicher Aussprache stimmten die Versammelten dem Vorschlag auch zu, nur zwei Gastwirte stimmten gegen die Vereinbarung. Einstimmig wurde sodann die Auflösung des Aktionskomitees beschlossen; die noch vorhandenen Differenzen sollen durch die einzelnen Organisationen behandelt werden. Materielle Opfer haben die Gastwirte während des Bierkrieges in reichlichem Maße gebracht; es mußten gegen 3500 Mk. aufgebracht werden.

Die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode wird am Donnerstag, 20. Januar, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Seile beginnen.

Beleuchtung der Treppen und Höfe. Für die Hausbesitzer in den neu einverleibten Vororten dürfte der Hinweis nicht unangebracht sein, daß für sie das Regulative die Beleuchtung der Treppen und Höfe in bewohnten Gebäuden betreffend, jetzt ebenfalls Geltung hat. Danach müssen in allen im hiesigen Stadtbezirk gelegenen Gebäuden, in denen sich Wohnungen, Arbeitsstätten oder andere zum Aufenthalt von Menschen dienende Lokalitäten befinden, die zu diesen führenden Räume, also namentlich Hausflure, Höfe, Treppen und nach dem Treppenhause durch Türen nicht abgeschlossene Korridore, von Beginn der Dunkelheit an bis zur Schließung des Hauses, in jedem Fall aber bis 10 Uhr abends mit hinreichender und feuergefährlicher Beleuchtung versehen werden. Vernachlässigungen können in jedem einzelnen Fall mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden. Verantwortlich sind die Hauseigentümer bzw. deren Stellvertreter.

Die Leipziger Verkehrsordnung soll von den Geschirrführern nicht immer genügend befolgt sein. Aus diesem Grunde wurde am Sonnabend die Hälfte der Schuhriemschaft, die größtenteils in Zivil gekleidet war, aufgeboten, um scharfe Kontrolle zu üben. Das Resultat dieser Maßregel wird heute bekannt gegeben: 242 Geschirrführer wurden auf der Stelle mit 1 Mark gestraft, gegen 100 andere Geschirrführer wurde schriftlich Anzeige erstattet.

Zur Zündwarensteuer sind zwei neue Anordnungen erlassen. Nach den Ausführungsbestimmungen sind nach der Abfertigung die äußeren Umschließungen der Packungen mit einer roten Marke versehen, die von der Steuerverwaltung umsonst geliefert wird. Diese roten Marken sind nur auf die Versandumschließungen (Kisten usw.), nicht aber auf die kleineren in den Versandlisten enthaltenen Packungen zu legen. Werden von den Zündholzfabriken selbst kleinere Packungen im Einzelverkauf abgegeben, so wird von der Anbringung der roten Marken überhaupt abgesehen werden können. Denn die rote Marke soll die Steuerkontrolle nur insofern erleichtern, als sie die versteuerten Zündwaren bei der Befragung kennzeichnet und zugleich dem Empfänger Aufschluß über die Versteuerung gibt. Die Sicherung der Steuerverwaltung dem Hersteller gegenüber erfolgt nicht durch die Marken, sondern durch die vorgeschriebene genaue Buchführung und die im Anschluß an diese Buchführung vorgenommene Abfertigung. Trotzdem wird es sich zur Vermeidung von Weiterungen empfehlen, den Zündholzfabrikanten aufzugeben, falls sich in den an die Fabriken zurückkommenden leeren Versandumschließungen noch rote Marken befinden, diese vor Wiederbenutzung der Umschließungen zu entfernen. Die zweite Verfügung verneint die Zulässigkeit der Verbenbung von Zündwaren mit Begleitzetteln II. Es wäre dies von den Vertretern der Industrie ausdrücklich als unnötig bezeichnet worden.

Ein Jahr Postschek. Von dem Postschekverkehr liegt soeben das Ergebnis des ersten vollen Jahres vor. Der Umsatz hat bei den Schekämtern des Reichspostgebietes in dieser Zeit bei den Gutschriften wie bei den Lastschriften fast je 5 Milliarden Mark erreicht. In der Zeit vom 1. Januar bis Ende Dezember 1909 wurden bei den Postschekämtern 4942 Millionen Mk. gutgeschrieben, 4878 Millionen zur Last geschrieben. Das Gesamtgut haben der Kontoinhaber betrug somit Ende Dezember nahezu 64 Millionen, im Monatsdurchschnitt fast 74 Millionen. Bei den Lastschriften wie bei den Lastschriften überwiegt immer noch der Vorverkehr. Gutgeschrieben wurden auf 15780296 Einzahlungen mit Zahlkarten fast 2800 Millionen Mark, während im ganzen Jahre etwa über 2 Millionen Übertragungen mit 2112 Millionen Mark von Konto zu Konto stattfanden. Barausgezahlt wurden 2785 Millionen Mark, zur Last geschrieben von Konto zu Konto dagegen nur 2080 Millionen. Bei den Schekämtern fanden 41818 Auszahlungen im Betrage von 1405 Millionen, bei der Postanstalten deren 3140842 mit 1881 Millionen statt. Die Zahl der Konten beträgt jetzt 38427,

ungefähr soviel wie in Oesterreich nach 12 Jahren. Von den drei großen Schekämtern hat jetzt Berlin 6005, Köln 6020 und Leipzig 6030 Konten. Mittlere Schekämter sind Frankfurt a. M. mit 3570 Konten und Hamburg mit 3005. Diesen nahe kommen Breslau mit 2900, Karlsruhe mit 2582 und Hannover mit 2450 Konten. Das kleinste Schekamt Danzig hat jetzt 1288 Konten.

Das Ergebnis der Postkonferenz. Als künftige Ergebnisse der Postkonferenz dürften sich folgende Neuerungen endgültig ergeben. Für Postanweisungen wird ein Formular eingeführt, das, wie die Zahlkarten im Schekverkehr rechts mit einem zweiten Abschnitt versehen ist, auf dem der Absender die Postquittung vorbereitet. Für gewöhnliche Pakete kann man später einen Einlieferungschein für 10 Pfg. erhalten, der ebenfalls vom Absender ausgefüllt wird. Voraussetzung dieser Neuerungen ist eine Aenderung des Posttarifgesetzes. Postlagerkarten werden für 25 Pfg. auf einen Monat ohne den Namen des Inhabers ausgehellt. Die Geltung der Karten kann gegen eine neue Gebühr um dieselbe Zeit verlängert werden. Fraglich ist eine Aenderung im Nachnahmeverkehr, wie sie die Post wünscht und die etwaige weitere Wiedereinführung des Kunststempels in gewissen Grenzen, etwa auf dem Lande und bei kleineren Postanstalten.

Der Hauspasha als Erzähler. So überschrieben wir einen Artikel in der Nummer vom 20. Dezember v. J. Wir werden gebeten dazu mitzutheilen, daß beide Briefe bereits Ende September geschrieben wurden, um die Empfänger der Briefe zum Lachen zu veranlassen. Die andern Mieter haben derartige Schreiben nicht erhalten.

Durch ein Automobil getötet. In der Vornaischen Straße wurde gestern vormittag das fünfjährige Söhnchen des Baumeisters Thielemann aus der Sidaristraße von einem Geschäftsautomobil überfahren und so schwer verletzt, daß der Tod alsbald eintrat. Den Fahrer des Kraftfahrzeugs soll kein Verschulden treffen. Das Kind war in dem Augenblick, als das Fahrzeug beim Umlenken ein kleines Stück rückwärts fuhr, hinter dem Fahrzeug vorbeigelaufen und erfaßt worden.

Unfälle auf der Straße. Gestern abend wollte in der Waisenhausstraße zu L-Connewitz ein 7jähriges Mädchen beim Nahlen eines Kraftfahrzeugs noch schnell über die Straße laufen, wobei es aber zu Falle kam. Dank der Aufmerksamkeit des Führers, der das Fahrzeug noch im letzten Augenblicke zur Seite zu reihen vermochte, wurde das Kind nur leicht gestreift.

Ein Zusammenstoß erfolgte gestern abend in der Vauerschen Straße zwischen einem Kohlengekehrer und einem Straßenbahnwagen. Der entstandene Schaden ist nicht erheblich.

Ferner stieß auf der Kreuzung Humboldtstraße-Paffenborferstraße ein zweispänniges Geschirr mit einem Motorwagen zusammen. Auch hierbei entstand kein großer Schaden.

Auf der Nordstraße fuhr ein Elsbote mit seinem Fahrrad an einen Handwagen an. Der junge Mensch stürzte und schlug sich das Knie auf. Er mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Diebstähle. Gestohlen wurde von einem Neubau in Leipzig-Reuditz eine Wasseruhr mit der Nummer 29870, aus der Kontrollkassette eines Fleischergeschäfts im Osterteil ein Hundertmarkschein und in der Müllgasse ein braungelegener zweirädriger Handwagen mit zwei Schutzpolstern. Aus einer verschlossenen Bauhütte an der Köpfer Straße entwendeten Diebe ein 20-Meter-Bandmaß, mehrere Wasserwagen, Pämmer und andere Werkzeuge und am Dresdener Bahnhof eine amerikanische Herren-Remontouruhr mit Emailgehäuse samt einer sogenannten Kavalierkette mit goldenen und silbernen Gliedern.

Zur Nachtzeit waren Diebe in das Kontor eines Baumeisters in der Weissenfeller Straße eingedrungen. Sie hatten sich dort an dem Geldschrank zu schaffen gemacht, dadurch aber eine elektrische Klingelleitung in Bewegung gesetzt, so daß sie schleunigst das Weite suchen mußten.

Am Georgiring drangen Diebe durch eine Mauer, die sie einschlugen, in ein Zigarrengeschäft ein. Gestohlen wurden 200 Mark sowie 2000 Stück Zigarren und ein Fächer Num.

Verhaftungen. Verhaftet wurde hier ein 33 Jahre alter Schweizer aus Freiberg, dem mehrere Stillschleppverbrechen an Kindern zur Last fallen, die er auf einem Rittergut in der Nähe von Querfurt verübt hat.

Wegen begangener schwerer Diebstähle nahm die Kriminalpolizei acht Personen fest, und zwar drei polnische Arbeiter im Alter von 18 bis 24 Jahren, die in ein Lokal der Nordvorstadt eingedrungen waren und dort mehrere Automaten ihres Inhalts beraubt hatten, ferner vier Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren, denen die Entwendung von Fahrträdern aus verschlossenen Räumen zur Last fällt, sowie einen 19jährigen Bäder, der in Wöhlitz bei Wurzen in ein Gut eingebrochen war und 300 Mk. gestohlen, außerdem aber auch noch mit mehreren bereits verhafteten Komplizen andere Diebstähle verübt hatte.

Ein 26 jähriger Rutscher wurde wegen der Entwendung eines Heberzeigers festgenommen.

Endlich erfolgte die Festnahme eines 28 Jahre alten Schuhmachers aus Unterweiselbach, der in Wöhren einen Diebstahl verübt hat.

Versammlungen im 13. Reichstagswahlkreis.

Ortsverein Leutzsch.

In der am 8. Januar abgehaltenen halbjährlichen Generalversammlung berichtete der Vorsitzende, daß die Mitgliederzahl, trotz der anhaltenden Krise, um 31 Mitglieder gestiegen sei. Abgehalten wurden 7 Vorstandssitzungen, 6 Mitglieder- und zwei öffentliche Versammlungen. Die Einnahmen betragen 245,50 Mark, die Ausgaben 248,84 Mk., so daß ein Kassenbestand von 66,76 Mk. verbleibt. Auf Antrag der Vereinsrevisoren wurde der Kassierer entlastet. — Eine lebhafteste Diskussion entspann sich über die vom Gemeinderate verschleppte Einverleibungsfrage. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 6. Januar 1910 im Saale des Restaurants Vater Jahn tagende halbjährliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins des 13. Reichstagswahlkreises erachtet die Gemeindevertretung, eine baldige endgültige Einverleibung des Ortes Leutzsch nach Leipzig herbeizuführen. Die bisherigen Auseinandersetzungen in der Gemeindevertretung sowie in Vereinen und in der Presse liegen an Klarheit vielfach zu wünschen übrig, namentlich über die zu stellenden Bedingungen. Die arbeitende Bevölkerung unseres Ortes kann sich hierbei nicht zufrieden geben. Sie fordert eine baldige Einverleibung unter Berücksichtigung der Bedingungen, die bei der Einverleibung der Orte Stöteritz, Möckern usw. maßgebend waren. Von weitergehenden Bedingungen kann gar keine Rede sein, wenn man der Allgemeinheit dienen will. Die Versammelten halten diesen Schritt im Interesse der Stadt Leipzig sowie des Ortes Leutzsch für notwendig, um der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung die Wege zu ebnen.“ — Weiter beschloß man sich mit dem Verbote der Silvesterfeier durch die Amtshauptmannschaft. Als Vorkämpfer der Jugendorganisation wurden Genosse Reuber und Genossin Wöhme gewählt.



### Der Ortsverein Döllitz und Umgegend

hielt am 8. Januar seine halbjährliche Generalversammlung ab. Nach einem Vortrage des Vorsitzenden K. A. gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Verein zählt zurzeit 130 Mitglieder und zwar 112 männliche und 18 weibliche. Versammlungen wurden 10 abgehalten, die von 446 Personen besucht waren. Außerdem veranstaltete der Verein 3 Vergnügen. Nach dem Berichte des Kassierers war eine Einnahme von 538 Mk. 17 Pf. und eine Ausgabe von 436 Mk. 91 Pf. zu verzeichnen. 140 Mk. 80 Pf. wurden an die Hauptkasse abgeliefert. Die Revisoren berichteten, Kasse und Bücher in Ordnung gefunden zu haben. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet. Die Bibliothek besteht zurzeit aus 102 Bänden. Ausgeliehen wurden 34 Bände. In der Jugendbibliothek, die seit dem 21. November besteht, wurden 30 Bände ausgeliehen. In Neuanschaffungen für die Jugendbibliothek wurden 10 Mk. bewilligt. Die Sängervereinigung hat 26 Mitglieder; gefeiert wurde an 20 Abenden. Beschlüssen wurde noch, Sonnabend, den 5. Februar, einen Vortrag halten zu lassen.

### Der Ortsverein Döllitz-Döben

hielt am 8. Januar in der Johannsburg in Döben seine halbjährliche Generalversammlung ab. Nach dem Berichte des Vorsitzenden wurden im letzten halben Jahr 7 Versammlungen abgehalten, die im Durchschnitt von 32 Mitgliedern besucht waren. Vorstandssitzungen fanden drei statt, gemeinschaftliche Sitzungen zwei, Vorträge wurden drei gehalten. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli 120 männliche und 40 weibliche, am 31. Dezember 170 männliche und 30 weibliche Mitglieder. Die Einnahmen betragen 774,93 Mk., die Ausgaben 670,22 Mk., so daß ein Kassenbestand von 104,71 Mk. verbleibt. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet. Die Bibliothek besteht aus 308 Bänden. Ausgeliehen wurden 170 Bände an 122 Leser; davon kommen 70 Bände auf die Jugend. Als Generalversammlungsvortrager wurden die Genossen Gehrmann, Penkel, Wetzel, M. Schmidt, Mühe, Wulz und Nischke gewählt. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende das Vierteljahrsprogramm bekannt. Ueber die Sängervereinigung entspann sich eine längere Debatte. Es wurde ein Antrag angenommen, der besagt: Veranstalten die Ortsvereine Döllitz und Döben an gemeinsamen Tagen Vergnügen, so ist die Sängervereinigung von der Mitwirkung entbunden.

### Der Ortsverein Müßa

hielt am 8. Januar im Gasthof Müßen seine halbjährliche Generalversammlung ab. Aus dem Berichte des Vorsitzenden ist zu ersehen, daß der Ortsverein trotz der mäßigen Lokalverhältnisse eine gedeihliche Entwicklung genommen hat. Die Mitgliederzahl stieg von 157 männlichen und 18 weiblichen Mitgliedern am 1. Juli 1909 auf 218 männliche und 25 weibliche Mitglieder am 31. Dezember 1909. Mitgliederversammlungen wurden 5 abgehalten, die im Durchschnitt von 68 Personen besucht waren. Während der Landtagswahl wurden 2 Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden von den 4 zur Wahl stehenden Mandaten 3 erobert. Die Einnahmen betragen 748,02 Mk., die Ausgaben 687,14 Mk., so daß ein Kassenbestand von 110,88 Mk. vorhanden ist. Nach dem Berichte der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Sodann berichtete der Bibliothekar über die Benutzung der Bibliothek. Im Jahre 1907 wurden 56 Bände an 18 Leser ausgeliehen, im Jahre 1908 178 Bände an 111 Leser und im Jahre 1909 333 Bände an 151 Leser. Die Zahl der ausgeliehenen Bände hat sich in drei Jahren verdreifacht, die Leserzahl dagegen vervierfacht. Der Bibliothekar wurden 50 Mk. überwiesen. Bei dem Berichte der Stadtverordneten wurde das Verhalten der bürgerlichen Vereine die Forderung des Wahlrechts betr. scharf kritisiert. In die Bürgerrechtskommission wurden Bruner, Rauter, Bernstein H., M. Schirmer und E. Grödel II. gewählt. Als Archivar wurde August Frische bestimmt. Als Lokalkomitee fungieren G. Gutwasser, E. Müller und W. Raumann.

### Der Jugendbildungsverein Lindenau-Flagwitz-Schleisig

hielt am Sonntag, den 2. Januar, seine halbjährliche Generalversammlung ab, zu der 180 Mitglieder erschienen waren. Aus dem Berichte des Vorstandes ist zu ersehen, daß der Verein in der Zeit von Juli-Dezember 1909 20 größere Veranstaltungen getroffen hat, und zwar 10 Vorträge, 4 Ausflüge, 4 Besichtigungen, 2 Besuche von Brudervereinen, 1 Einweihungsfeier des Jugendheims und 1 Weihnachtfeier. Die Besucherzahl war im 1. Vierteljahr 70-80 Personen und ist seit Benutzung des Jugendheims auf 120-150 gestiegen. Ferner beteiligte sich der Verein am Gewerkschaftsfest, der Einweihungsfeier der Arbeiterturnhalle, sowie an den Veranstaltungen des Ortsvereins. Die Vortragabend des Genossen Hennig über unsere Dichter wurden von allen Genossen und Genossinnen mit Vorliebe gern besucht. Der Verein hat einen Kursus in Wirtschaftsgeschichte eingeführt. An diesem nahmen an sechs Abenden regelmäßig 24 Genossen und Genossinnen teil. Die Leitung liegt in den Händen des Genossen H. Bok. Die Mitgliederzahl ist von 189 im Juli 1909 auf 248 im Dezember 1909 gestiegen. Einer Einnahme von 205,17 Mk. steht eine Ausgabe von 205,10 Mk. gegenüber. Ein Antrag, die Geschäftsordnung betreffend, wurde dem Vorstand überwiesen. Weiter wurden einige Spielleiter neu gewählt. Am Neujahrstag hielt der Verein eine Weihnachtfeier in der Arbeiterturnhalle zu Lindenau ab, zu der sich über 500 Personen eingefunden hatten, darunter 300 Jugendliche. Für Unterhaltung wurde von seiten der Mitglieder durch Regitationen und Theateraufführungen, die ihren Veranstalter alle Ehre machten, sowie Gesang gefordert. Ein Tanzabend hielt die Teilnehmer bis gegen 11 Uhr zusammen.

### Der Sozialdemokratische Verein Alttranstädt

hielt im Gasthof Alttranstädt eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Scheiter einen Vortrag hielt über: Robert Müm und seine Zeit. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde vom Vorsitzenden auf die kommenden Gemeindevorstandswahlen hingewiesen. Die Genossen wurden aufgefordert, die vom 15. bis zum 30. Januar ausliegenden Wählerlisten einzusehen.

## Vereine und Versammlungen.

### Isolierer.

In der im Volkshaus abgehaltenen Generalversammlung der Isolierer erstattete der Kollege Brinke den Jahresbericht. Größliche Differenzen mit den Unternehmern waren nicht zu verzeichnen. Einige Tarifstreitigkeiten wurden durch die Lohnkommission geregelt. Der Arbeitsnachweis vermittelte in 45 Fällen. Die Mitgliederzahl ist dieselbe wie zu Anfang des Berichtsjahres geblieben, da ausgeschlossene und freiwillig ausgeschiedene Mitglieder durch neue ersetzt wurden. Die Differenz mit Reinhold & Co. in der Südstraße 43 ist noch nicht beigelegt; die Antwort auf die vom Kollegen Brinke an das Stammhaus Hannover gerichteten Schreiben stand noch aus. Auf ein an den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes gerichtetes Schreiben ist überhaupt keine Antwort eingegangen. Die Verhältnisse bei der gesperrten Firma Krause haben sich noch nicht geändert, da es die in genannter Firma tätigen Isolierer noch immer für vornehmer halten, den Kampf mit den Unternehmern ihren organisierten Kollegen zu überlassen, die Erzeugnisse der Organisation aber in eigenhändiger Weise einzuführen. Es bedarf wohl keines besonderen Beweises, daß die Firma Krause den an sich geringeren Stundenlohn sowie Akkordlohn noch bedeutend reduzieren würde, wenn sie nicht gezwungen wäre auf den von den Isolierern tariflich festgelegten und gegahlten Lohn Rücksicht zu nehmen. — Nach Bekanntgabe des Kassenberichts wurde der Kassierer entlastet. Kollege Dämmrich gab einen kurzen Mißbill über die Kartell-sitzungen. Die beschlossenen Extrabeiträge zum Berliner Streik

wurden auf 3 Mk. festgelegt. — In den Vorstand wurden wiedergewählt als 1. Vorsitzender Brinke, als Kassierer Schulz, als Schriftführer Jengsch; neu wurden gewählt als 2. Vorsitzender Dämmrich, als 2. Schriftführer Wörtych. Das Amt des Banleiters wurde vorläufig dem Kollegen Brinke mit übertragen. In die Lokalkommission wurden Hennig und Frenkel, zu Revisoren H. Schmidt und H. Baumhardt, als Kartelldelegierter Dämmrich gewählt. — Um für die kommenden Kämpfe besser gerüstet zu sein, beschloß die Versammlung der Geschäftsleitung folgenden Vorschlag zu machen. Der Wochenbeitrag wird auf die Höhe eines Stundenlohnes festgelegt und voll an die Geschäftsleitung abgeliefert. Die örtlichen Verwaltungskosten sollen durch Erhebung eines Nebenbeitrags bestritten werden. Die Höhe desselben richtet sich nach den jeweiligen Bedürfnissen und bleibt den Kassierern überlassen. Die Streikfondsmarke fällt weg. Wir hoffen, daß alle Zahlstellen von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugt sind und rechnen auf deren Zustimmung. Zu erwähnen ist noch, daß inzwischen die Antwort vom Stammhaus Reinhold & Co. eingegangen ist. Eine Antwort des Vertreters, Herrn Ingenieur Scheffel, an den wir uns darauf wandten, steht noch aus.

### Die Zimmerer

hielten am 2. Januar ihre Generalversammlung ab. Die Versammlung ergriff zunächst das Andenken des verstorbenen Kameraden Georg Müller. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Es haben 14 Versammlungen, deren Besuch durch die Einführung des Versammlungskontrollsystems ein besserer geworden ist, 28 Sitzungen und 34 Bezirksbesprechungen stattgefunden. In Martranzstädt ist die Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden reduziert und der Lohn von 52 Pf. auf 55 Pf. erhöht worden. Auf den Ausstellungsbauten mußte öfters eingegriffen werden; der Lohn wurde auf 75 Pf. pro Stunde gebracht. Mehrere Bauten mußten gesperrt werden infolge Nichtzahlung des verdienten Arbeitslohnes. Teilweise wurde dadurch ein Erfolg erzielt. Der Kassierer weist auf den gedruckten Kassenbericht hin, dem zu entnehmen ist, daß einer Gesamteinnahme von 107 683,90 Mk. eine Gesamtausgabe von 65 004,04 Mk. gegenübersteht. Arbeit wurde 551 Mitgliedern zugewiesen, im Vorjahre 226. 16 Mitglieder erhielten die statutenmäßige Abfindungssumme, da sich dieselben, obwohl arbeitslos, nicht der Kontrolle unterziehen konnten. Der Kassierer wurde entlastet. Die Wahl des Gesamtvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Reich, Rose, Helbig, Haupt, Heidrich und Schulz. Zu Revisoren wurden gewählt: Heisenbüttel, Bredendek, Kronsberg. Als Kandidaten zur Delegiertenwahl zur außerordentlichen Generalversammlung wurden Rose, Helbig, Laue, Haupt, Kronsberg, Reich, Radolfs, Becker, Köhler, Pehold und Müller in Vorschlag gebracht. Die Wahl erfolgt in der nächsten Versammlung. Den Bericht des Gewerkschaftskartells erstattete Kamerad Pehold. Als Delegierte wurden Pehold, Rose und Helbig gewählt. Dem Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern ist zu entnehmen, daß seitens der Arbeitgebervertreter nur einige Wünsche unterbreitet wurden. Die Arbeitgeber ließen durchblicken, daß sie einen fünfjährigen Vertrag ohne Lohnabzug abschließen wollten. Die Versammlung ist der Meinung, daß auf einen derartigen Tarif nicht eingegangen werden kann. Der Kassierer macht auf den Unterrichtskursus des Samaritervereins im Osten aufmerksam, der am 18. Januar beginnt.

### Feischer.

In der am 5. Januar im Volkshaus abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung besahe man sich mit Anträgen zu der am 19. Januar stattfindenden Generalversammlung, sowie zum Verbandsstage. Sämtliche Anträge wurden dem Vorstande der Zahlstelle überwiesen. Dann gab Elbel den Bericht von der letzten Kartell-sitzung. Mit einem Hinweis auf die demnächst vorzunehmende Agitation sowie auf das am 15. Jan. stattfindende Wintervergügen wurde die Versammlung geschlossen.

## Aus der Partei.

A. Der Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie hatte im Dezember eine außerordentliche Konferenz nach Offenburg einberufen. Zur Teilnahme an derselben wurden eingeladen die Mitglieder des Landesvorstandes (6), die Vertreter der badischen Parteipresse (4), die Vorsitzenden der 12 Reichstagswahlkreise, die Bezirkssekretäre (3), die Mitglieder der Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Letztere waren nicht anwesend. Auf dieser von 33 Genossen besetzte Tagung wurde der Beschluß des letzten badischen Parteitag aufgehoben, welcher den nächsten Parteitag für den Monat Februar festgesetzt hatte; man beschloß, ihn erst im August abzuhalten. In der Hauptsache beschäftigte sich die Konferenz mit einem Antrag des Landesvorstandes zur Erhöhung des Mitgliedsbeitrags um 20 Pf. im Quartal zur Annullierung eines Wahlfonds. Schließlich wählte die Konferenz den Hg. Kolb als Delegierten für Baden zum Kopenhagener Internationalen Kongress. Außerdem wurden noch weitere Angelegenheiten erledigt.

Gegen die organisierte Zulässigkeit einer solchen Konferenz und gegen ihre Kompetenz, an Stelle des Parteitag sich mit den diesem unterliegenden Finanzfragen zu befassen, ist schon auf der Tagung am 12. Dezember Protest erhoben worden. Nachträglich erklären verschiedene Organisationen des Landes, daß sie die Verbindlichkeit der erbrachten Beschlüsse nicht anerkennen. Am Mittwoch hat eine Parteiversammlung in Pforzheim hierzu Stellung genommen und folgende Resolution einstimmig gefaßt:

Die heutige Versammlung des Sozialdemokratischen Bezirks Pforzheim bekennt, daß der Landesvorstand einer Konferenz so wichtige Fragen wie z. B. die Einführung eines Extrabeitrages zur Beschlußfassung unterbreitet hat. Die Versammlung verkennt durchaus nicht, daß größere Mittel für die Landeskasse notwendig sind, hält aber die Einberufung der Konferenz für verfehlt und bestreitet den Parteigenossen der Pforzheimer Konferenz das Recht zur Beschlußfassung in so wichtigen und einschneidenden Fragen. Die Mitgliedschaft Pforzheim ist der Auffassung, daß nur der vom letzten Parteitag bestimmte, im Februar dieses Jahres abzuhaltende ordentliche Parteitag das Recht hat, über erhöhte Beiträge, Wahlfonds und Delegiertensteuer und Beschaffung des Internationalen Kongresses zu beschließen.

Die proletarische Frauenbewegung marschiert. War im vergangenen Geschäftsjahr der Partei eine Zunahme der weiblichen Parteimitglieder von 28 000 auf 62 000 zu verzeichnen, so verspricht allem Anschein nach das laufende Geschäftsjahr einen noch größeren Fortschritt. Aus fast allen Gegenden Deutschlands, aus dem Osten so gut wie aus dem Westen, aus dem Süden wie aus dem Norden, kommen die Nachrichten von einer rührigen Agitation im allgemeinen und unter den Frauen im besonderen. Im Mansfelder Revier, allwo wir so lange keinen rechten Fuß fassen konnten, da hat die Brutalität der Bergherren, die Entsendung des Militärs und der Maschinengewehre ebenso aufreißend gewirkt wie in andern Gegenden die unerschrocken dröhnende Steuerpolitik. Unter den für die Partei gewonnenen Einwohnern des Mansfelder Reviers sind allein 1700 Frauen. Auf dem Parteitag für das westliche Westfalen ward berichtet, daß 4000 weibliche Mitglieder der Parteiorganisation des Bezirks angehören. Eine Konferenz, die kürzlich im Bezirk Magdeburg tagte, meldete gleichfalls von großer Mithrigkeit der Frauen bei der Agitation, durch die die Mitgliederzahl erheblich gestiegen sei. Agitationstouren, die am Niederrhein, in Hannover, Oldenburg, im Bremer Bezirk, in Pommern, Westpreußen, Anhalt, Oester, Niederbarnim und anderswo stattfanden, waren von gutem, zum Teil sogar von glänzendem Erfolg begleitet.

Auf dem mecklenburgischen Parteitag berichteten die Vertreter verschiedener Orte von der stetigen Zunahme weiblicher Mitglieder und — was besonders erfreulich — von einer steigenden Mitarbeit derselben bei allen Parteiarbeiten.

Bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen und den Nachwahlen in Berlin zeigten die Genossinnen eine außerordentliche Mithrigkeit. Desgleichen bei den Reichstagswahlen. So waren die Frauen in Halle und den zum Kreis gehörenden Landorten unermüdetlich für die Wahl unseres Kandidaten tätig.

## Soziale Rundschau.

### Chinesische Kulis als Landarbeiter in England.

Das Liverpooler Einwanderungsamt hat eine Anzahl von Chinesen auf seine Kosten in ihr Heimatland zurückgeschickt, da sie völlig mittellos waren. Die Chinesen waren mit dem Dampfer Dardenus auf Betreiben mehrerer Guisbeyer nach England gekommen. Die Guisbeyer hatten ihnen die Ueberfahrt bezahlt, wofür sie kostenlos bei freier Station Landarbeiten verrichten sollten. Der Vorstand des Einwanderungsamts Sir Thomas Hughes hat die Behandlung der Chinesen durch die englischen Großgrundbesitzer als reine Slaverie bezeichnet und hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich künftighin englische Schiffseigentümer nie wieder mit dem Transport von chinesischen Landarbeitern nach England befassen werden.

Wenn die Chinesen nicht völlig mittellos gewesen wären, hätten die sonst so rassenstolzen englischen Landbarone also ihre billigen Kulis erhalten. Der Appell Sir Thomas Hughes an das Ehrgefühl der englischen Schiffsführer aber ist für die Kage, denn wo der Profit winkt, schweigen in der Bourgeoisie bekanntlich alle sonst so stark betonten Gefühle.

### Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Der Sekretär des amerikanischen Minenarbeiterkongresses stellte fest, daß in Nordamerika in dreißig Jahren mehr als 20 000 Grubenarbeiter getötet und mehr als 100 000 in den Kohlenbergwerken verletzt worden sind. Im Jahre 1907 allein verloren über 3000 Menschen ihr Leben in Kohlengruben, das sind 5 pro Tausend der gesamten Bergmannsbevölkerung.

## Von Nah und Fern.

### Heftige Stürme!

Paris, 11. Januar. Newyork Herald meldet aus London: Heftige Stürme wüteten an der Küste von Nord- und Mittelengland im Laufe des gestrigen Tages. Namentlich schwer heimgesucht wurden die Landschaft Eskole und die Küste von Nordwestengland. Die Schifffahrt auf dieser Küste ist völlig eingestellt worden. Man befürchtet von vielen Schiffen, die sich auf offenem Meere befinden, daß sie mit ihrer Beladung untergegangen sind. Das offene Meer ist von einem wütenden Orkan heimgesucht. Dabei herrscht im Norden bittere Kälte. Das Thermometer steht auf 53 Grad Fahrenheit.

### Arbeiterzisko.

Prag, 11. Januar. Bei Saaz in Böhmen ist gestern nachmittag in einer tiefer gelegenen Sandgrube infolge Untergrabung die ganze obere Erdschicht zusammengestürzt, wobei die in der Sandgrube beschäftigten Arbeiter, deren Zahl noch nicht festgestellt werden konnte, unter der Erdschicht begraben wurden. Nach mehrstündiger Anstrengung gelang es der Feuerwehr, bis zum Abend einen 70jährigen Arbeiter als Leiche auszugraben.

Köln, 11. Januar. Gestern nachmittag stürzte auf einem Neubau in der Platenstraße das Dachdeckergerüst zusammen. Drei Dachdecker stürzten ab. Einer war sofort tot, einer starb auf dem Wege zum Krankenhaus, der dritte ist lebensgefährlich verletzt.

## Briefkasten der Redaktion.

E. J. 1. A 72 = geringe Form- und Richtungsfehler an den Beinen. 2. A 78 = geringe Erweiterung der Blutadern an den Beinen.

A. J. Kommen Sie in unsere Sprechstunde. Dissident. 1. Das ist vollständig aussichtslos. Damit erledigt sich auch die zweite Frage. 3. Ja. 100. Säkularität. Eine Innung für diese Berufe ist uns nicht bekannt.

C. L., Militärpflichtiger. C 1 = Untatmut. 37 = Sprechfehler oder Formfehler am Munde, Gaumen, Junge usw. T. P. 1. Wenn Sie den Nachweis erbringen, daß Sie das Tier unbedingt halten müssen, wird Ihr Gesuch Erfolg haben. Legen Sie das ärztliche Zeugnis bei. 2. Wenden Sie sich an das städtische Stützungsamt.

A. B. 100. Den Artikel über die Schuhindustrie finden Sie in der Nummer vom 25. Februar 1909.

## Auskunft in Rechtsfragen.

S. J. 88. Ueber den Angezeigerhalter werden Sie jedenfalls keine Auskunft bekommen.

D. A., Thonberg. Wir können Ihnen auch keinen andern Rat geben. Sie hätten überhaupt auf einen bedingungsweisen Vertrag nicht eingehen sollen.

M. W. 100. Die Polizei hat mit der Sache nichts zu tun. Sie können höchstens auf Schadenersatz klagen.

J. D. 1. Ein Recht auf Zurückhaltung der Beiträge haben Sie nicht. 2. Sie können bei der unteren Verwaltungsbehörde, das ist für die Stadt Leipzig der Stadtrat, die Befreiung von der Beitragspflicht beantragen.

P. S. 77. 1. Nein. 2. Klimente können vom Lohne gepfändet werden, auch wenn das Jahreseinkommen 1500 Mk. nicht übersteigt. Der Lohn kann jedoch nur soweit gepfändet werden, wie ein Abzug ohne Gefährdung Ihres eignen Unterhalts möglich ist. 3. Die Höhe des Unterhaltsbeitrags richtet sich nach den Verhältnissen der Mutter.

A. Sch. 30. Das kommt ganz darauf an, unter welchen Umständen Sie in Arbeit getreten sind. Am besten ist, Sie kommen einmal in unsere Sprechstunde.

D. Hofmann. Sie können nur die Erfüllung des Vertrages, resp. eine Entschädigung, wenn Ihnen ein nachweisbarer Schaden erwachsen ist, verlangen. Wenn der Betroffene sich nicht gutwillig zum Schadenersatz herbeiläßt, müssen Sie klagen.

M. 5. Die für Baden gültigen Bestimmungen sind uns nicht bekannt.

Johs. N. 1. Ob die Gebühr noch eingeklagt werden kann, können wir nicht entscheiden, da wir die dortigen Bestimmungen nicht kennen. Vorläufig können Sie ja ruhig alles Weitere abwarten. 2. Sie müssen zunächst die preussische Staatsangehörigkeit erwerben. Dazu brauchen Sie einen Staatsangehörigkeitsausweis, der Ihnen von der in Frage kommenden Behörde Ihres Landesstaates ausgestellt wird.

## Partei-Sekretariat für den XIII. sächs. Reichstagswahlkreis

Bureau: Volkshaus Leipzig, Zelter Str., Portal rechts, 1. Etage. Geschäfts- und Auskunftsstelle für alle den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis betreffenden Angelegenheiten. — Sprechzeit: Nur an Wochentagen mittags von 12-1 Uhr und nachmitt. von 5-8 Uhr. Sonntags ununterbrochen von 9-4 Uhr. — Telefon 14610.



Abzahlungsgeschäfte
Liebau, Turnstr. 27, I.
Aluminium u. Emaille
Max Richter & Co., Pl. Zschoch. Str. 1.

Apfelweine
Obstweinschänke
Bayerische Str. 18, Nähe Bahnhof, Eig. Kelterei Joh. Lechstampfer.

Bäckereien, Konditoreien
F. Albrecht, L., Honnigstr. 11.
Alfred Beyer, Co., Bornaische Str. 87.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Leipziger Brotfabrik
Ged. Judin, Pl. 4 u. Leipzig-Eintrichstr. 10.

Hermann Matz & Co.
Eilenb. Bahnhof, Tel. 10037

Plagwitz Bahnhof, Tel. 10036
Stötteritzer Bahnhof, Tel. 13604

Alfr. Richter, Pfaund.-Sommerf.
R. Schlichting, Reitzstr. 18.

Butterhandlungen
Ernst Eddler, St. Privatstr. 12.

Melonen-Butter
Kluge Frauen kaufen nur

Gacao, Schokol., Kaffee, u. Tee
Ab. Gürtner, Eisenbahnstr. 129b.

Franz Keilhold
Hospitalstraße 14

Gigarrenhandlungen
Franz Bauer, Täubchenweg 60.

Bettfedern, Betten
Ad. Kirschberg, N., Reichstr. 30.

Bildereintrahmungen
Friedr. Fränkel, Eilenb. Str. 8.

Brauerien, Bierhandlg.
Brauerei Burghausen-Leipzig

Brauerei G. W. Naumann
Tel. 2908 Leipzig-Plagw. Tel. 2908

Brauerei Nlokau & Co., Gohlis.
J. Pottkämper, Eutritzsch

F. A. Ulrich
Leipzig-Stötteritz

Damen-Konfektion
J. Lachmann, Volkrm., Kirchstr. 4.

Drogen, Farben
Paul Arnold, Reitzstr. 18.

Drogen, Farben
Paul Arnold, Reitzstr. 18.

Kaiser-Dt. Jenetzky, Li. Kajast. 14b.

Rob. Röser, Roud., Wallwitzstr. 2.

Mehneri
wächst schon selbsttätig

Eisen- und Stahlwaren
E. Claus, Entr., Wittgenb. Str. 34.

Alwin Richter, Drosdner Straße 36

Färbereien, Wascherien
Franz Borell, Läden in allen Stadtteilen.

Hugo Luckner, Läden in allen Stadtteilen.

Fahrräder, Nähmaschinen
W. Bauer, Ang., Zweinaudorfer Str. 27.

Bravour-Räder
Klarner & Eckhardt, Eisenstrasse 12.

Fischhandlungen
F. Baumann, Windmühlenstr. 36.

Fleischhandlungen
R. Abitzsch, Li., Leutzsch. Str. 17.

Damen-Konfektion
J. Lachmann, Volkrm., Kirchstr. 4.

Drogen, Farben
Paul Arnold, Reitzstr. 18.

Drogen, Farben
Paul Arnold, Reitzstr. 18.

Drogen, Farben
Paul Arnold, Reitzstr. 18.

Drogen, Farben
Paul Arnold, Reitzstr. 18.

Drogen, Farben
Paul Arnold, Reitzstr. 18.

Trianon-Theater.
Carola- Die gläserne Wand, Nikolaistr. 10.

Koffer, Lederwaren
R. Binch, Wdmstr. 32, Tauch. Str. 10.

Galanterie-, Luxuswaren
Arbeits-Lötle verdienen sich Gold

Grammoph., Sprechmasch.
L. Bauer, stets Gelegenheits-Kauf

Sprechmasch. & 12.50 M.
Schallplatten & 1.40 M.

Gravier-Anstalt., Optiker
Fr. Müller, Hainstraße 19.

Stempel-Maus, Gummiwaren
Frau Bernhardt, Eisenstr. 67b.

Haus- und Küchengeräte
Paul Apicola, Li., Markt 7.

Kranken-Bedarfs-Artikel
E. Friedrich, Schönf., Leipz. Str. 5.

Kurz- und Wollwaren
Ang. Besser, Pl., Zschoch. Str. 40.

Grude-Oefen.
Lange & Bieger, Eisenbahnstr. 45.

Herren-Garderobe
Geyer & Schüle, Oetzsch, Dammstr. 14.

Möbelmagazine
O. Arnold, Klzsch., Klingenstr. 36.

Molkereien
Dessauer Str. Nr. 7.

Musik-Instrumente
H. Meider, Wahren, Hallesche Str. 52.

Kinematographen
Pata-Morgana, Bornaische Str. 3.

A. Zuleger, Königsplatz 6.
Obst, Grünwaren
Gust. Brade, Zeitzer Str. 37b.

Papier- und Schreibwaren
O. Burkhardt, Schö., Leipz. Str. 90.

Photogr. Apparate
Moh & Mahne, Reichstraße 12

Photographen
G. B. Gäbler, Eu., Wilhelmstr. 4.

Putz, Modes
E. Dietrich, Co., Bornaische Str. 42.

Rosenschlächtereien
Herm. Koch, Klzsch., Hirzstr. 10.

Schirme, Stöcke
A. Bräuer, Beyersf. Gabelabg. St. 14.

Schleifereien
A. Gruger, Spez. Kasern. Sophst. 22.

Schnellbeschl.-Anstalten
F. Lohmann, Ang., K.-Krause-Str. 3.

Schuhwaren, Schuhmacher
A. Abelmann, Eisenbahnstr. 60.

Lederhandlungen
A. Funk, Li., Holteistr. 28.

Leiter-u. Kinderweg., Korbw.
Max Kühn, Zschoch. Str. 57.

Manufakturwaren
R. Hofmann, Stö., Wassort. Str. 28.

Möbelmagazine
O. Arnold, Klzsch., Klingenstr. 36.

Molkereien
Dessauer Str. Nr. 7.

Musik-Instrumente
H. Meider, Wahren, Hallesche Str. 52.

Kinematographen
Pata-Morgana, Bornaische Str. 3.

A. Zuleger, Königsplatz 6.
Obst, Grünwaren
Gust. Brade, Zeitzer Str. 37b.

Papier- und Schreibwaren
O. Burkhardt, Schö., Leipz. Str. 90.

Photogr. Apparate
Moh & Mahne, Reichstraße 12

Photographen
G. B. Gäbler, Eu., Wilhelmstr. 4.

Putz, Modes
E. Dietrich, Co., Bornaische Str. 42.

Rosenschlächtereien
Herm. Koch, Klzsch., Hirzstr. 10.

Schirme, Stöcke
A. Bräuer, Beyersf. Gabelabg. St. 14.

Schleifereien
A. Gruger, Spez. Kasern. Sophst. 22.

Schnellbeschl.-Anstalten
F. Lohmann, Ang., K.-Krause-Str. 3.

Schuhwaren, Schuhmacher
A. Abelmann, Eisenbahnstr. 60.

Lederhandlungen
A. Funk, Li., Holteistr. 28.

Leiter-u. Kinderweg., Korbw.
Max Kühn, Zschoch. Str. 57.

Manufakturwaren
R. Hofmann, Stö., Wassort. Str. 28.

Möbelmagazine
O. Arnold, Klzsch., Klingenstr. 36.

Molkereien
Dessauer Str. Nr. 7.

Musik-Instrumente
H. Meider, Wahren, Hallesche Str. 52.

Kinematographen
Pata-Morgana, Bornaische Str. 3.



L. Bueckisch, Markranst. 1.
L. Busse, Zeitzer Str. 1, Abonn. 10% R.
A. Fischer, Mück., Halleische Str. 80.

Rauffuss, fugenlose Trauringe
Reichstr., Ecke Schuhmacherg. 1.
Theod. Schnaf, Zwenkau.

P. Lodecke, Lind. Kanzlerstr. 4/40,
Saxonia, O. Zanke, Mittelstr. 7.
Vereins-Artikel u. Spielwaren

M. Joske & Co., L.-Plagwitz.
Kaufhaus Gust. Girtner, Loutzsch.
Marg. Marr, Großschlocher.

Fanny Dittich geb. Ludewig,
Eisenbahnstr. 53, Ecke Hodwigstr.
Otto Göbel, Windmühlstr. 44 b.

L. W. Surmann, Südplatz 7.
A. Stolper, Städt., Arnoldstr. 10.
Rich. Vetterlein, Leipzig-Anger.

Cheatervorstellungen. Neues Theater.
Dienstag, den 11. Januar: 10. Abonnements-Vorstellung (2. Serie, rot):
Der arme Heinrich.

Altes Theater.
Dienstag, den 11. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
16. vollständige Vorstellung zu halben Preisen.
Die Nibelungen.

January 1910. Battenberg. January 1910.
Hans Hauser Acosta
Humorist. Jongleur.
Horace Goldin and Jeanne Fransioli
König aller Illusionisten.

Bon! Leutscher Volkstheater, Hauptstr. 73.
Auf diesen Bon zahlen Erwachsene 10, Kinder 5 Pf. nach.
Auch gültig für Lindenau u. Böhlig.

Cheatervorstellungen. Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.
Dienstag, den 11. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Der Hund der Sabinerinnen.

Neues Operetten-Theater.
Dienstag, den 11. Januar, abends 8 Uhr:
Ein Herbstmännchen.

Krystall-Palast-Theater
Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.
Verein für Mutterschutz
Sprechstunden: Montag, Mittwoch, Freitag (v. 10-12 Uhr)

Für Liebhaber von Hausmusik
Hundert Lieder von Sven Scholander
für eine Singstimme
mit Begleitung von Laute (Gitarre) oder Klavier.

Bericht über den Schlachtviehmarkt
auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 10. Januar 1910.
a) Auftrieb:
724 Rinder u. zwar 206 Ochsen, 99 Kalben, 315 Kühe, 164 Bullen;

Table with columns: Viehgattung, Beschreibung, Stückzahl, Preis.
Rows include: Ochsen, Kalben und Kühe, Bullen, Rinder, Schafe, Schweine.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.
Osten. Rdn., Grenzstr. 17, II. r., leere Stube
einzelne Person p. 1.2. zu verm.

Westen. Kleinzschocher, Wigandstr. 52.
Ecke Bahnhofstrasse,
2 Stuben, Kammer, Küche

Verkäufe und Käufe.
Ed-Produktengeschäft
20 Jahre in einer Hand, ist weg.
Lobesfall 1. 1000 Mk., f. Waren u.

Landbrot, 2 kg 40, 3 kg 60, 4 kg 80,
empfiehlt die Bäckerei 1424\*
Wilschkestr. 9, Rodau.

Grosze Posten Filz- und Lederschuhe
angekommen. Spottbillige Preise.
Ein Gros und ein Detail abzugeben.

Monats-Garderoben
sind v. best. deut. Modistinnen
u. Studenten sehr wenig getr.

1 Posten Herren-, Damen- und
Kinder-Garderobe, Kleider-,
Stoffe, Spachtelant., Bettdecken u.

Bettfedern.
Reinigt u. Verkauf
billigst. G. Fank, Reud., Nieseb. Str. 7a.

Ein Gebett Federbetten
neu, 14 Mk., billig. Elisabeth
Heldorn, Dorostienstr. 2.

Laufdecken 2. A. Veetthonsstr. 11.
Hand- u. Geschäftswag. bil. A. Wörthel 17.\*

Alte Schränke, Sofas faust zu hoch.
Preis. Brandel, Nürnberg, St. 16, 1\*

Arbeitsmarkt.
Wir suchen noch einige gut
und flott arbeitende
Koloristinnen

Suche sofort unverheirateten
Partiegenossen zum Reisen
bei gutem Verdienst. Offerten
unt. V. 37 Exped. dies. Blattes.

Arbeiterinnen für sofort
Prägenanstalt Br. Geyer,
Städterich, Christian-Weiße-Str.

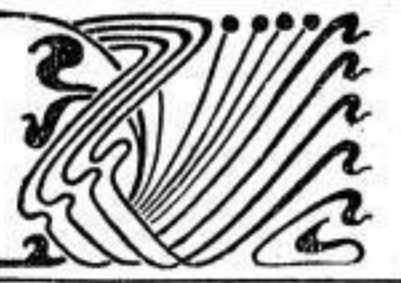
Unterriecht.
Damen-Frisier-Schule!
Gründl. Ausbildung zur Friseurin

Vermischte Anzeigen.
Polzkrag. a. Sonnt. v. Habenerstr. 5.
Genrichl. vert. L. H. L. H. H. H. H. H.

Maskenanz.
L. Herr. u. Dam. von v. 1.50 Mk. an.
Berliner Strasse 6.

Ihre Anzüge
wie neu, gereinigt u. gebügelt,
Anzug 2.50 Mk. Abholung u. Zu-





## Die Großstädte und das Verkehrswesen.

Nachdruck verboten.

### 2. Die Großstädte und die Wohnungsfrage.

Die Richtung, die die Entwicklung nimmt, hat zweifelsohne viele Vorteile, aber auch ihre erheblichen Nachteile. Nur große Siedlungen mit vielen Einwohnern sind geeignet, alle diejenigen Arbeitskräfte bereit zu halten, die die große kapitalistische Produktion erfordert. Allein sie können die Höhe der Wissenschaft und Kunst sein, weil nur sie die Vorbedingungen bieten, ein höheres geistiges Leben zu entwickeln und zu ernähren. Bildung und Wirtschaft finden in dieser Zentrallisation ihre eigentlichen Wirkungsstätten. Es ist also die Aufgabe des Staats, dieser Entwicklung keine Hindernisse in den Weg zu stellen, sondern vielmehr daran zu arbeiten, die schweren Nachteile, die sie mit sich bringt, abzustellen. Und diese schweren Uebelstände machen sich besonders fühlbar auf dem Gebiete des Wohnungswesens.

Die größere geistige Regsamkeit der Großstadtbevölkerung wird gewöhnlich gekaufte mit Darargabe der Nervenkraft. Es wäre daher besonders notwendig, der Großstadtbevölkerung ruhige, gute und gesunde Wohnungen zu geben. Die Londonbevölkerung mit ihrer ruhigeren dastehenden Lebensweise hat diese kaum in dem Maße nötig, und in Wirklichkeit sind die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande keineswegs besser als in den großen Städten; im Gegenteil, man findet dort noch viel schlimmere Zustände. Aber das Landleben ist selbst schon ein wichtiges und wirksames Gegenmittel gegen diese traurigen Zustände. Die Annehmlichkeiten und Vorteile des Landlebens fehlen aber dem Großstädter. Er muß vielfach ein zusammengepacktes in schlechten Wohnungen hausen und tagsüber im dampfenden Bureau oder in der Fabrik schütten. Die entwerdende Arbeit mit ihrem schädlichen Einflusse auf Körper und Geist wird durch keine gemüthliche Wohnung oder durch Aufenthalt in freier Luft korrigiert. Es ist daher klar, daß die Großstadtbevölkerung stets einer Aufbesserung durch die Landbevölkerung bedarf.

Grundsätzlich suchen die großen Städte diesen Uebelständen durch vorzügliche hygienische Einrichtungen entgegenzuwirken. Es ist keine Frage, daß viele Großstädte durch peinliche Sauberkeit der Straßen, durch gute Kanalisation, durch Beschaffung einwandfreien Trinkwassers, durch Anlage von Gärten und Bepflanzungen, durch die Ausbildung des Krankenhauses, des Rettungswesens usw. schon Tüchtigkeiten geleistet haben. Aber das Wichtigste bleibt doch noch immer zu tun, nämlich die Verbesserung des Wohnungswesens. Dabei handelt es sich nicht allein um hygienische Einrichtungen; auch wirtschaftlichen und andern Dingen fällt eine große Bedeutung zu.

Die Wohnung spielt bei uns und in der Großstadt eine viel größere Rolle als dort, wo die Natur und das Klima den Menschen mehr Aufenthalt im Freien gestatten. Man muß also bei uns an die Wohnung namentlich im Winter viel größere Ansprüche stellen als in südlichen Gegenden. Es dürfen nicht bloß die elementarsten hygienischen Vorschriften erfüllt sein, die an Luft und Licht zu stellen sind, auch den ethischen und ästhetischen Anforderungen muß Genüge geleistet werden können. Das ist aber bei den enorm hohen Mietpreisen leider nicht möglich. Der Grund und Boden ist durch den sabelhaften Bodenwucher in unsern Großstädten bereits so teuer geworden, daß er allein den Raum auf dem das Haus erbaut werden soll, schon so verteuert, daß sich die breiten Massen und selbst die Mittelklassen keine ordentliche Wohnung leisten können. An Einzelwohnhäuser als soziale Forderung ist überhaupt nicht zu denken. Die Verkehrsverhältnisse der herrschenden Klassen hat es dahin gebracht, daß in den großen Städten die Mietkassernen unbeschränkt herrscht und unaudrotbar herrscht, wenn sich nicht etwa Wunder begeben sollten. Bis vor kurzem haben in Amerika nur die Neger und die zuwandernden Elemente von minderer Herkunft in Mietkassernen gewohnt. Sogar jetzt gibt es in Amerika noch eine Großstadt, in der sich das Einzelwohnhäuser sehr stark erhalten hat, nämlich Philadelphia, die drittgrößte Stadt der Vereinigten Staaten mit 1 1/2 Millionen Einwohnern. Die Wollentragher sind reine Geschäftshäuser, während die Wohnhäuser meist nur zwei Stockwerke besitzen und durchschnittlich 4 1/2 Einwohner beherbergen. Auch in London herrscht das Einzelhaus noch vor. Dort wohnen aber durchschnittlich schon 7 Bewohner in einem Hause. Ganz anders in Berlin und vielen deutschen Großstädten. In Berlin wohnen durchschnittlich 72 Personen in jedem Hause, und nur etwa 1 Prozent der Bevölkerung wohnt überhaupt noch in eigenen Häusern — natürlich nur in verhältnismäßig wenigen Fällen in eigenem Familienhause, sondern vielfach, ja wohl meist in der eigenen Mietkasserne. — Das Prinzip der Mietwohnung herrscht in Berlin schon sehr lange. Am Jahre 1700 wohnte dort bereits nur noch die Hälfte der Bevölkerung im eigenen Hause, 1780 sogar nur noch etwa 1/4.

Man darf allerdings der Mietkassernen von vornherein nicht alles absprechen, was mit Menschenwürde vereinbar ist. Die Tatsache, daß in Berlin sehr reiche Leute und Millionäre in Mietkassernen wohnen, läßt das schon erkennen. Es kommt eben immer bloß auf ihre Einrichtungen an. Die Mietkassernen im vornehmen Westen und in den westlichen und südwestlichen Vororten Charlottenburg, Deutsch-Wilmersdorf usw. sind meist sehr beschlagene Wohngelegenheiten. Selbst die Hintergebäude sind in diesen Gegenden nicht immer zu verachten, da sie meist schöne große und sorgfältig angelegte und gepflegte Gärten mit Baum-, Pflanzen- und Blumenzweigen haben. Dann sind allerdings die Wohnungen, die allen erdlichen Komfort der Neuzeit aufweisen, so teuer, daß sie nur von reichen Leuten bezogen werden können. Wenn aber die Mietkassernen die Formen des Berliner Ostens oder Nordens hat, dann hat sie Formen angenommen, die nicht scharf genug bekämpft werden können. Dort sind die Wohnungen eng und teuer, die Treppen dunkel und eng, die Gänge schmal und dumpf, in älteren Häusern fehlen sie oft sogar ganz, so daß es unmöglich ist, frische Luft in die Wohnungen hineinzubekommen, weil es keinen Durchzug gibt. Die dazwischen liegenden Fabriken sorgen gerade auch nicht dafür, daß gute Luft über den Häusern schwebt, und so bilden sich denn die unheilvollen Verhältnisse heraus, die aus den Großstädten genugsam bekannt sind. Dabei haben diese Wohnungen Mietpreise, die oft 30, mitunter sogar 40 Prozent des Einkommens der Bewohner verschlingen. Trotzdem ist der Raum beschränkt, so daß größere Familien keinesfalls menschenwürdig und für unsere vorangeschrittenen Zeit durchaus kulturwidrig wohnen müssen. Die enormen Preise erzeugen das ethisch so verwerfliche Schlafgängerwesen. Die Schlafgänger suchen billige Unterkunft für die Nacht, während die Wohnungsinhaber die unerwartungsvollen Miete für die eignen Wohnungen durch die Aufnahme der Schlafgänger etwas mäßigen wollen.

Unser Großstädte sind aber nicht die einzigen Stätten, in denen ein richtiges Wohnungswesen herrscht. Viel schlimmer ist

es noch in den Neger- und Chinesenvierteln der großen Städte des Ostens, in Neuorleans, Bombay, Kalkutta usw. Dort herrschen Zustände, die verglichen mit den schlimmsten hierzulande noch entschuldigend genannt werden müssen. Neulichem begegnete wir schon in der römischen Kaiserzeit, als die Staatsarmen — 25 Prozent der Bevölkerung Roms waren Staatsarme — in fünf- und sechsstöckigen Häusern ohne Hofe wohnten, die in Straßen von fünf und sechs Metern Breite lagen. In diesen Höhlen hausten oft mehrere Familien in einem einzigen Raumel Schon damals gab es einen Boden- und Häuserwucher, deren schlimmster Vertreter einer der millionenschwere Crassus war.

Die Gefahren des Wohnungswesens, das auch bei uns herrscht, liegen in ihren Wirkungen klar zutage. Schlechte Wohnungen, in denen man sich nicht wohlfühlen kann, begünstigen das Kneipenleben, fördern also die Trunksucht. Schlechte Wohnungen sind auch die ungeeignetsten Stätten zur Heilung von Krankheiten, namentlich der Geschlechtskrankheiten, die meistens in Krankenhäusern nicht behandelt werden. Schlechte Wohnungen sind ferner die Brutstätten der Lungentuberkulose. Der ganze große Kampf, der jetzt in den Weltkriegen gegen die Lungentuberkulose geführt wird, ist ziemlich aussichtslos, weil die Kranken halbgeheilt und fast genehmungsbedürftig wieder entlassen werden und in diejenigen Stätten zurückkehren müssen, wo sie sich ihre Krankheit geholt haben.

Gegen alle diese schweren Gefahren, an denen unser Volk körperlich krank, kann innerhalb des bestehenden Gesellschaftslebens ein der vorzüglichsten Mittel eine großzügige und gesunde Wohnungspolitik sein. Erste Forderung ist die Verbilligung der Wohnungen, damit sich jedermann eine gesunde und geräumige Wohnung leisten kann. Das ist aber heutzutage innerhalb der Großstädte zur Unmöglichkeit geworden. Die Boden Spekulation hat den Wert des Bodens so weit in die Höhe getrieben, daß die Wohnungen wegen der auf ihnen lastenden Lasten nicht billig sein können. Dazu tritt das Bestreben der jeweiligen Besitzer der Häuser, aus diesen eine größtmögliche Rente herauszuschlagen. Der Boden ist schon so verteuert worden, daß an vielen Stellen die Grenze erreicht ist, über die es einfach nicht mehr hinaufgeht. Die Mieten haben derart schwindende Höhen erreicht, daß in der City Berlins z. B. eine ganze Reihe Läden und Geschäftsräume leerstehen, weil sich bei den geforderten Mietpreisen keine Mieter mehr finden, die das Risiko übernehmen wollen.

Aber auch die unbebauten Grundstücke sind nicht mehr zu bezahlen. Die Fläche zur Bebauung ist da, die Nachfrage der Besitzer jedoch behält ihre Benutzung der Allgemeinheit vor. Wenn die Wohnungsfrage keine öffentliche Angelegenheit ist, für die die öffentlichen Körperschaften Sorge zu tragen haben, dann weiß man kaum noch eine andere zu nennen, deren Wichtigkeit gleich groß wäre. Die Tatsachen lehren, daß hier Interessen auf dem Spiele stehen, die nur der fanatischste Eigentumschwärmer leugnet. Die Gegend des Spittelmarkts und des Dönhofsplatzes in Berlin verzeichnet von 1800 bis 1900 Bodenwertsteigerungen um das dreifachfache; die Grundwertsteigerung den Wert des Bodens innerhalb von sieben Jahren, in manchen Berliner Vororten um das vierfache! Der Grundbesitzwechsel in den Berliner Vororten „erzeugte“ in den Jahren 1800/1900 eine Milliarde Mark neuer Werte (so heißt wenigstens in der bürgerlichen Ökonomie). Die letzten fünfzig Jahre liegen die Besitzer und Spekulanten an dem Berliner Boden fünfzig Milliarden Mark „verdienen“ (wo sind denn die in der Steuerstatistik geblieben?), und am Kurfürstendamm steigerte sich der Wert des Bodens in den letzten vierzig Jahren mindestens um das Hundertfache! Wer hat denn ein Interesse daran, relativ wenigen privaten Besitzern diese Milliarden in den Schlund zu werfen? Doch nur diese selbst!

Da die Aufhebung des Privateigentums am Boden in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, so müssen die beteiligten öffentlichen Körperschaften nach andern Mitteln suchen, der Wohnungswucher abzuwehren. Sie haben die Pflicht, noch unbebauten Boden der Bebauung zu erschließen und durch die Konkurrenz dieses mit den alten Grundstücken maßgebenden Einflusses auf die Preisgestaltung der Wohnungen zu gewinnen. In der Praxis sieht das, die Grenzen der Städte zu erweitern, d. h. eine großzügige Einverleibungspolitik zu betreiben. Wo Hindernisse dem entgegenstehen, müssen diese beseitigt werden. Festungen müssen niedergelegt werden, wenn die eigentliche Stadt das Ubergewicht erhalten hat. Natürliche Hindernisse wie Meeresarme, Sümpfe usw. sind mit den Mitteln der modernen Technik zu meistern usw. Die Exzerzierplätze und Friedhöfe müssen aus dem Innern der Städte verschwinden und Parkanlagen Raum geben. Wenn die Friedhöfe nur noch in zu großen Entfernungen von den Großstädten Platz finden können, so muß die Leichenverbrennung im Interesse der überlebenden Personen — die wohl die wichtigsten zu sein scheinen — eingeführt werden, und dergleichen mehr Maßnahmen.

Es ist klar, daß durch Beschaffung neuer Wohngelegenheit außerhalb der alten Stadtgemarkungen die alten Gebiete nicht entwertet werden, in ihnen wird sich nach wie vor am Tage das intensivste wirtschaftliche Leben abwickeln. Damit tritt aber das Bedürfnis hervor, große Menschenmassen von den äußeren Gebieten in die innere Stadt und umgekehrt zu befördern, d. h. eine umfangreiche Verkehrsplanung zu betreiben. Namentlich da, wo der Prozeß der Citybildung noch nicht zu weit vorgeschritten ist, wird es leicht sein, den Weg: Wohnstätte-Arbeitsstätte und umgekehrt verkehrstechnisch zu organisieren. Auch die Geschäfts- welt selbst kann erheblich dazu beitragen, diesen Prozeß zu begünstigen, indem sie die Arbeitszeit so einrichtet, daß der Zeitverlust für den Weg zur Arbeitsstätte und zurück möglichst gering wird, d. h. indem sie die englische Tischzeit einführt. Die zu bewältigenden Entfernungen können dann größer werden; zugleich bringt das den Vorteil, daß die freie Zeit hintereinander liegt und viel besser ausgenutzt werden kann zum Ruhen, zum Essen, zum Arbeiten usw.

Man muß sich betonen darüber klar werden, daß sich durch beginnendes Eingreifen hier und durch Hemmungen dort selbst die Einteilung der Stadt in Geschäfts- und Wohnquartiere leichter läßt, daß man durch eine rationelle und großzügige Verkehrsplanung und weitläufige Bauungspläne etwas Regel in die scheinbare Regellosigkeit der Besiedelung bringen kann. Weibes muß unter großen Gesichtspunkten betrachtet werden. Und was eine geübte Verkehrsplanung hier zu leisten vermag, zeigt das Beispiel Bombays. Dort besteht in der Eingeborenenstadt das grauhafteste Wohnungswesen, das man sich denken kann. Ganze Straßenzüge sind durch die Pest verunreinigt. Um hier Wandel zu schaffen, errichtet die Regierung in der Jahreszeit, in der die Pest am heftigsten zu wüten pflegt, außerhalb der Stadt im Norden Stättenlager, die durch die Eisenbahnen zu billigen Preisen zugänglich gemacht werden. Die Eingeborenen machen davon den ausgiebigsten Gebrauch, und die Seuchen werden auf diese Weise mit bemerkenswertem Erfolge bekämpft, einseitig durch eine verkehrspolitische Maßnahme!

Erörtert man also alle diese Gesichtspunkte, so wird man zu der Einsicht kommen, daß der Verkehrspflege bei Erörterungen über die Großstadtfrage die größte Bedeutung zugemessen ist, daß man imstande ist, sie als bedeutungsvollstes Mittel in der Großstadtpolitik anzuwenden.

## Eine Zinnenhochzeit im Sjöfengebirge.

Von Johann Fallbergel.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Theobald Wölckel.

Es war ein grimmig kalter Morgen um die Neujahrzeit im Sjöfengebirge.

Am Waldrande um den Torbergssee standen die Erdhütten der Finnen. Schon in der frühen Morgenstunde war dort ein Geländelärm von gröhenden Männern und lässenden Frauen. Zur Nachtzeit hatte man droben auf der Torbergschloßebene die stärksten Rentierböcke mit dem Vasso eingefangen und sie dann zu den Wohnplätzen herabgezogen. Nun standen sie angeheftet und aufgebügelt vor den Kälberfen. Hier und da kamen Weibsbilder watschelnd aus den Hütten. Sie hatten rot und blaue Kleider an, klingelnde Silberketten auf dem Busen und glänzende Perlen und Ringe im Gürtel. Mählig krochen sie in die Kälberfen und unter die Rentierfelle. Sie schnürten sich gut fest mit den langen Lederriemen und wickelten sich die Fügel um die Hand.

Es dauerte eine Weile, bis alle fertig wurden. Besonders viel Mühe hatte man mit Marie-Eva. Sie sollte nämlich heute in den Ehestand treten. Und wie es alter Brauch ist, mußte sie vom Bräutigam mit Macht und roher Gewalt gepackt und in ihrem Kälberfen festgebunden werden. Sie wehrte sich auch anständig dagegen. Na, sie schlug und trat nach ihrem Verzweckswahlten Paal Mortensen Torbergsfeld. Doch als sie die Fügel um ihre Hand geschlungen hatte, ging es von dannen. Die Tiere schnauften mit den Mäulern in den Schnee und setzten im Sturmschritt über den Torbergssee. Und das Gebirge hallte von wilden Rannedrusen wider.

Um die Mittagszeit fuhr sie alle vor der Kirchhofecke in Plassa auf. Die Rentiere wurden angebunden. Und der Bräutigam reichte im Silbergeschloß Vranntwein herum. Mit mancherlei Grimassen und schleudenden roten Zungen wurden die Schnäpse verteilt.

Dann strömten alle hinein in die Kirche und verteilten sich in die Stuhlrücken. Vor dem Altar ließ Marie-Eva sich besonders ans Herz legen, daß ihr Sinnen und Trachten nunmehr ihrem Gemahl gelten sollte, der in diesem Falle der Junggeselle und Lappe Paal Mortensen Torbergsfeld war. Ebenso wie der genannte Junggeselle und Lappe hoch und teuer gelobte, daß er Marie-Eva treu sein werde im Geiste wie im Fleische — jedenfalls bis der Tod sie scheide. Aber die Finnen, die vor der Kirchentür wohl manchen Silberbecher Vranntwein zu sich genommen hatten, sahen dabei und stimmten größtenteils in den Psalmengesang ein, jedoch ohne den Ernst der feierlichen Handlung irgendwie zu füren. Als die Trauung vorüber war und sie wieder in ihren Kälberfen saßen, ging der Bräutigam von neuem mit Flasche und Silberbecher herum. Sie wünschten ihm alle herzlich Glück zu der Marie-Eva, seiner Ehefrau und Gefährtin auf der Wanderung durch die Wüste dieser argen Welt. Und sie schwuren ebenso herzlich, daß ein so schönes Weibschicksal wie sie nicht in jedem Kirchspiel zu finden wäre. Marie-Eva errödete und wandte den Blick zur Erde.

Auf dem einsamen Hof Storvraa droben zwischen den Bergen sollte die Hochzeit gefeiert werden. Die Bauern aus den Tälern ringsherum waren auch geladen, samt einigen „Großen“ aus Plassa.

Im „Feuerhaus“ auf Storvraa wurde in großen Tonnen gleichenden Kesseln Rentierfleisch gekocht, und im Winterhaufe boggen sich die langen Tische unter den schweren Wäsen von Speisen. Braut und Bräutigam wurden am obersten Ende eines Tisches untergebracht; dann kamen abwechselnd Männer und Frauen nebeneinander zu sitzen, nach Geschlechtern und Rang geordnet.

Sie aßen geriet, gleich wie hungrige Tiere, die Inzurrend ihren Maud verzehrten. Die Dolchmesser blühten im Lampenlicht. Starke Zähne zermalmeten Fleisch und Knorpel. Der Küchenmeister, der eigentlich Felsmacher war und ein lahmcs Bein hatte, humpelte in der Stube herum und trieb die Gäste an, zu essen, was da war. Als der ärgste Hunger gestillt war, wurde dampfender schwarzer Kaffee aufgetragen und unter Lachen und Schwagen getrunken. Es tat wahrhaftig gut, bei dieser Kälte etwas Warmes in den Leib zu kriegen! ...

Aber die Braut Marie-Eva sah ganz wirr im Kopfe da. Es war so wunderbar, hier in dieser großen, schönen Stube als Braut zu sitzen. Sie war den ganzen Sommer über wie im Traume herumgegangen — und geschaut hatte sie sich auch danach, und die Brautnacht ... die stand ihr la noch bevor. Wahrlich, es mußte seltsam schön sein, mit Paal auf dem weichen Federbett unter den langhaarigen Schnäpsellen zusammenzuliegen! Der Bräutigam hatte auch keine Bedenken. Wahrhaftig, es war ein schönes Leben, das er erwischte hatte! In die 500 Rentiere samt einem großen Saal voll Silbergeld brachte sie ihm als Mitgift. Er und Marie-Eva würden sicherlich ein ganz Teil Kinder bekommen. Erst einen Jungen. So einen Jungen, einen recht kernigen, derben Vengel. Und dann eine Tochter, die ganz ihrer Mutter gleich werden sollte. Nachdem noch mehr Kinder, so mit den Jahren.

Vorn an der Tür entstand mit einemmal ein mächtiger Spektakel. Es war die Werbung eingetroffen, daß Grobe aus Plassa kamen. Der Harbeswogt und Frau, der Amtmann und Kaufmann Hoken und dazu noch einige andre. Paal, der als Bräutigam die ersten Pflichten eines Gastgebers kannte, sprang auf, schlangelte sich zwischen den Bankreihen hindurch — rih dabei eine Suppenkassell voll von Fisch — blieb am untersten Tischende einen Augenblick stehen und winkte Marie-Eva.

„Spate dich, Eva! Dir müssen die Groben Hoken“, rief er und raunte weiter. Marie-Eva eilte ihm nach und zur Tür hinaus. Sie trafen die Ankömmlinge draußen an der Schwelle, wo sie in ihren Wollspitzen dastanden und Luft schnappten. Nun hielten die Brautleute sie willkommen und wickelten sie drinnen im Hausskur aus ihren Pelzen. Dann wurden sie am obersten Ende des Tisches der Brautleute untergebracht. Der Stämmmeister ertheilte alle Hände voll zu tun, die Schüsseln von neuem mit warmen Speisen zu füllen. Er konnte im Eifer der ihm anvertrauten Amtswürde auch die Mädchen graufam antreiben. Es wurde wieder mit Ausdauer gegessen, und man unterhielt sich dabei sowohl über Politik wie über „reine Liebe“. Als alle gesättigt waren und man auf der Braut wie des Bräutigams Wohl reichlich getrunken hatte, wurden Ränke und Tische aus der Stube geschafft. Denn die Jugend hatte schon lange

\* Die Schütten der Lappen.

\*\* Die Bergstadt Årva.



auf den Tanz gewartet. Der Spielmann, Faste-Ver-Anders-Dia, trotz auf einen Stuhl hinauf und stimmte die Fiedel. Aber bei der Kälte war es schwierig, die Saiten zu stimmen, sagte er. Erst als der Küchenmeister kam und ihm einen Schnaps in den Hals goß, reinen und starken Spirit, gelang es, Harmonie in die Saiten zu bringen. Und der polnische Tanz „Storburven“ kreischte und koste unter schweren Bogenstrichen. Die Brautleute waren starr im Tanzen. Sie hatten das Getrampel auf den Balkenböden drinnen in den Dörfern und auf Larvens Saal zu Pfaffen. Im Gefühl seiner Glückseligkeit schlug der Bräutigam sich auf die Fersen, daß die Haare der Fingerringe herumschoben — und er suchte, daß es weit in die finstere Nacht hinausgeschalle, während die Braut an seiner Seite tänzelnd den Takt hielt. Dann sollten die großen Herren mit der Braut tanzen. Sie waren just nicht so gewandt wie der Bräutigam. Aber als sie getanzt, schwebten jene, die zugehört hatten, daß die Herren wahrhaftig fixe Kerle wären, die Braut herumzuschwingen!

Es war ein wildes Tanzen und Trinken bis tief in die Nacht hinein, in der Stube wurde es wärmer und wärmer. Da riß man alle Türen und Fenster auf. Die Kälte strömte herein wie ein weißer Nebel, und der Reis legte sich über Decke und Wände. Aber Männer und Frauen tanzten so wild, daß ihre glühenden Gesichter von Schweiß erglänzten! Erst gegen Morgen ward es ruhiger im Winterhause. Die Finnen waren tottrunken an den Wänden liegen geblieben und schliefen schnarchend. Die Bauern gingen taumelnd herum in ihren roten Wamärdmeln, die Zipfelmütze im Nacken. Sie schabten nach dem Küchenmeister. Drinnen im Feuerhause fanden sie ihn. Und sie stellten ihm ohne weiteres zwei Bedingungen: Entweder mehr „Füllung“, oder eine Tracht Prügel. Ohne Murren entschied er sich für das erste. Einer Tracht Prügel sollte sein löblicher, gebrechlicher irischer Leib so weit wie möglich aus dem Wege gehen, sagte er und entlockte einige Spritzfläschchen. Aber droben auf dem Boden der Winterstube lagerten schlaftrübe Weißkollente platt auf dem Fußboden. Nun zogen sie die Schuhe aus, knöpften die Wämse auf über der Brust und schlüpfen unter die Felle. Und sie lagen fröstelnd und Atem schöpfend in ihren langen Haaren.

Aber jene Leute, die nun die Schnäpfe erhalten hatten, die sie haben wollten, tappten sich einer nach dem andern die Bodentreppe hinauf und leuchteten vor sich her mit Zündhölzern. Und glänzende Augen fixierten ihnen entgegen. Jeder band eine, an die er sich halten konnte. Und jeder schlüpfte sachte zu seinem Mädel und machte sich bequem. Eine Weile summt und flüsterte es hier und da, bis alle schliefen fest und tief, Brust an Brust.

Die Brautleute lagen oben auf dem Küchenboden. Marie-Eva hatte sich glücklich in Paals Arme geschmiegt.

## Kunstchronik.

Konzerte. II. Die Gesangsstimmen leisten neben den Violinstimmen das Wichtigste im Aufsteigen eines stilvollen Programms. Wenn daher jemand wie Herr Hinge-Reinhold, der unermüdliche und mit feiner Hingebung tätige Begleiter so vieler Sänger, sich einen wirklich guten Geschmack bewahrt hat und diesen in so schöner Weise ins Praktische umsetzt, wie dies in dem von ihm am Freitag im Kaufhaus gegebenen Klavierabend geschah, so darf ein solches künstlerisches Bestreben besonders hervorgehoben werden. Herr Hinge-Reinhold zeigte in seinem Programm wiederum sich als Künstler und Vorkämpfer eines gesunden Fortschritts. Zwei Meister führte er vor, die in unseren Tagen bemerkenswerte Verehrer der Klavierliteratur geworden sind, und deren Bedeutung noch gar nicht deutlich abgesehen werden kann, obwohl einer der beiden bereits verstorben ist. Claude Debussy, der Komponist von Maeterlinds Pelleas und Melisande und anderer großer Werke, ist bei uns in Deutschland als Einflößiger wie als Klavierkomponist zweifellos noch nicht recht gewollt, während seine Landsleute in Frankreich ihn vergöttern. Edward Mac Dowell, der in mancher Hinsicht mit ihm verwandte, 1868 verstorbene Amerikaner, hat schon eher mit seinen Klavierstücken Eingang bei uns gefunden dank eifriger Hinweiser spezieller Freunde seiner Art. Man braucht nicht zu fürchten, zuviel zu sagen, wenn man die beiden genannten Meister als die markantesten Erscheinungen unter den Klavierkomponisten der allerjüngsten Zeit bezeichnet. In der Geschichte der Malerei war eine der letzten radikalen Umwälzungserscheinungen das Hinweisen auf farbige Lust und differenzierteste Strahlen und Lichtreflexe. Diese den Kunstphilosophen so oft als hypermodern erscheinende Hervorhebung von Lust und Licht in Gemälden, die so gar nichts materiell Faktisches darstellen, hat auch auf die genannten Meister, im vollsten Maße aber auf Debussy eingewirkt. Sollten die musikalischen Romantiker schon eine bedeutende Vorliebe für die Natur gezeigt, so war Edward Grieg einer der ersten, der etwa aus der lauen Stille eines Sommerabends oder dem Brau eines Nebels poetische musikalische Melodie empfing. Debussy geht in der Besetzung von freischwebenden Farben und Reflexen noch erheblich weiter; eine Reihe seiner Tonposten, die zudem noch durch sein diatonisches Stalensystem und bewußte Erzeugung primärer Overtöne besondere charakteristische Reize haben, sind nicht anders als in Töne umgesetzte Farbenspiele des Lichts, der Sonnenstrahlen, vom Silberglanz des Mondes, von widerpiegelnden Wassern und Springbrunnen. Und doch dürfen diese Tonspiele nicht bloße Spiele für uns bleiben. Der großen Menge fällt es ja schwer, so auffallend ungewohntem gegenüber sich rein bescheidenlich zu verhalten, und die Kunst Debussys ist eben eine Kunst, die von der Masse erst noch begriffen werden muß. Der aber hier, frei von jedem stofflichen Gehalt, sich willig der Stimmungsmacht Debussys überläßt, der wird in eine märchenhafte, romantische Welt geführt voll tiefer Poesie. Erfolgreich weiter gefassten melodische Linien besitzt Mac Dowell, der in seinen Klavierstücken uns von den Naturreizen seines Heimatlandes erzählt. Dieses Bodenständige und die auch oft aus allnächtlichen Begebenheiten empfangenen stofflichen Anregungen lassen seine Musik trotz allen ebenfalls neu anmutenden Eigenschaften leichter verständlich und populärer werden. Das mitunter dicht neben echt poetischen Einfällen stehende Triviale, melodische Phrasen, die den bekannten amerikanischen Tanzweisen sehr ähnlich, muß man als gleichfalls zur Heimatkunst des Schöpfers gehörend mit in Kauf nehmen. Herr Hinge-Reinhold spielte die Debussyschen und Mac Dowellschen Stücke mit großer Feinheit, Empfindung und Farbengebung. Er vermittelte uns weiterhin in Gemeinschaft mit dem tüchtig spielenden Fräulein Charlotte Kühne die Bekanntheit mit einer Passacaglia für zwei Klaviere von Hugo Kann, einem ersten, in allen Teilen ansehnlichen Werke, das freilich über den Gesamteindruck des solid künstlerischen nicht hinauskommt. Dieses stark brahmische Werk stand am Anfang. Brahms selbst mit der lebenshaftig vorgetragenen F-Moll-Sonate (Werk 5) am Schluß, und die beiden Klaviermeister Debussy und Mac Dowell schlossen innerhalb der Kann-Brahms'schen Einrahmung wiederum ihren Anreger Ed. Grieg mit der vom Konzertgeber herrlich gepflegten Passacaglia (Werk 24) in ihre Mitte. Ein gutes und gut aufgestelltes Programm!

Ueber das von Ethel Reginska am Sonnabend im Kaufhaus gegebene Konzert können wir uns kürzer fassen, da wir über die Künstlerin gelegentlich ihres ersten Klavierabends im November bereits unser Urteil abgaben. Was wir damals sagten, fanden wir neuerdings voll bestätigt. Fräulein Reginska ist schon jetzt eine Meisterin im Vortrag von kleineren lyrischen Stimmungsbildern, und sie konnte trotz unfres von Hinge-Reinholds poetischem Spiel noch zehrenden, befangenen Gemüts eigene, gewichtige Einblicke erzeugen. Obwohl sie über ein ganz bedeutendes Maß von Kraft und Leidenschaft verfügt, welche Eigenschaften sich namentlich beim Vortrag von Leidenschaftlichen Etüden herorgewaltig ausbelegten, so vermag sie doch die Dar-

bietung von Alexander Glazounows Sonate in C-Dur nicht ohne Einschränkung als gut anzuerkennen, da es hier noch an der notwendigen Gestaltungskraft fehlte. Das Werk selbst ist im künstlerischen Werte recht ungleich; so sehr das Andante dem Dhere schmeichelt, so wenig scheint mir es gerade der Bedeutung der es einrahmenden Sätze nahegekommen. Das übrige Programm wies wieder eine Anzahl selten zu hörender, teilweise köstlicher Stücke auf. Die Konzertgeberin fand bei einem zahlreichen Publikum volle Würdigung. Auch der mitwirkende Violinist, Herr Wilhelm Hauka, erhielt ermunternden Beifall; der junge Geiger spielt sehr solid, seine Vagentechnik ist gut, der Ton aber noch ziemlich klein, Beseelung darf noch erhofft werden. Warum muß aber der unfeliche Herr Bleuztemp wieder auf dem Programm stehen? Wann kommt die Zeit, da Bleuztemp, Wienawsky und Bertini mit dem größten Teile ihrer Werke auf immerwiedersehen verschwinden sein werden?

Von der letzten Matinee des Herrn Fr. H. von Dose am gestrigen Sonntag kann ich Gutes berichten. Auf dem Programm stand der Name Brahms. Fräulein von Pächthory und der Konzertgeber trugen mit Empfindung die nun zwanzig Jahre alte, ganz herrliche, durchweg pathetische Sonate in D-Moll (Werk 108) vor, die der Meister seinem lieben Freunde Hans von Bülow gewidmet hat. Herr von Dose erwies sich so dann mit dem Vortrag dreier Klavierstücke, besonders dem der Ballade aus Werk 118, von neuem als ein technisch brillanter Temperamentsspieler. Am Schluß vereinigten sich der Konzertgeber, Fr. v. Pächthory und Herr Krno Rudolph zum Vortrag des 1888 veröffentlichten Trios für Pianoforte, Violine und Waldhorn (Werk 40), dieses nicht häufig in der Originalbesetzung zu hörenden — das Horn wird oft durch Bratsche oder Cello ersetzt — wundervolles Werk, und boten mit dessen vortrefflicher Interpretation einen schönen Ausklang der in dieser Saison von Herrn von Dose gegebenen Vormittagskammerkonzerte. Diese Veranstaltungen haben nun ein großes Publikum gefunden; mögen sie im selben Geiste fortgesetzt werden!

Masenschuh fordert Koenig im ersten Jahrgang des Kunstwerks: „Ich sehe im Schauspielhaus und geniete mit Andacht des Danks der von der vor mir sitzenden Jungfrau aus den ganzen hohen Mal in kongenierlicher Form ausstrahlen läßt. Immerhin, nach einiger Zeit möchte ich mich mit etwas anderem beschäftigen. Man gibt damit. Der Vorhang hebt sich, die Posten tauschen ihre aufgeregte Zwiegespräch — es riecht nach Mai. Der Geist kommt aus einem Ort, wo es gar nicht schön ist — aber er riecht nach Mai. So geht es weiter. Die suchbare Gewißheit beim Schauspiel im Schauspiel, der Monolog, des Volanus Tod, Opheliens Wahnsinn, die Kirchhoffzene, das große Sterben am Schluß, „der Rest ist Schweigen“ — es riecht immer ungemüht höflich nach Mai. Goldselig nämlich für den, der es mag, wie mein Vorbereitete. Auch nicht eigentlich nach Mai, sondern nach irgendeinem Parfüm dezent oder de mille fleurs. Nach Parfüm jedenfalls. Während all des Ungeheuren dort riecht es nach Parfüm. Wie es neulich im Konzert bei Beckhorns nach Parfüm roch. Unentrinnbar, als sollte eben die Unerbittlichkeit des Schicksals dadurch in grausamer Anschaulichkeit symbolisiert werden.

Kärmisch fordern schon viele, ich fordere Masenschuh. Nicht wahr, meine Damen, Sie sind sonst auch der Ansicht, daß Zurückhaltung vornehm und Aufdringlichkeit sagen wir: nicht vornehm sei? Und doch zwingen Sie im Konzert und Theater alle, die um Sie herumstehen, die Gerüche zu riechen, die Ihnen persönlich angenehm sind und die Sie infolgedessen von Ihnen ausgehen lassen. In Konzert und Theater und sonst auch, wer nicht mit ausgehaltener Nase vor Ihnen stehen will, muß riechen, was Ihnen angenehm erscheint. Kann es eigentlich viel Aufdringlicheres geben?

Doch, es kann etwas Aufdringlicheres geben. Wenn nämlich eine Theaterdirektion ein Stück spielen läßt, das zum Himmel stinkt, und das Produkt aller Liebelkeit zum Trost, die im Zuschauerraum entsteht, durchaus auf dem Spielplan erhalten will.

Neues Theater. Mittwoch: Martha. Donnerstag: Der schlechte Ruf; Jugendfreunde. Freitag: Freischütz. Sonnabend: Die Landstrolcher. Sonntag: Tannhäuser. Montag: Der Biberpelz. — Altes Theater. Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: Heibel-Deibel (ermäßigte Preise), abends 7/8 Uhr: Tanzburschen. Donnerstag: Die geschiedene Frau. Freitag: Tanzburschen. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: Heibel-Deibel (ermäßigte Preise), abends 7/8 Uhr: Hohe Politik. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Heibel-Deibel (ermäßigte Preise), abends 7/8 Uhr: Hohe Politik. Montag: Die geschiedene Frau.

In der Sonntagausführung des Tannhäuser singt die Eitelrolle der bekannte Wagnerfänger Alois Hadwiger, der Parfüm der Bayreuther Festspiele.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts anderes angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 7/8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Mittwoch, nachmittags 7/8 Uhr: Die der Wald in die Stadt kam (halbe Preise), abends: Der Befehl des Fürsten. Donnerstag: Maria Stuart (halbe Preise); Maria Stuart; Charlotte von Schuch. Freitag, nachmittags 7/8 Uhr: Vorstellung für die Beamten der Königl. Staatsbahn, Bezirk Leipzig (Die der Wald in die Stadt kam), abends: Der Befehl des Fürsten. Sonnabend, nachmittags 7/8 Uhr: Die der Wald in die Stadt kam (halbe Preise), abends: Glück im Winkel. Sonntag, vormittags 11 Uhr: Matinee für das Arbeiterbildungsinstitut (Die der Wald in die Stadt kam), nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerksverein S.-D. (Clavigo), abends 7/8 Uhr: Der Befehl des Fürsten. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomaskirchhof). Mittwoch, Donnerstag: Der Jockeyklub. Freitag: Die Försterchristl. Sonnabend: Der Jockeyklub. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Verein Gutenberg (Water), abends 7/8 Uhr: Ein Herbstmanöver.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts anderes angegeben, 7/8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Baltensberg-Theater. Mittwoch, nachmittags 7/8 Uhr: Prinzessin Edeltraut, abends 7/8 Uhr: Helingfunden, Wiener Puffnachtskomödie von Ludwig Angenzuber. Donnerstag: Sufarenkleeber. Freitag: Helingfunden. Sonnabend, Sonntag, nachmittags 7/8 Uhr: Prinzessin Edeltraut, abends 7/8 Uhr: Ultime.

Angelo Neumann, der Direktor des Deutschen Landestheaters zu Prag, der schon im 71. Lebensjahre steht, ist zum Direktor der neuen Großen Oper ausgerufen, die in Berlin erbaut und im September nächsten Jahres eröffnet werden soll. — Der Direktor des Bremer Stadttheaters, Hugo Renski, hat, wie es heißt, aus Gründen rein privater Natur, seine Stellung niedergelegt. Sein Nachfolger wird Julius Otto, der Direktor des Elberfelder Stadttheaters.

## Notizen.

K. K. Ueber Ragenmutterliebe berichtet Bertling-Danzig im Kosmoshandwörter für Naturfreunde. In der Tierwelt pflegt wohl allgemein die Liebe zwischen Mutter und Kind nicht viel länger vorzuhalten, als die Aufzucht und Nahrungsgewährung an das Junge eine ständige Verbindung nötig macht. In der jungen Hund, die Rabe oder das Füllen erst selbst fähig, seiner Nahrung nachzugehen und einige Zeit von der Mutter fern gehalten, so scheint das Junge sie kaum noch zu kennen, we-

nigstens machen sich die Bande des Bluts äußerlich kaum noch bemerkbar. — Bei Tieren, wie bei Raben, bei denen die Mutterfolge in relativ kurzer Zeit geschieht, macht sich die Entfremdung schon in sehr kurzer Zeit bemerkbar. Die Ragenmutter, die neue Nachkommenschaft unter dem Herzen trägt, vernachlässigt den alten Wurf, auch wenn er gar nicht von ihr getrennt wurde, offensichtlich; so gern auch die etwa drei Monate alten Ragen mit ihr spielen möchten. — Tierpsychologisch ist es nun interessant, daß unter Umständen, d. h. in einer gewissen Notlage, diese Mutterliebe wieder erwacht. Ein interessanter Fall dieser Art, der zugleich für die Beobachter viel Scherzhaftes bot, ereignete sich unlängst in einem Eigenhause in Langfuhr bei Danzig: Eine Rabe, die sich Mutter fühlte, vernachlässigte gar arg ihren spielfreudigen kleinen Sohn, so sehr er sich auch um ihre Günst demühte. Eines Tages erfuhr die Ragenmutter die Welt mit fünf Jungen. Der Rabenfüßler war dem Herrn des Hauses, ein bißchen zu viel, und er sprach das Todesurteil über den ganzen Wurf. In einem verschlossenen Eimer mit Wasser hauchten die blinden Dingelchen ihr Leben aus. Natürlich stellte sich die Ragenmutter sehr verzweifelt über diesen Eingriff in ihre Familienrechte an. Sie mag es nicht glauben, daß man sie so brutalisiert, und sucht nach den Jungen. Auf ihren Irzweigen begegnete sie ihrem alten Erbsöhnling. Auf diesen strömte jetzt ihre ganze Liebe über, ihm will sie die Nahrung darbieten, die ihr Leib für die Jungen bereitet hat. Der junge Rabe zeigt dafür zunächst wenig Verständnis, er will mit der Mutter spielen. Aber das ändert sich. Es dauert nicht lange, so liegt der junge Rabe am Fuß der Ragenmutter und schlürft mit wonnigem Belagen die süße Milch. Es ist postlerlich anzuschauen, wie dieser schon ziemlich ausgewachsene Rabe sich in den Zustand erster Jugendtage zurückgefunden hat. Der Rabe liegt möglichst oft an der Mutterbrust, im übrigen spielen Mutter und Sohn auf das harmloseste miteinander.

Das Ende eines berühmten Schiffes. Von allen Fahrzeugen, die je zu friedlichen Zwecken das Weltmeer durchschwommen haben, sind zwei ohne Zögern als die berühmtesten zu nennen. Das eine ist der Beagle, auf dem Darwin seine Weltreise unternahm, das zweite der Challenger, das Schiff der ersten großen, eine neue Epoche der Meereskunde einleitenden Tiefseeexpedition. Der Challenger fährt noch heute ganz munter umher, aber der freilich sehr viel ältere Beagle war, obgleich er doch auch ein zur englischen Marine gehöriges Schiff gewesen ist, verschollen. Die Wochenschrift Nature bringt jetzt ein ausführliches Schreiben aus Japan zum Abdruck, worin das Ergebnis der Nachforschungen des japanischen Geographen Schiga nach dem Verbleib des Beagle mitgeteilt wird. Schon vor etwa zwanzig Jahren hatte ein amerikanisches Magazin die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß jenes ehrwürdige Schiff später nach Japan verkauft worden wäre. Dann machte Professor Schiga es sich zur Aufgabe, dem Schicksal des alten englischen Kriegesfahrzeugs nachzuspüren. Es stellte sich heraus, daß es zuerst von dem japanischen Prinzen Schimatsu angekauft worden war, der rücksichtslos gegen alle Preis- und Namen in Rentomaru umtauschte. Später wurde es dann weiter an die japanische Marine verkauft, die es als Schulschiff verwandte. Diese Ermittlungen hatte der japanische Geograph schon vor längerer Zeit gemacht. Als er aber in diesem Jahr Engländer bei Gelegenheit des Darwin-Jubiläums darüber hatte fragen hören, daß jede Spur von dem Beagle verloren gegangen sei, wandte er sich an den Prinzen Schimatsu um genauere Auskunft. Er erhielt zunächst die Bestätigung, daß der japanische Rentomaru sicher das selbe Fahrzeug sei wie der Beagle, der übrigens auf einer Werft in Liverpool das Licht der Welt erblickt hatte und aus bestem Zielholz erbaut worden war. Der Verkauf hatte sich im Juli 1864 in Nagasaki vollzogen, und der Preis hatte 75 000 Dollar betragen. Ein hoher Offizier des Kriegsministeriums gab dann weiter die Auskunft, daß die Marine das Schiff im Jahre 1870 erworben hatte. Es diente dann 22 Jahre lang als Schulschiff, in der letzten Zeit wieder unter einem andern Namen, nämlich Heijimaru, dann kam es auf die Auktion und wurde von dem Eigentümer einer Schiffswerft für den geringen Preis von 3276 Yen oder rund 6550 Mk. erstanden. Auf der Werft wurde es bald abgebrochen, und nur die Kabine blieb noch drei Jahre erhalten, bis auch sie verschwand. Der heutige Besitzer der Werft, der bei dem Abbruch des Schiffes als aufstrebender Ingenieur beschäftigt gewesen war, hat sich jetzt noch der Mühe unterzogen, Nachforschungen nach dem Schicksal der Schiffsteile anzustellen, indem er alle bei dem Abbruch beteiligten Arbeiter, soweit sie noch zu ermitteln waren, ins Verhör nahm. Schließlich gelang es wirklich, noch einen Teil des berühmten Fahrzeuges vollständig zu machen, der freilich nur als ein Stand zur Lagerung von Steinen in der Nähe eines Tempels diente. Dieses Bauwerk bestand aus Rippen des Schiffes von 3 1/2 Fuß Länge und 1 1/2 Fuß Breite aus Zielholz. Ob die Engländer oder vielleicht auch die nach all solchen Dingen so ähneln liebenden Amerikaner diese Reste als Reliquien aus Japan wieder zu entfernen trachten werden, darüber verurteilt noch nichts.

Das Aussterben der Indianer. In den herrlichen Erzählungen, die unter der Bezeichnung der Indianergeschichten eine besondere Stellung in der Literatur gewonnen haben, stellt sich das Leben und die Betätigung dieser Volksstämme dar, daß man sich eigentlich gar nicht vorstellen kann, wie diese Menschen für Krankheiten besonders anfällig sein sollten. In der Tat ist anzunehmen, daß die amerikanischen Indianer ursprünglich nur sehr wenige Krankheiten gekannt haben. Gleichzeitig mit den Kämpfen, die von den europäischen Einwanderern gegen sie geführt wurden, zog aber auch ein weit gefährlicheres Heer von ansteckenden Krankheiten gegen sie zu Felde. Die Gespenster der Pocken, des Auszuges, der Pest, der Hundswut, des Milzbrandes und noch manche andre rafften Hunderte und Tausende unter den Köhnten dahin. Andre Leiden, wie Tuberkulose, Diphterie, Influenza und Malaria schienen erst viel später eingedrungen zu sein. Vor der Ankunft der Europäer haben die Indianer wahrscheinlich nur das gelbe Fieber als epidemische Krankheit gekannt. Vor andern Seuchen schützten sie die Verteilung der Stämme in gesonderte Lager und der Mangel an Haustieren, die für soviel Krankheiten verantwortlich zu machen sind. Ein großes Indianerstöben trat, wie durch die Ueberlieferungen sicher gemeldet wird, am Anfang des 17. Jahrhunderts ein, genauer um die Zeit zwischen 1612 und 1620. Dr. Williams hat jetzt im Bulletin des John-Hopkins-Hospitals festgestellt, woher die damalige Seuche gekammt haben mag. Als die Puritaner an der Westküste von Nordamerika erschienen; saßen sie das Gebiet schon fast entvölkert. Früher hat man angenommen, daß Pocken oder gelbes Fieber das große Sterben verursacht haben, aber Dr. Williams gibt die Verantwortung einer Einschleppung der Pest, die gerade in den ersten Jahren jenes Jahrhunderts in Europa so schreckliche Verheerungen angerichtet hatte.

## Eingelaufene Schriften.

Meister der Farbe. Europäische Kunst der Gegenwart. Leipzig, Verlag von E. A. Seemann. 6. Jahrgang, 1909, Nr. 9-12. Abonnementpreis für 12 Monatshefte 24 Mk., das einzelne Heft 3 Mk., das einzelne Blatt 1 Mk. — Mag. H. e. l. b., Das Arbeitsverhältnis im Altmünster Handwerk von der Einverleibung der Stadt in Bayern bis zur Einführung der Gewerbefreiheit. Stuttgart, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger. Preis 2.50 Mk. — R. o. s. s., Handwörter der Naturfreunde. Herausgegeben und verlegt vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Sitz Stuttgart. Siebenter Jahrgang, Heft 1. Preis des Hefts 80 Pf., des Jahrgangs (12 Hefte) 2.80 Mk.; für Kosmosmitgliedern kostenfrei.